Die politischen Hintergründe des Mitteldeutschen Aufstandes von 1921

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt von
der Philosophischen Fakultät der
Friedrich - Wilhelms - Universität
zu Berlin

Von
Hans Martin Meyer
aus Crone a. d. Brahe

Tag der Promotion: 20. Juni 1935
Tag der mündlichen Prüfung: 30. November 1933

Druck: Paul Brandel, Berlin SO 16

206

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Referenten: Geheimrat Prof. Hermann Oncken
Prof. Otto Hoetzsch

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544314_0084

Die politischen Hintergründe des Mitteldeutschen Aufstandes von 1921.

Vorbemerkung.

Hier wird der schwierige Versuch unternommen, ein Stück Zeitgeschichte wissenschaftlich zu erfassen. Es ist keine leichte Aufgabe, politisches Geschehen, das zeitlich so nahe zurückliegt, sachlich zu analysieren und zu beschreiben. Ist aber eine Zeitepoche wie die hier behandelte derart von politischen Kämpfen und Gegensätzen beherrscht, daß nur wenig fehlt, um den blutigen Bruder- und Bürgerkrieg herbeizuführen, dann wird der Versuch der objektiven Darstellung zu einem Wagnis. Nur durch unerbittliche und dauernde Selbstprüfung kann diese Aufgabe vollbracht werden.

Heute mehr denn je setzt sich die Erkenntnis durch, welche ideellen und geistigen Urkräfte im Schoße der Geschichte verborgen sind. Sie können erst fruchtbar gemacht werden, wenn die geschichtlichen Zusammenhänge aus dem Dunkel der Verborgenheit ans Licht gerückt werden. Hierzu soll diese Untersuchung ein kleiner Beitrag sein.

Ich spreche hiermit meinen Dank allen denjenigen aus, die mich durch Hinweise oder Anregungen unterstützt haben. Meinem verehrten Lehrer, Herrn Geheimrat Oncken, der mich mehrere Male auf die Problemstellung des ganzen Themas hinwies, sei an dieser Stelle besonders gedankt.

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

Übersicht über die Zusammenfassung und Anordnung des Stoffes. — Die Aufgabe dieser Untersuchung. — Das Quellenmaterial.

Kap. 1. Die Epoche der Weltrevolution. Eine kurze Skizze über politische Ideen und politische Ereignisse.

Die Epoche der Weltrevolution, eine historische Tatsache. — Ihre Wurzeln in der Französischen Revolution. — Die Marxsche Revolutionstheorie. — Ihre Liquidierung 1914. — Lenins neue Lehre. — Die Verwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg. — Zertrümmerung des alten Staatsapparats. — Bolschewismus und Religion. — Das Manifest des internationalen Meetings in Petrograd, Dezember 1918. — Die Novemberrevolution und die Sozialdemokratie. — Deutschland im Kreuzfeuer zwischen Bolschewismus und Entente. — SPD., USPD. und Spartakusbund. — Der Januaraufstand. — Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Die Aufstandswelle. — Niedergang der revolutionären Flut.

Kap. 2. Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Der russisch-polnische Krieg 1920. — Die Aussichten des Bolschewismus. — Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. — Innere Struktbr der K. I. — Die Aufgaben der K. I. — „Zentrum" und „Reformismus". — Gewerkschaftsfrage. — Parlamentarismus. — Rede Lenins. — Die 1½ Milliarden. — Die Folgen von Versailles. — Überwachung der revolutionären Möglichkeiten. — Die Arbeiteraristokratie. — Die 21 Thesen. — Die Tagung der USPD. in Halle. — Die Spaltung der USPD.

Kap. 3. Rußland im Winter 1920/21.

Die Durchführung des Kommunismus. — Das Versagen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. — Das übrige Europa nicht revolutionär. — Notwendigkeit der Hilfe aus dem Westen. — Lenins Reden im Oktober und November. — Die Konzessionen, Schwierigkeiten und Widerstände. — Die Kritiker. — Die Bureaukratie. — Aufgabe von Partei und Gewerkschaft. — Trotzkis Militarisierung der Arbeit. — Die Autorität Lenins. — Rußland ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. — Streiks in Petersburg. — Aufstand in Kronstadt. — Niederwerfung des Aufstandes. — Der Aufstand als Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit.

Kapitel 4.

a) Die Politik der VKPD. nach ihrer Vereinigung mit der USPD.

Der Aktivitätsdrang der vergrößerten Partei. — VKPD. und übrige Massen. — Das Problem der „Einheitsfront". — Der „Offene Brief". — Widerstand bei den sozialistischen Parteien. — Der Widerhall des „Offenen Briefs" in den Industriebezirken. — Die Wahlen zum Preußischen Landtag. — Die revolutionäre Bewegung flaut ab.

b) Partei und Internationale.

Plötzliche Führungskrise. — Der Zusammenhang mit der italienischen Parteikrise. — Serratis Gegnerschaft zu Moskau. — Seine Konsequenzen. — Levi in Livorno. — Rechte und Linke innerhalb der VKPD. — „Objektive" und „subjektive" Voraussetzungen für die Revolution. — Die Politik der „Sachlichkeit". — Das Bündnis mit Rußland als Propagandamittel. — Die Polemik der Radikalen. — Statt „sachlicher" Arbeit Demagogie. — Die Kritik der gemäßigten Richtung (Levi). — Prinzipielle und aktuelle Ein-

wände der neuen Opposition. — Der Druck der Exekutive. — Wechsel der Leitung. — Levis Auseinandersetzung mit der Exekutive. — Intrigen und Methoden der Exekutive, erläutert am Beispiel Rakoczy. — Das Delegiertensystem. — Der Wahrheitsgehalt der Levischen Kritik.

Kapitel 5.

a) Die außenpolitische Lage des Reichs.

Frankreichs „aktive" Rheinlandpolitik. — Pariser Beschlüsse. — Die Geldforderungen. — Alle Parteien einig gegen Frankreichs Forderungen. — Deutschlands Angebot. — Lloyd George sekundiert Frankreich. — Shaw über den Wahnsinn der Tribute. — Die Londoner Beschlüsse. — Der Ausspruch des Generals Mordaq. — Deutsche Einheit. — Der Abstimmungssieg in Oberschlesien.

b) Innenpolitischer Überblick.

Die drei Parteigruppen. — Opposition und Programm der Rechten. — Die verfassungstreuen Parteien der Rechten. — Der Koalitionsgedanke. — Das Ziel der Sozialdemokratie. —Die radikale Linke. — Die Lage nach dem Kapp-Putsch. — Nationalismus und Partikularismus in Bayern. — Die Orgesch und die Einwohnerwehren. — Der Kampf um ihre Auflösung. — Die Linke ruft zum Widerstand auf.

Kapitel 6. Die Märzunruhen von 1921.

a) Die Polizeiaktion in Mitteldeutschland.

Der Mangel an Staatsautorität — ein Mangel an Lebensdrang des Staates. — Die Reorganisierung der Polizeiorgane. — Die Arbeit des Überwachungskommissariats. — Mitteldeutschland als radikales Zentrum. — Der Einfluß der Kommunisten. — Die Arbeitssabotage im Leunawerk. — Der Aufruf Hörsings. — Die amtliche Beurteilung der Situation.

b) Die Märzaktion.

Der Genosse, der vorher nie in Deutschland war. — Die Kommunistische Partei überprüft die Lage. — Zusammenstoß zweier Offensiven. — Die Sitzung der Zentrale am 17. März. — Die Reden. — Die „Angriffsaktion". — Der Bruch mit der bisherigen Taktik. — Meine Auffassung. — Das Communiqué der Sitzung. — Die „Rote Fahne" am 18. März. Ultimative Forderung an die Polizei. — Beginn der Kämpfe. — Das Leunawerk. — Der 24. März. — Belagerungszustand. — Das Ziel der Schupo. — Ruhe in Berlin. — Zusammenstoß in Hamburg. — Lage in Mitteldeutschland nach dem 24. März. — KPD. und KAPD. — Sturm auf das Leunawerk. — Die Generalstreikparole. — Die blutigen Umtriebe im Rheinland. — Der Fall Sült. — Zusammenbruch des Aufstands. — Die Reichswehr. — Severings Theorie der Entladung. — Die Kritik der Rechten. — Das Urteil der Überparteilichen. — Verdächtigungen Frankreichs. — Levi und die Zentrale .— Die Partei billigt die Haltung der Führung. — Die Theorie der revolutionären Offensive. — Radeks Kritik. — Der Weltkongreß rückt ab. — Die Veränderungen im Innern Rußlands. — Die „Neue Etappe" und die Weltrevolution.

Einleitung.

Der mitteldeutsche Aufstand von 1921 scheint auf den ersten Blick nichts anderes zu sein als ein aus den politischen Gegensätzen entstandener Zusammenstoß zwischen Staatsgewalt und rebellischer Arbeiterschaft, aus dem sich dann eine größere kommunistische „Aktion" herausentwickelt. Der wesentliche Unterschied gegenüber früheren kommunistischen Aufständen, z. B. dem Spartakusaufstand im Januar 1919 besteht darin, daß dieser Aufstand ein Zusammenspiel von Ereignissen und politischen Faktoren zur unmittelbaren und mittelbaren Voraussetzung hat, deren Kräftefeld nicht allein in Deutschland liegt, sondern über ganz Europa zerstreut ist. Die „Märzaktion" hat ihre Wurzeln nicht nur in den politischen Verhältnissen Deutschlands, sondern sie wird ebensosehr durch die Einwirkung der großen internationalen Politik auf die Kommunistische Internationale bedingt.

Dieses darzustellen betrachtete der Verfasser als einen wesentlichen Teil seiner Aufgabe. Im Mittelpunkt unserer Untersuchung mußte naturgemäß eine Analyse derjenigen Kräfte stehen, die einerseits eng mit dem Aufstand verknüpft sind, deren Formung und Willensrichtung andrerseits in hohem Maße ein Produkt der internationalen Lage sind. Oder konkreter ausgedrückt: Es war notwendig, die kommunistische Bewegung in Deutschland auf ihren Zusammenhang mit Rußland und der Kommunistischen Internationale zu prüfen. Das schließt natürlich eine Untersuchung über die revolutionäre Taktik, die auf den gemeinsamen Kongressen festgelegt wird, mit ein.

Die Partei kann im Sinne der kommunistisch-revolutionären Theorie nur aktiv revolutionär handeln, wenn gewisse innenpolitische Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Innenpolitische Konflikte müssen einen derartigen Grad der Zuspitzung erreicht haben, daß durch eine nochmalige Steigerung der politischen Leidenschaften sich die Möglichkeit für einen Kampf ergibt, der den Sturz der Regierung als letztes Ziel haben kann. Dies setzt natürlich voraus, daß die Massen sich der Parole der Partei anschließen. In diesem Falle war der Konflikt zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung wegen der Auflösung der Einwohnerwehren und militärischen Kampfverbände ein Anlaß, der eine solche kritische Stimmung in den Köpfen der kommunistischen Führer erzeugte. Die Spannung sollte weitergeschürt und mit dem zwar örtlich beschränkten, in der Tiefe aber weitergehenden Konflikt zwischen Polizei und Arbeiterschaft im mitteldeutschen Industrierevier verbunden werden. Gleichzeitig

wurden die außenpolitischen Nöte des Reiches, die polnische Angriffslust auf Oberschlesien und die Verhängung der Sanktionen über Teile des Rheinlandes seitens der Entente in Rechnung gestellt. Es lag nach kommunistischer Auffassung eine materielle und moralische Schwächung der Reichsgewalt vor. Denn, erstens mußte die Reichswehr für den Einsatz gegen Polen in Bereitschaft gehalten werden. Zweitens war für die Kommune die Verhängung der Sanktionen ein Anlaß, das Ansehen der Reichsregierung, das schon ohnehin durch den innenpolitischen Kampf schwer geschädigt war, völlig zu untergraben.

Verhältnismäßig schwerer als diese Darstellung der unmittelbaren und direkten Voraussetzungen für den Aufstand ist die richtige Kombination aller jener oft recht undurchsichtigen Faktoren, die den Hintergrund der politischen Bühne bilden.

Sie wurden unter einem Gesichtspunkt für unser Thema herangezogen: Was für politische Ereignisse und was für Verflechtungen ideeller, realer und personaler Art waren geeignet und prädestiniert, die Politik der KPD. zu beeinflussen! Da erschien zunächst die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage in Rußland beachtenswert.

Die Revolution hatte zwar 1921 in Rußland gesiegt, aber es war zweifelhaft, ob sie sich ohne Hilfe des Westens behaupten würde. Diese Sorge gab den Anlaß zur Kernfrage des zweiten Weltkongresses der III. Internationale: Wie kann in der nächsten Zeit die Revolution in den Weststaaten organisiert und zum Ausbruch gebracht werden? Wir sehen weiter, daß diese Frage drei bis vier Monate später bereits nicht mehr akut war und eine durchaus anders geartete Frage in den Vordergrund trat: Wie bringt es Sowjetrußland trotz seiner politischen und wirtschaftlichen Isolierung fertig, lebensfähig zu sein? Die Schwierigkeiten wachsen; denn das System des radikalen Kommunismus bringt die zerstörte Wirtschaft vollends zum Ruin. Die Folge ist eine innenpolitische Krise, die auf die zuverlässigsten Stützen der neuen Ordnung übergreift. Diese Krise erreicht im Petersburger und vor allem im Kronstädter Aufstand ihren Höhepunkt.

Parallel und eng verbunden mit den politischen Geschehnissen in Rußland arbeitete die Kommunistische Internationale. Es ist natürlich nicht einfach, diesen Parallelismus strikte nachzuweisen. Er ergibt sich aber schon aus dem Umstande, daß Rußlands Staatsmänner gleichzeitig das Instrument der Internationale in Händen hatten. Gewiß, es entspricht nicht den Tatsachen, daß jede politische Handlung einer Sektion, z. B. der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf die Veranlassung der höchsten Instanzen zurückzuführen ist. Aber die politische „Linie" der Partei wurde nur in Übereinstimmung oder gar auf direktem Befehl dieser Instanzen festgelegt. In diesem Zusammenhang ist der Konflikt zwischen der Leitung der Internationale und der italienischen Partei höchst lehrreich und bedeutsam. Für uns ist vor allem von

Wichtigkeit, inwiefern dieser Konflikt auch in Deutschland seinen Ausdruck fand. Die Stellungnahme und Beurteilung der italienischen Parteiangelegenheit war notwendigerweise eng verbunden mit einem Urteil über die Taktik der Komintern. Beurteilung schließt wiederum Kritik ein. Die Kommunisten Deutschlands übten eine solche Kritik, d. h. sie unterstützten diejenige Richtung der italienischen Partei, die größere Freiheit von Moskau forderte. Die Folge hiervon war ein Mißklang zwischen Berlin und Moskau. So ist es zu erklären, daß die Berliner Zentrale ganz unerwartet einen entscheidenden Personenwechsel erfuhr. Die neue Führung war allen Anforderungen seitens der Moskauer Zentrale bedeutend willfähriger. Sie war es, die im kritischen Augenblick dem Moskauer Bevollmächtigten ohne viel Überlegung Folge leistete.

Im Monat Februar und in der ersten Hälfte März vollzogen sich also wichtige Veränderungen im Riesenorganismus der Internationale, deren Folgen auch in Deutschland zu spüren waren. Gleichzeitig schickte Rußland, das sich im Zustand des Aufruhrs und auf dem Höhepunkt einer inneren Krisis befand, einen besonderen Emissär mit einem bestimmten Auftrag nach Berlin. Wenige Tage darauf brach in Mitteldeutschland eine erbitterte Streik- und Aufstandserhebung los, an deren Spitze sich die Kommunistische Partei Deutschlands stellte mit der Absicht, dieses Lokalgefecht in einen Kampf um die Macht zu verwandeln. Es ist offensichtlich, daß diese Folge von Ereignissen mehr darstellt als ein zufälliges Nacheinander von politischen Begebenheiten!

In diesem großen Strahlenkomplex des politischen Geschehens sollen die Brennpunkte aufgezeigt werden. Die ganze Untersuchung steht und fällt mit der richtigen Einschätzung der hier vermuteten Zusammenhänge. Wir glauben jedoch, im folgenden der richtigen Spur nachgegangen zu sein.

Freilich leidet die ganze Untersuchung an einem Mangel. Wenn auch ein ziemlich umfangreiches Akten- und Quellenmaterial herangezogen und verarbeitet wurde, so wird doch vieles unklar und sprunghaft bleiben. Denn aus dem gedruckten Material, so mannigfaltig es auch vorliegt, sind bestimmte, recht entscheidende Fragen nicht zu beantworten. Es wird in diesem Material eine gewisse Vertrautheit der kommunistischen Praxis vorausgesetzt, die man als Fernstehender unmöglich haben kann. Der Personenkreis wird als völlig bekannt hingestellt. Es war manchmal nicht einfach, die politische Stellung, die der Einzelne innerhalb seiner Partei einnahm, zu erkennen. Der persönliche Charakter des einzelnen spielt, wie immer in der Politik so auch hier, eine gewisse Rolle, deren Einfluß für den Ablauf des Ganzen nicht zu unterschätzen ist.

An manchen Stellen wird der Leser die genauen Quellenangaben vermissen. Im Literatur- und Quellenverzeichnis sind die Quellen, so wie sie zu den einzelnen Kapiteln herangezogen

wurden, angegeben. Oft wird eine größere Quelle referiert oder zusammengefaßt, ohne daß sie dann dauernd im einzelnen erwähnt wird (z. B. die Statuten der Kommunistischen Internationale oder die Rede Lenins auf dem zweiten Kongreß). Manchmal gibt es eine große Anzahl von Quellenliteratur, ohne daß sie besonders hervorgehoben wird. Das trifft für das 4. und zum Teil auch für das 5. Kapitel zu. Hier sind nämlich die im Verzeichnis angegebenen Tageszeitungen benutzt worden. Es ist schlechterdings unmöglich, alle Tagesnachrichten und Zeitungsartikel, die der Verfasser hat lesen müssen, um ein Gesamtbild von dieser Zeit zu erhalten, namentlich aufzuführen.

Die Quellen, die ich benutzt habe, waren mir zugänglich in der Preußischen Staatsbibliothek, in der Universitätsbibliothek und im Institut der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas (sämtlich Berlin). Sehr wertvoll waren mir die recht glaubwürdig erschienenen Aussagen eines russischen Emigranten über die im 3. Kapitel wiedergegebene Vorgeschichte der „Konzessionen". Russisches Material habe ich nicht verwenden können, da ich die Sprache nicht verstehe. Es befindet sich auch über diesen Gegenstand recht wenig in Deutschland. Interessant wäre ein Einblick in die größeren bolschewistischen Tageszeitungen gewesen. Aber sehr viel und vor allem Neues ist auch hier nicht zu erwarten, da die Russen über politische Geheimaktionen nichts in die Zeitung gebracht haben werden. Das Material, in dem sich etwas über die russische Beurteilung der deutschen Verhältnisse und, daran anknüpfend, über die Pläne der Russen findet, ist wohl überhaupt noch nicht veröffentlicht. Infolgedessen konnte ich nur die offiziellen Veröffentlichungen der Kommunistischen Internationale, die in russischer und deutscher Sprache herausgegeben wurden, benutzen. Es war natürlich notwendig, diesen Angaben recht kritisch gegenüber zu stehen (z. B. vergl. Radeks Aufsatz „Kronstadt" in der Kommunistischen Internationale vom April/Mai 1921).

Kapitel 1.

Die Epoche der Weltrevolution 1917—1920.

Ein kurzer Überblick über politische Ideen und politische Ereignisse.

Bevor wir uns unserer eigentlichen Untersuchung über die Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland im März 1921 zuwenden, wird es gut sein, uns einen Überblick über den politischen Geist sowohl wie über den Ablauf der wichtigsten Ereignisse während der Revolutionsperiode von 1917—1920 zu verschaffen. Wir werden am Schluß erkennen, daß die Ereignisse des Jahres 1921, in einen weltgeschichtlichen Rahmen hineingestellt, insofern eine bedeutsame Rolle spielen, als sie den äußerlichen Abschluß einer vorangegangenen Epoche bilden, der „Epoche der Weltrevolution".

Es ist hier nicht der Ort, den Begriff „Weltrevolution" kritisch zu untersuchen und ihn eventuell als überhaupt nicht existent zu erweisen. Es mag diese Methode in einer weltanschaulich-politischen Diskussion möglich sein; der Historiker kann an dem Jahrfünft von 1917—1921 nicht vorübergehen, ohne realen, historischen Kräften zu begegnen, die das politische Gesicht eines großen Teiles der Menschheit grundlegend verändert haben.

Die Vorstellung von der Umwälzung der ganzen menschlichen Gesellschaft besteht schon seit der Französischen Revolution. Sie ist ein Produkt der rationalen Denkweise des vorangegangenen kosmopolitischen Aufklärungszeitalters verbunden mit den schwärmerischen Menschheitsideen Rousseaus. Marx formt diese Gedanken in eigener Weise um. Sie bilden in seinem Lebenswerk — wie man will — Voraussetzung oder Folgerung seiner Theorie.

Nach Marx besteht die Aufgabe der arbeitenden Klassen darin, die herrschende Gesellschaftsschicht zu stürzen. Da sich aber in jedem Staate auf kapitalistischer Stufe dieselben Aufgaben vorfinden, so ergibt sich hieraus die internationale Solidarität der kämpfenden Klassen. Das Proletariat aller Länder hat eine gemeinsame Aufgabe und ein gemeinsames Ziel: Die Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung und den Aufbau der künftigen klassenlosen Gesellschaft.

Bis zum Kriegsausbruch wurde diese Theorie als unumstößliches politisches Gut von den marxistischen Parteien anerkannt. In allen Ländern hat 1914 die Idee des Internationalismus einen entscheidenden Stoß erhalten.

Wäre der Krieg nur kurze Zeit geführt worden, so wäre es wohl für alle Zeiten mit jenen Gedankengängen aus gewesen. Sie kamen wieder zum Vorschein, als Not und Opfer des Krieges ins

Gigantische wuchsen. Aber nicht in ihrer Heimat, in den Weststaaten sollten sie zuerst Geltung gewinnen, und auch nicht in Deutschland, wo sie aus dem Westen her zuerst übernommen wurden, sondern merkwürdigerweise im Osten Europas, in Rußland.

Die Russen hatten unter Führung Lenins eine besondere Stellung innerhalb der Internationale eingenommen. Ihr eigentümliches Organisationsprinzip nach dem „blanquistisch-jakobinischen Muster" erregte Aufsehen und Ablehnung zugleich. Von außen gesehen, schien diese Bewegung aus Verschwörerzirkeln zu bestehen. Man nahm nur solche Mitglieder auf, die die Revolution als ihre einzige Lebensaufgabe betrachteten. Wenn die bolschewistische Partei auch immer Fühlung mit den Massen bewahrte, so wollte und konnte sie unter den russischen Verhältnissen keine Massenpartei bilden. Die „Avantgarde des Proletariats", die bolschewistische Partei, sollte im entscheidenden Moment, in der „revolutionären Situation", eingesetzt werden. Wenn es gelang, in diesem entscheidenden Augenblick die Führung der Massen in die Hände jener Berufsrevolutionäre zu legen, dann war das Gelingen der Revolution gesichert.

Die neue Theorie Lenins beansprucht zunächst nichts anderes, als die konsequente Weiterführung der alten marxistischen Ideologie zu sein[1]). Die Theorie von Marx war danach die für alle Zeiten gültige Grundlage, soweit sie die Denkform und das System der Forschung in sich barg. Nach dieser Auffassung kommt Marx für seine Zeit zu den richtigen Ergebnissen. Das Zeitalter des liberalen Kapitalismus schreitet aber seit den neunziger Jahren rasch seinem Ende zu, um in ein neues, intensiveres Stadium zu treten. Es ist dies die imperialistische Phase der kapitalistischen Gesellschaft. Das Ideal der friedlichen prosperity des liberalen Zeitalters wird zur Illusion. Die früher schon periodisch auftauchenden Handelskrisen mit ihren Folgen nehmen sich wie geringfügige Krankheiten aus gegenüber den jetzigen Spannungsverhältnissen. Sie führen nach Lenin mit Notwendigkeit zum „imperialistischen Krieg". Der Krieg des 20. Jahrhunderts übertrifft an Schrecken und Umfang alle früheren Kriege. Es gilt, die Verzweiflung und Verbitterung der bewaffneten Massen in aktive Energien umzusetzen. Der Krieg der Nationen untereinander muß in den Bürgerkrieg, in den Krieg der unterdrückten Klassen gegen die herrschenden, verwandelt werden.

Rußland galt im Sinne des Marxismus als das rückständigste Land Europas. Nach den Gesetzen der marxistischen Theorie hätten die neuen leninistischen Lehren eher für das technisch höher entwickelte Westeuropa als für den Osten Gültigkeit haben müssen. Der Osten selbst hätte danach zuerst die Etappe vom

[1]) Lenin betont dies auf fast jeder Seite seiner Hauptschrift „Staat und Revolution".

absoluten Regime zur demokratischen Staatsführung zurücklegen müssen, um dann später einmal in einem vorgerückten wirtschaftlichen Stadium eine sozialistische Gesellschaftsordnung anzunehmen. Aber der Bolschewismus kümmerte sich im Sturm der Ereignisse wenig um die von ihm selbst als „wissenschaftlich" angesehenen Grundsätze. Er formulierte die Theorie des revolutionären Marxismus von neuem[2]). Lenin fordert die Zertrümmerung des gesamten eroberten Staatsapparates, um an seine Stelle den vom Proletariat gezimmerten Neubau in der Form der Rätegemeinschaft zu setzen. An die Stelle des allgemeinen Parlamentes tritt die Diktatur des Proletariats. Es darf kein Kompromiß geschlossen werden mit den sozialistisch-demokratischen Staatsauffassungen (Kautsky!), Demokratie ist gleichzuachten mit Entwicklungsmöglichkeit für den Kapitalismus. In der heftigsten Weise werden die demokratischen Staatsverfassungen als die schlimmste und raffinierteste Methode der Ausbeutung angegriffen[3]). Nur die radikale bolschewistische Umwandlung kann Gewähr dafür bieten, daß es mit der Herrschaft der alten Klassen endgültig vorbei ist.

Die neuen Lehren verbreiten sich in der ganzen Welt mit einer geradezu dämonischen Propagandawirkung. Obwohl die neue Doktrin alles Religiöse weit von sich weist, gleicht ihre Wirkung der eines neuen Evangeliums. Eine widerspruchsvolle Dialektik! „Inmitten dieses phantastischen Chaos[4]) dieses halluzinierenden Illusionismus erhob sich eine felsenfeste Realität: der leidenschaftliche bolschewistische Haß gegen Gott. Mit der Realität dieses Hasses hängt die religiöse Bedeutung der russischen Revolution zusammen. Es kann nicht bezweifelt werden, daß in der Abgründigkeit, Ruchlosigkeit, Phantastik und Schwärmerei des Bolschewismus eine Tiefe des Lebens sichtbar wurde, die ‚unmittelbar zu Gott' stand"[5]). Von dem Gefühl, die Menschheit um einen entscheidenden Schritt vorwärts geführt zu haben, waren die bolschewistischen Führer geradezu besessen. Das kam wohl nirgendwo besser zum Ausdruck als in einem Manifest „Sowjet-Rußland und die Völker", das von dem Schriftsteller M. Gorki verfaßt ist[6]). Es heißt dort im Hinblick auf ein in Petrograd stattgefundenes internationales Meeting[7]): „Der Inder, der Koreaner, der Engländer, Perser, Franzose, Chinese, Türke und alle sprachen eigentlich von demselben Thema, vom Imperialismus, der im Blute der Völker ertrank, die er trunken gemacht und sich selber das Grab gegraben haben . . . Aber nicht diese der

---

[2]) Grundlegend für die bolschewistische Staatsauffassung Lenins Schrift: Staat und Revolution (1917 verfaßt).

[3]) Kommunistische Internationale Nr. 1 (1919: Thesen Lenins).

[4]) Gemeint sind die Revolutionsjahre, die angefüllt sind von einem Terror, den zu erfassen, unsere Vorstellungskraft übersteigt.

[5]) Fedor Stepun in der Zeitschrift „Orient u. Occident", Juliheft 1932.

[6]) Siehe Kommunistische Internationale Nr. 1.

[7]) Am 19. 12. 1918.

Arbeitermasse bekannte Kritik der Verbrecher einer abgelebten Ordnung, nicht das war es, was den Grundgedanken des Meetings bildete. Sein Gedanke äußerte sich in dem einstimmigen Gefühl, das . . . zu freudigem Glockenklang wird, der alle Völker dem neugeborenen Rußland zu Hilfe rief. Aus diesen Reden klang die Zuversicht, daß Rußland, seine geschichtliche Sendung erfüllend, die Vorkämpferrolle im Heere des Sozialismus auf sich genommen und mit Ehre und Erfolg diese schwere und große Rolle zu Ende führen und alle Völker nach sich reißen wird, ein neues Leben zu schaffen." Während Rußland früher nur die grausame Henkerrolle in allen Freiheitsbewegungen gespielt habe — gegen Frankreich, Ungarn, Polen, Türkei, Persien und China —, stellen heute die russischen Soldaten die Garantie der Freiheit der unterjochten Nationen dar. „. . . heute hat dies Volk die Herzen und Blicke aller Völker, aller Arbeiter auf sich gezogen; alle blicken auf das russische Volk in starker Hoffnung und Zuversicht . . ." Auf die „planetare Bedeutung" der Revolution hinweisend, sagt das Manifest, „. . . zum ersten Male wird in einem gewaltigen Umfang der entschiedene Versuch, die Idee des Sozialismus zu verwirklichen, gemacht, der Versuch, jene Theorie ins Leben zu übertragen, die man die Religion der Arbeitenden nennt." Das Hochgefühl, die Menschheit von den Lasten und Mühsalen der Vergangenheit zu befreien, macht die kühlen und verstandesmäßig eingestellten revolutionären Theoretiker zu Aposteln für die neue Lehre. Gleich der Vorstellung der Apokalypse in der christlichen Antike, so erhebt sich jetzt aus dem furchtbarsten aller Kriege die neue Menschheit zu neuem Leben.

Aber die Illusion der Friedlichkeit und des paradiesischen Lebens wird sofort grausam zerstört durch die neue rauhe Wirklichkeit, durch die Bürgerkriege und Massenknechtschaft. Dennoch sieht der revolutionäre Arbeiter und Bauer in Deutschland, in Ungarn, in Italien nur die Totalität der neuen Idee. Jene Unbedingtheit, die der slawischen Erlösungsidee von je her eigen ist, weiß sich auch im Westen Eingang zu verschaffen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß auch in Deutschland die neue Propaganda Anklang fand. Schon der Funkspruch Trotzkis „An Alle" bleibt nicht ohne Folgen. Es ist hier nicht der Ort, auf Ursache und Veranlassung der Novemberrevolution von 1918 einzugehen. Aber soviel steht fest: die Propaganda der russischen Bolschewiki hat das Ihre dazu beigetragen, um den politischen Geist der deutschen Arbeiterschaft zu beeinflussen.

Es wäre jedoch unrichtig, in den Novemberereignissen eine Revolution im Sinne des Bolschewismus zu erblicken. Sobald die Sozialdemokratische Partei die Macht in den Händen hatte, — und sie hatte sie schon vollkommen im Dezember, nachdem die Wahlen zum Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte mit einer vollständigen Niederlage der USPD. endeten —, war die Sicherheit

gegeben, daß die Revolution des 9. November keine weiteren Fortschritte machte. Die Sozialdemokratie war die unbedingte Gegnerin einer jeglichen Erweiterung der revolutionären Forderungen und war entschlossen, diesem Drängen fest gegenüber zu treten, nötigenfalls mit Waffengewalt.

Die Sozialdemokratie war vor dem 9. November nicht gewillt, irgendwelche staatsfeindlichen Handlungen zu begehen oder gar zur Verletzung der Legitimität, d. h. zur Revolution, zu schreiten. Wenigstens steht diese politische Gesinnunng für die führenden Männer der Partei fest (Ebert, Scheidemann, David). „Scheidemann, der wichtigste politische Vertrauensmann im Kabinett, hielt noch unentwegt an seiner Absicht fest, ‚um die Abdankung des Kaisers herumzukommen'. Es hing jetzt alles davon ab, ob die Sozialdemokratie dem Drängen der in Bewegung gebrachten Massen gewachsen war. Sie war jetzt der letzte Schutzwall des deutschen Kaisertums. Das w a r nicht eine Ironie der Geschichte, sondern es s c h i e n eine zu sein. Eine Ironie, ein Widersinn, eine Umkehrung der natürlichen Beziehungen schien dieser Vorgang dann, wenn man die Erscheinungen an der Oberfläche betrachtete und keinen Sinn für tiefere geschichtliche Zusammenhänge hatte. In seinen letzten Beziehungen zwischen dem deutschen Kaisertum und der deutschen Arbeiterbewegung wirkten solche geschichtlichen Zusammenhänge, es wirkte hier ihre gemeinsame Herkunft aus dem Mutterboden des Volkstums. Diese volkhafte Herkunft hatten sie gemein, diese Gemeinsamkeit verband sie in der Abwehr des volksfremden Republikanertums"[8]).

Noch am 8. November hatte sich die sozialdemokratische Fraktion nicht für die Republik, sondern für eine Regentschaft ausgesprochen. Unterdessen aber spitzten sich draußen im Lande die Ereignisse zu. In Berlin planten die Unabhängigen und die Spartakusgruppe Streikerhebungen. Wenn die Mehrheitssozialisten jetzt eingriffen und sich selbst an die Spitze der Bewegung stellten, so taten sie dies gewissermaßen gezwungen mit der festen Absicht, der Erhebung die Heftigkeit zu dämpfen, die in revolutionären Perioden unausbleiblich zutage tritt. Dies gelang ihnen zunächst im vollsten Maße. Die Dynastie mußten sie freilich preisgeben, da sie nicht mehr zu halten war[9]).

Blickten die Revolutionäre nach dem Osten, um im Verein mit den Russen gemeinsame politische und vielleicht auch militärische Aktionen gegen die Entente durchzuführen, so war im Gegensatz dazu die Sozialdemokratie westlich orientiert. Die Sozialdemokratie erhoffte durch innerstaatliche Angleichung an die westlichen Demokratien eine fortschrittliche Behandlung des deutschen Volkes und erhebliche Besserung der darniederliegenden deutschen Wirtschaft herbeizuführen. Um aber für den Westen

[8]) August Winnig: Das Reich als Republik 1918—1928, Stuttgart, Berlin 1928. S. 125 ff.

[9]) Nach der Darstellung Winnigs.

verhandlungsfähig zu sein, mußte die Sozialdemokratie eine entscheidende Revision ihres sozialistischen Programms vornehmen[10]).

In Rußland versuchten die Bolschewiki, Staatsgedanken und Revolution zu einer Einheit zu verschmelzen. In den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk gab Trotzki diesem Gedanken beredten Ausdruck. Die historische Parallele findet sich in der Französischen Revolution mit ihrer Verquickung von revolutionärer und nationaler Idee.

Man sollte diese gänzliche Verschiedenheit zweier politischer Weltanschauungen, die ursprünglich auf demselben geistigen Fundament beruhen, nicht allein unter dem geographisch-politischen Gesichtspunkt sehen. Diese Gegensätze sind zutiefst historisch und kulturell bedingt. Bei aller Feindschaft mit den „Siegerstaaten" hatte Deutschland mit ihnen die großen geistigen und religiösen Bewegungen der vergangenen Jahrhunderte gemein. Renaissance, Reformation, Aufklärung und Romantik hatten doch über alle Gegensätze hinweg die Völker, wenn auch jedes in seiner eigenen Weise, gemeinsam geformt. Der Gedanke Rankes von der inneren Verbundenheit der romanisch-germanischen Völker fand in den schwersten Zeiten, die Europa wohl jemals durchgemacht hat, noch seinen Nachklang.

Die Sozialdemokratie stand der östlichen Apokalyptik der Weltrevolution ablehnend gegenüber. Sie setzt dieser Apokalyptik das Ideal der bürgerlichen Demokratien des Westens, den Völkerbund, entgegen.

So mußte denn die Sozialdemokratie allen denen begegnen, die die Revolution über die von ihr gezogenen Grenzen hinaus weitertreiben wollten. Es erschien demnach nur natürlich, daß in allen Organen, in denen Rechtssozialisten und Unabhängige zusammen saßen, die schwersten Reibungen entstanden. Den Anlaß zum Austritt aus der Regierung (Rat der Volksbeauftragten) gab das Verhalten der Mehrheitssozialisten, die dem Treiben der Volksmarinedivision ein Ende machen wollten und sich zu diesem Zweck mit dem alten Militär in Verbindung setzten. Es kam hierüber zu den blutigen Weihnachtsereignissen des Jahres 1918 (Beschießung des Schlosses). Die Stimmung wurde nach dem erfolgten Austritt der Unabhängigen nicht besser. Es begann jetzt ein neues Wettrennen zwischen beiden Parteien um die Gunst der Masse. Dabei tauchte als dritter Konkurrent der Spartakusbund oder die Kommunistische Partei Deutschlands auf[11]).

Die Ideologie des Spartakusbundes war nicht einheitlich. Rosa Luxemburgs Einfluß reichte nicht aus, um den ultraradikalen Flügel (syndikalistische Kommunisten) zum Schweigen zu bringen. So beschloß der Gründungsparteitag gegen Rosa Luxemburg und

[10]) Friedrich Lenz: Staat und Marxismus, Stuttgart und Berlin 1922. S. 84 ff.

[11]) „Was will der Spartakusbund", Berlin 1918.

Karl Liebknecht die Nichtbeteiligung an den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung. Ein einheitliches Programm konnte in der Eile nicht ausgearbeitet werden. Es geht aus den Protokollen über die Reden und Diskussionen nicht klar hervor, ob die Führung, also insbesondere Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Lage für geeignet hielt, ernsthaft den Sturz der Regierung zu betreiben und daran anschließend die Macht zu ergreifen[12]).

Aber auch das Programm und Ziel der politischen Gruppe, die den größten Einfluß auf die revolutionär gesinnten Massen hatten, der Unabhängigen Sozialdemokratie, waren nicht fest umrissen. Die Partei setzte sich aus den verschiedensten Richtungen zusammen. Es fanden sich bei ihr alte Revisionisten, wie Bernstein, die wegen der Frage der Bewilligung der Kriegskredite die Sozialdemokratie verlassen hatten, und radikale Revolutionäre bürgerlichen Einschlags, wie z. B. Ledebour. Trotz seines Alters war er einer der aktivsten, die zum Kampf gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung aufriefen.

Der Funke, der die Hochspannung zur Entladung bringen sollte, wurde durch die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, des letzten Vertrauensmanns der radikalen Linken, erzeugt. Die mehrheitssozialistische Regierung forderte Eichhorn zum Rücktritt auf. Eichhorn weigerte sich zu gehen. Die USPD., die revolutionären Obleute der Großbetriebe und der Spartakusbund riefen die Berliner Massen zu einer Protestkundgebung nach dem Tiergarten (Sonntag, den 5. Januar). Die Führung, die aus den drei oben erwähnten politischen Gruppen zusammengesetzt war, wußte nicht, was sie mit den Hunderttausend anfangen sollte, die ihrem Rufe gefolgt waren. Sie berieten, während die Massen sich wieder verflüchtigten. Sie beschlossen, den Generalstreik auszurufen und am nächsten Tage die Massen wieder marschieren zu lassen. Am andern Tag (Montag, der 6.) setzte der Generalstreik mit vollster Wucht ein. Die Massen füllten die Linden, die Siegesallee und den Platz vor dem Reichstag. Es wurden zwar dauernd Reden gehalten und von Zeit zu Zeit Auf! und Nieder! geschrien, es geschah aber sonst nichts Wesentliches. Als es Abend wurde und keine Anweisungen erfolgten, gingen sie wieder nach Haus. Nur einige bewaffnete Banden besetzten spontan die Zeitungshäuser. Sie fanden nirgendwo Widerstand[13]).

Die Regierung merkte wohl, daß ihr der Untergang sicher war, wenn sie dem Treiben weiterhin untätig zusah. Sie ernannte Noske zum Oberkommandierenden mit besonderen Vollmachten. In wenigen Tagen brachte er eine Armee aus alten Formationen zusammen, die die Kraft der Berliner Bewegung mit Waffengewalt brechen sollte[14]).

---

[12]) Protokoll über den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

[13]) Noske: Von Kiel bis Kapp. 1920.

[14]) Noske: Ebenda.

Der 5. und 6. Januar 1919 bedeuteten einen Höhepunkt der revolutionären Bewegung. Die Regierung war von jeglicher Macht isoliert, ohne in der Lage zu sein, von sich aus irgendwelche positiven Kräfte, die ihr zur Seite standen, zu organisieren. Die von ihr ins Leben gerufene freiwillige republikanische Schutzwehr kam nicht über die Anfänge hinaus. Überdies bestand die Gefahr, daß diese Schutzwehr in entscheidenden Augenblicken doch nicht voll und ganz den Regierungszwecken zur Verfügung stand. Die Regierung mußte also zu dem alten Militär greifen, um ihrer Existenz wirklich sicher zu sein. — Der 5. und 6. Januar hätte zu einer Diktatur des Proletariats führen können, wenn den bewaffneten und kampfbereiten Massen konkrete Weisungen erteilt worden wären. Da sie aber unorganisiert waren, verlief alles wieder in ein Nichts. Die spontane Besetzung der Zeitungshäuser war mehr ein Akt der primitiven Feindseligkeit, insbesondere dem „Vorwärts" gegenüber, als überlegtes revolutionäres Handeln. Wie stark dennoch der elementare Trieb zur Machtbehauptung bei den Revolutionären war, kann man an den sich über eine Woche lang hinziehenden blutigen Kämpfen mit der überlegenen organisierten Truppe ersehen. Wäre diese elementare Wucht der Massen am 5. oder 6. Januar nach überlegten strategischen Gesichtspunkten eingesetzt worden, dann wäre Berlin aller Wahrscheinlichkeit nach in den Händen der Aufständischen gewesen.

Die Januarbewegung ward vollends niedergeschlagen, als ihre hervorragendsten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg getötet wurden. Von diesem Verlust hat sich die Bewegung nicht mehr erholt[15]).

Die Wahlen zur Nationalversammlung zeigten, daß nur eine Minderheit hinter der radikalen Linken stand. Während die Sozialdemokratie ungefähr 11 Millionen Stimmen erhielt, kamen auf die Unabhängigen 2,3 Millionen. Die Regierung zog hieraus alle Konsequenzen. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden aufgelöst, die Kommandogewalt der Offiziere wurde wieder hergestellt und die „Sozialistische Republik" — so lautete seit dem November die Bezeichnung des Reichs — durch die „Deutsche Republik" ersetzt.

Im Reich kam es im Februar und März zu großen Streik- und Lohnbewegungen. Im Rheinland, in Westfalen verlangte die Arbeiterschaft die sofortige Sozialisierung der großen Industriewerke. Die Regierung hatte schon früher von sich aus eine Sozialisierungskommission bestellt, die diese doch im höchsten Maße politische Frage „wissenschaftlich" lösen sollte. Da die aufständige Arbeiterschaft sich nicht länger hinziehen lassen wollte, die Regierung ihrerseits eine Sozialisierung im Interesse des Wiederaufstiegs der Wirtschaft nicht zugab, schickte sie

---

[15]) Literatur über den Januaraufstand und die nachfolgenden Ereignisse: Volkmann: Revolution über Deutschland. Oldenburg 1930. — Winnig, August: Das Reich als Republik 1918—1928. Stuttgart, Berlin 1928.

Truppen ins Aufstandsgebiet, die die Ruhe und Ordnung nur mit Mühe wiederherstellten. Kaum war die Lage im westdeutschen Gebiet etwas ruhiger geworden, als in Mitteldeutschland der Kampf um dieselbe Forderung ausbrach. Ende Februar setzte hier der Generalstreik mit einer Schärfe ohnegleichen ein. Nicht nur Bergbau und Industrie wurden stillgelegt, sondern es stockten jeglicher Handel und Verkehr. Norddeutschland war von Süddeutschland getrennt. Politisch und wirtschaftlich war der Reichskörper durchschnitten. Die Regierung, die in Weimar saß, spürte am eigenen Leibe die Wirkung dieses Streiks. Sie wollte nunmehr „das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage" schaffen. In der Nationalversammlung wurden die von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwürfe von der bürgerlichen Mehrheit überstimmt. Aber im Augenblick erreichten die für die breiten Massen veröffentlichten Versprechungen, die Sozialisierung sofort und energisch in Angriff zu nehmen, ihr Ziel[16]). Die Streiks flauten ab. Auch ein in Berlin anfangs März ausbrechender Generalstreik war nicht mehr in der Lage, wesentliche politische Änderungen herbeizuführen. Wohl konnte man feststellen, daß sich innerhalb der Arbeiterschaft allenthalben unter dem Eindruck des Militärregimes Noskes das Schwergewicht nach links verlagerte. In den Arbeiterausschüssen hatten jetzt die USPD. im Verein mit der KPD. das Übergewicht. Aber an eine Machtergreifung war nicht mehr zu denken, da die Regierung durch das Militär geschützt wurde.

Als noch im April in Bayern die Revolution gewisse Scheintriumphe feierte, hatte sie an anderen Orten Deutschlands längst ihre Stoßkraft eingebüßt. Die Bayerische oder Münchener Räterepublik war von vornherein ein zum Scheitern verurteiltes provinzielles Unternehmen.

Bis zum Frühjahr 1919 hatte eine gewaltige Summe von Kämpfen stattgefunden, die alle zu keinem Ergebnis führten. Wohl gelang es vorübergehend in einzelnen Teilen des Reiches, in Bremen, in Braunschweig und München, die „Räteherrschaft" zu errichten, wohl bildeten die Streikaufstände in Berlin, Oberschlesien, vor allem aber im west- und mitteldeutschen Revier eine große Gefahr für den Bestand der neuen Republik. Aber alle diese Kämpfe wurden nacheinander, niemals gleichzeitig geführt, so daß die Regierung ihre Kraft immer auf einzelne Punkte konzentrieren konnte. Die Folgen der Niederlagen wirkten sich auch moralisch auf den politischen Geist der Parteien aus. Obwohl die USPD. die größte Partei der Industriearbeiterschaft war, konnte sie sich nicht zu einer einheitlichen politischen Ideologie entwickeln. Es gab eine Rechte, Mitte und sowjetfreundliche

[16]) Damals hingen an den Straßenecken in den Großstädten Plakate mit der Überschrift: „Der Sozialismus ist da." Man sprach im Volk spöttisch vom Plakatsozialismus.

Linke und außer diesen drei Hauptgruppen noch Nebengruppen[17]). Das Durcheinander bei der KPD. war noch viel größer. Der linke Flügel gebärdete sich antiparlamentarisch, syndikalistisch und terroristisch, von den Holländer Gorter und Pannekoek stark beeinflußt. Daneben gab es die sogenannte nationalbolschewistische (Hamburger) Richtung, die die nationale, außenpolitische Befreiung als dringendste Aufgabe betrachtete. Der Weg zur Befreiung von der sozialen Knechtschaft gehe über die nationale Freiheit[18]). Es gelang schließlich der dritten Gruppe, dem Kern der Partei, die Führung an sich zu reißen. Ihr politisches Programm bildete eine Synthese der gegensätzlichen Anschauungen von Rosa Luxemburg und Lenin. Die dauernde Illegalität der Partei erschwerten die ideologischen Auseinandersetzungen sehr; die Partei spaltete sich auf dem Heidelberger Kongreß, wobei der zahlenmäßig größere Teil, die linke Opposition, von der Kerngruppe ausgeschlossen wurde[19]). Eine Weiterarbeit war nur im kleinsten Maßstabe möglich.

Der Niedergang der revolutionären Welle machte sich in ganz Europa bemerkbar. Im Spätsommer 1919 wurde die seit dem Frühjahr bestehende Räteherrschaft in Ungarn gestürzt. Rußland konnte dem bedrängten revolutionären Ungarn, das in einen Krieg mit den Rumänen verwickelt war, nicht zu Hilfe kommen, da es mit den gegenrevolutionären Armeen sehr schwer zu kämpfen hatte. So wurde mit dem Sturz der Räteherrschaft in Ungarn ein entscheidender Vorposten des Bolschewismus aus dem Herzen Europas zurückgedrängt. In der Unterstützung der antirevolutionären Teile Ungarns seitens der Entente zeigt sich wiederum die Solidarität der westlichen Mächte gegen eine Überflutung Europas durch den Bolschewismus.

In Deutschland gab der Kapp-Putsch das Signal zum erneuten Ansturm. Der Generalstreik, die allerorten aus den Arbeiterparteien gebildeten Aktionsausschüsse zeigten, daß große Arbeitermassen noch einmal bereit waren, für das zu kämpfen, was sie im Winter des Jahres 1919 nicht erreicht hatten. Am Rhein und an der Ruhr trat die stark bewaffnete „Rote Front" in Aktion. Es gelang ihr, die Reichswehr abzudrängen und sich zum unbeschränkten Herrn des Industriegebiets zu machen. Die Reichsregierung entsandte einen Reichskommissar (Severing), und es gelang ihm auf Grund bestimmter Abmachungen, die Kämpfenden zur Abgabe der Waffen zu bewegen. Im „Bielefelder Abkommen" sicherte die Reichsregierung der Arbeiterschaft ein ungeheures Maß von politischen und wirtschaftlichen Konzessionen zu, unter anderem die „sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung". Von diesen Abmachungen hielt die Reichsregierung so gut wie keine aufrecht.

---

[17]) Eugen Prager: Geschichte der USPD. Berlin 1921.

[18]) Vgl. Thalheimer: Gegen den Nationalbolschewismus. 1920.

[19]) Protokoll über den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. (Ohne Ortsangabe und Jahreszahl.)

So endete auch diese Bewegung mit einer entscheidenden Niederlage, woran auch der parlamentarische Vormarsch der Unabhängigen und Kommunisten bei den Juniwahlen 1920 zum Reichstag nicht viel änderte.

Im Jahre 1920 waren die revolutionären Triebkräfte, die wir 1918 und 1919 über ganz Europa ausgebreitet finden, im Abflauen begriffen. Zwar spielten sich im Verlauf des Jahres 1920 noch zwei Ereignisse ab, deren ungewisser Ausgang von folgenschwerster Bedeutung sein konnte: der bolschewistische Vormarsch bis Warschau und die Besetzung der Fabriken in Italien durch die Arbeiterschaft. Beide Ereignisse ließen im Westen wieder Befürchtung aufkommen, als ob der Bolschewismus sich doch noch durchsetzen würde. Aber in beiden Fällen erfolgte der Rückschlag um so stärker, und der bolschewistische Versuch, die Revolution nach Deutschland und Italien zu tragen, war damit endgültgi gescheitert. Wir werden hier zu untersuchen haben, wie sich im Anschluß an diese Situation die Verhältnisse in Rußland und Deutschalnd gestalteten und wie es im Zusammenspiel von bestimmten Ereignissen zu jenen Erschütterungen des März 1921 kommen konnte.

Kapitel 2.

Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Im Sommer 1920 hielten es die bolschewistischen Führer für möglich, den Bolschewismus durch eine kriegerische Offensive nach Westeuropa zu verpflanzen. Den Anlaß dazu bot der polnisch-russische Krieg[1]). Obwohl es vom Standpunkt der militärischen Strategie und Taktik geradezu unmöglich erschien, die von der Entente unterstützte, im Vergleich zum russischen Heer gut ausgerüstete polnische Armee zu überrennen, gelang es dennoch, wenn auch nur für kurze Zeit. Polen wurde von einer tiefen Krise ergriffen. Der Vormarsch der Russen konnte jeden Tag zur Vereinigung mit dem deutschen Heer führen. Dann wurde Polen von zwei, ja wenn man Ostpreußen in Betracht zieht, von drei Seiten her angegriffen. Der völlige militärische und politische Ruin Polens wäre die unmittelbare Folge gewesen, zumal das Land im Innern durch die Gegensätze der verschiedenen Nationalitäten zermürbt, durchaus keine Einheit darstellte. In Deutschland waren für den Angriff auf Polen die radikale Rechte und die radikale Linke. Die einen sahen diesen Krieg als eine ungeheure außenpolitische Möglichkeit, die andern als den unmittelbaren Aufbruch zur Revolution an. Wenn es tatsächlich zu dieser deutsch-russischen Vereinigung gekommen wäre, dann wäre die bolschewistische Dampfwalze wohl nicht mehr zum Stehen gekommen. Wenn Polen und Deutschland bolschewistisch geworden wären, hätte der Bolschewismus endgültig im Abendland gesiegt. In Deutschland blieb aber aus Furcht vor der Entente alles ruhig. Das Siegesglück auf dem polnischen Kriegsschauplatz schlug plötzlich um. Die Polen konnten den Russen im Spätsommer eine empfindliche Schlappe beibringen. Der Krieg wurde kurze Zeit darauf beendet.

Unter dem Eindruck dieses Vormarschs der Roten Armee tagte der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Die Bedeutung des zweiten Kongresses liegt in der endgültigen Festlegung der Grundsätze und Verhaltungsmaßregeln für die kommunistischen Parteien im revolutionären Kampf. Der erste Kongreß im Jahre 1919 hatte schon gewisse Leitsätze und Aufgaben der Kommunistischen Internationale bestimmt. Aber viele Fragen wurden noch offen gelassen. Der zweite Kongreß legte die Statuten der K. I. endgültig fest[2]).

---

[1]) Vgl. Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Berlin 1932.

[2]) Für das Folgende: Thesen und Resolutionen des zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921.

Die Statuten der K. I. laufen darauf hinaus, die einzelnen kommunistischen Parteien oder Sektionen an die oberste Zentralinstanz, an das Exekutivkomitee der K. I., zu binden. Die K. I. – so heißt es — muß wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen. Der Organisationsapparat der K. I. muß den Arbeitern eines jeden Landes die Möglichkeit gewährleisten, in jedem gegebenen Moment die größtmögliche Hilfe von den organisierten Proletariern der übrigen Welt zu erhalten.

Der Weltkongreß ist die höchste Instanz der K. I. Er wählt das Exekutivkomitee. Die Hauptarbeit des EK. lastet auf der Partei des Landes, in dem auf Beschluß des Weltkongresses das EK. seinen Sitz hat. Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das EK. mit beschließender Stimme. Da sich faktisch das EK. in Rußland (Moskau) befindet, haben die Russen immer das — wenn auch nicht rein zahlenmäßige, so doch moralische — Übergewicht. Die zehn größten Sektionen entsenden je einen Vertreter; die Autorität der Russen ist groß genug, um ohne weiteres drei von diesen zehn Stimmen für sich zu gewinnen. Im Bedarfsfall kann das EK. in den verschiedenen Ländern seine Hilfsbüros einrichten, die völlig dem EK. untergeordnet sind. Da diese Büros im engsten Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes zu arbeiten haben, steht die Parteizentrale unter ständiger Kontrolle der Moskauer Bevollmächtigten.

Alle Mitglieder einer kommunistischen Fraktion unterstehen der strengen Kontrolle des Zentralkomitees der betreffenden kommunistischen Partei. Sie müssen sich vorher schriftlich verpflichten, jederzeit auf die Aufforderung der Partei hin ihr Mandat niederzulegen.

Dieses System der strengen Hierarchie sollte von jetzt an in Funktion treten. Man betrachtete die einzelnen Länder als Kriegsschauplätze, auf denen sich die kommenden revolutionären Kämpfe abspielen würden. Die oberste Kriegsleitung wollte die schnelle und energische Durchführung dieses Krieges. Dazu war es nötig, daß alle Unternehmungen und Aktionen über e i n e Zentrale liefen, damit sie die der Situation angepaßten Befehle für die kämpfenden Armeen ausgeben konnte. Von bürgerlicher Seite wurde immer behauptet, daß dieser ganze Organisationsapparat nichts anderes als ein außenpolitisches Machtinstrument der Sowjetrepublik sei. Das ist übertrieben. Dennoch scheint es, als ob die Exekutive der K. I. in gewissen Fällen in der Tat von diesem Machtarm Gebrauch gemacht hat und einzelne ihr unterstellte Parteien zu Taten veranlaßt hat, die nur einen Sinn haben im Hinblick auf die politische Lage Rußlands.

In den Jahren 1919—1921 war Sowjetrußland andauernd in einer kritischen Lage. Der Kampf mit den militärischen und wirtschaftlichen Widerständen schien mit einer Niederlage enden

zu wollen. So lag den Bolschewiki viel daran, in den einzelnen Ländern Europas möglichst schnell die Revolution herbeizuführen. Dann war Sowjetrußland aus der Isolierung heraus, in der es gegenüber der übrigen Welt stand. Die Russen wußten, daß der Sozialismus in einem so rückständigen Land wie Rußland überhaupt nicht ohne wirtschaftliche und politische Hilfe des Westens durchgeführt werden könnte.

Der Kongreß stellt fest, daß gegenüber 1919 gewisse Rückschläge (Ungarn, Deutschland) zu beobachten sind, trotzdem hält er die allgemeine Lage für die Weltrevolution doch noch für günstig. Das Proletariat steht zwar in keinem Lande direkt und unmittelbar vor der Ergreifung der Macht. Es nähert sich aber allenthalben dem revolutionären Gedanken der proletarischen Revolution. So ist die Revolution in „nächster Zukunft" möglich, denn die gesamte wirtschaftliche und politische Lage ist noch immer ungewöhnlich reich an Zündstoffen und Anlässen für ihr „plötzliches" Aufflammen. Eine weitere Vorbedingung für die Revolution ist die Ausnutzung der Krise in den nichtkommunistischen Arbeiterparteien, die sich aber doch zur Revolution bekennen.

Der Kongreß stellte deshalb folgende Thesen auf:

Es kann in jedem Lande nur eine kommunistische Partei geben. Es ist Aufgabe der Kommunisten, alle revolutionären Kräfte, soweit sie die Diktatur des Proletariats anerkennen, zu einer einheitlichen Partei zusammenzufassen. Es kann leicht geschehen, daß in einer so angespannten Situation Reformer und Anhänger des „Zentrums" schwankend werden. Daher ist der Kampf gegen solche Parteien mit aller Schärfe zu führen, um klare Fronten zu schaffen. Dabei genügt es nicht, sich auf die Klarstellung der Fehler dieser Ideologien zu beschränken; der Kampf muß auch gegen jede diese Richtung vertretende Persönlichkeit geführt werden; es muß gezeigt werden, daß diese Führer nicht gewillt sind, bis zum letzten konsequent an der Revolution festzuhalten, weil sie von ihrem Standpunkt es gar nicht vermögen.

Um die proletarischen Organisationen zu Kampfinstrumenten umzuformen, ist es notwendig, die bisherigen Führer durch Kommunisten zu ersetzen. Es ist besser, an führende Stelle unerfahrene, aber dafür von der Sache der Revolution durchdrungene Männer zu stellen, als die Vertreter der „Arbeiteraristokratie", d. h. der verbürgerlichten Arbeiterschicht. Um die führenden Stellen in kommunistische Hände zu bringen, ist eine mühselige, kleine Zellenarbeit erforderlich. Daraus ergibt sich, daß jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung und jeder künstliche Versuch der Schaffung besonderer Gewerkschaften, ohne dazu durch außergewöhnliche Maßnahmen seitens der Gewerkschaften gezwungen zu sein (z. B. Auflösung kommunistischer Ortsgruppen durch die sozialdemokratischen Zentralen), ein Schaden für die kommunistische Bewegung bedeutet.

Der bolschewistische Kommunismus verurteilt den bürgerlichen Parlamentarismus, weil das Parlament der Ausdruck „der bürgerlichen Lüge, des Betruges, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes" ist. Das Parlament ist für die Kommunisten nicht der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, wie dies in früheren Perioden der Fall war. Wenn die Kommunisten sich des Parlamentarismus bedienen, dann nur in der Absicht, den Parlamentarismus zu einem revolutionären Mittel zu formen. „An die Stelle des alten Anpassungs-Parlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt." Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats bleibt nach wie vor die Massenaktion. Aber es gilt zugleich die legalen Stellungen zu festigen und sie zu „Hilfsstützpunkten" des Kampfes zu machen. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Die Tätigkeit in diesen Stellungen wird dem Plan des Hauptfeldzuges untergeordnet. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort positive Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus die Massen zu mobilisieren, um letzten Endes das Parlament zu sprengen. Die Beispiele sind gegeben durch das Verhalten Liebknechts in Deutschland, der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der „demokratischen Beratung", in dem Parlament Kerenskis und schließlich in der konstituierenden Versammlung.

Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen. Jeder kommunistische Abgeordnete soll sich dessen bewußt sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit andern Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüssen nachzukommen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht den Wählermassen, sondern der Partei verantwortlich. — Die Sprache, die der Abgeordnete redet, muß jedem Arbeiter und Bauern verständlich sein. — Die kommunistischen Abgeordneten haben schon durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Die Immunität der Abgeordneten muß dazu ausgenutzt werden, die Parteien in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation und Propaganda zu unterstützen.

Den Höhepunkt des zweiten Kongresses bildet die Rede Lenins. Sie zerfällt in zwei inhaltlich voneinander getrennte Teile. Im ersten Teil gibt Lenin eine eingehende Analyse der großen weltpolitischen Zusammenhänge. Im zweiten Teil weist er auf die politischen Schritte hin, die die K. I. notwendig tun muß, um

den revolutionären Ausweg aus dieser Krise zu finden[3]). Lenin zeigt, in welcher Verworrenheit und in welchem Durcheinander sich die ganze Welt durch den Friedensschluß von Versailles befindet. „Der Krieg hat mit einem Schlage etwa 1/4 Milliarde Menschen in eine Lage zurückgeworfen, die der einer Kolonialbevölkerung entspricht. Er hat Rußland zurückgeworfen, dessen Bevölkerung auf ungefähr 130 Millionen zu schätzen ist, Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde Menschen sind in den Ländern, die, wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, gebildetsten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernen Fortschritts stehen. Der Krieg hat ihnen durch den Versailler Vertrag Bedingungen auferlegt, die vorgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit bringen; denn sie sind durch den Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat." Die Herrschaft des Kapitals erstreckt sich über 600 Millionen Menschen in den Kolonien Europas, und wenn man noch die „Halbkolonien" Persien, Türkei und China hinzunimmt, ergibt sich die Ziffer von einer Milliarde. So kommt es, daß 1/4 Milliarde[4]) Menschen 1 1/4 Milliarde beherrschen. Nach dieser Vorstellung befindet sich die riesige Mehrheit aller Menschen im Zustande der Sklaverei. Aber auch die Minderheitsgruppe wird ihrer Herrschaft nicht froh, da das Gespenst der internationalen Verschuldung krisenhafte Wirkungen auch in ihrer Wirtschaft auslöst. Obwohl in den meisten Ländern ein unerhörter Warenhunger besteht, muß dennoch der Absatz ruhen, weil kein Geld vorhanden ist, um Waren einzuführen. Lenin weist auf das Buch des Engländers Keynes hin, der bei aller Abneigung gegen den Bolschewismus den Mut hat, vor der ganzen Welt zu bekennen, daß das Werk der imperialistischen Mächte ein Wahnsinn sei, wie er größer nicht gedacht werden kann.

Dennoch dürfe man nicht etwa mit dem mechanischen Zusammenfall des kapitalistischen Gebäudes rechnen. Die Imperialisten werden wieder einen Ausweg finden, wenn nicht die Revolution auf der ganzen Linie Fortschritte mache und ihre Möglichkeiten überwacht. Aber es gebe noch genügend Utopisten innerhalb der Arbeiterschaft, die an einen friedlichen Ausweg aus diesem Chaos glauben. Als typischer Vertreter dieser Richtung stehe der Führer der Unabhängigen Labour Party, MacDonald, da. „MacDonald bleibt eben vom Scheitel bis zur Sohle der bürgerliche Pazifist und Kompromißler, der Kleinbürger, der von einer über den Klassen stehenden Regierung träumt." Solange eine Partei solche Führer an ihrer Spitze dulde, ist sie nicht reif,

---

[3]) Protokolle des zweiten Weltkongreß der K.I. Hamburg 1921.

[4]) England, Amerika, Japan und einige neutrale. Frankreich gehört nach Lenin nicht zu den Siegern.

in die dritte Internationale aufgenommen zu werden. Sie müsse erst ganz klar die Trennungslinie zu den Anschauungen ihrer Führer ziehen. Nicht anders stehe es in Deutschland und Frankreich. Hier liege nicht nur Unvermögen, sondern auch Unlust vor, die Krise im revolutionären Sinne auszunützen. Die Arbeiteraristokratie, deren Exponent die rechte Führerschaft ist, erhalte von der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Konzessionen. Das Ganze laufe auf Bestechung aus; es sei dabei völlig nebensächlich, ob die bürgerlichen Republiken die Kulturorganisationen oder die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiterschaft unterstützen. Ein Sozialismus dieser Oberschicht sei kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Eine kleinliche Denkweise herrsche bei den Führern der Arbeiteraristokratie, die darauf hinweisen, daß die Löhne im kommunistischen Rußland niedriger seien als im kapitalistischen Deutschland. Sie folgern daraus, daß man eine Revolution in einem Lande mit einem niedrigen Lebensstandard nicht durchführen könne. So könne nur der Konterrevolutionär sprechen.

Lenin legte dem Kongreß Thesen vor, die den Anschluß der „unabhängigen" Parteien an die dritte Internationale außerordentlich erschwerten. Wenn in der nächsten Zeit die revolutionäre Woge in Europa noch einmal emporfluten würde, so sollte die Revolution einen bolschewistischen Charakter tragen.

Im einzelnen nahm der Kongreß 21 Bedingungen für den Eintritt in die K.I. an[5]). Die Parteien, die der K.I. anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem „Reformismus" und mit der Politik des „Zentrums" anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. „Die K.I. fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die K.I. vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie Turati, Kautsky, Hilferding, Hilquit, Longuet, MacDonald u. a., das Recht haben sollen, als Angehörige der dritten Internationale zu gelten." Das könnte nur dazu führen, daß die dritte Internationale in hohem Maße der zugrundegegangenen zweiten Internationale ähnlich werden würde. „Diejenigen Parteien, die jetzt in die dritte Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die dritte Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem zweiten Kongreß der K.I. unzweideutig für den Eintritt der Partei in die dritte Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der dritten Internationale."

In Deutschland erreichten die Kommunisten das, was sie erstrebten. Die Linke innerhalb der USPD. trat schon vor den

[5]) Siehe Thesen und Resolutionen des zweiten Weltkongreß der K. I.

offiziellen Beschlüssen ihres Parteitages mit der KPD. in engste Fühlung. Ihre Führer, die später zum guten Teil wieder aus der KPD. austraten, ließen nicht nach, den Anschluß zu predigen. Ihnen imponierte die einheitliche revolutionäre Weltanschauung des Bolschewismus, der kein Kompromiß zu kennen schien. Von der alten SPD. her schätzten sie neben „theoretischer Klarheit" die organisatorische Geschlossenheit. So schrieb einer ihrer Wortführer[6]): „Die richtige Einschätzung der weltpolitischen Situation einerseits und die Erfahrungen des russischen Kampfes gegen das Weltkapital andererseits liegen den Leitsätzen und Bedingungen zugrunde, die der zweite Kongreß der Moskauer Internationalen aufgestellt hat. Nicht um eine Spaltung des Proletariats handelt es sich, wie die opportunistischen Führer behaupten, sondern um eine Sammlung der revolutionären und aktiven Vordertruppen des Proletariats auf klarer und unzweideutiger theoretischer Grundlage." Als ausschlaggebendes Moment über alle Bedenken hinweg kam das gläubige Vertrauen auf die Heilslehre der bolschewistischen Internationale hinzu. „. . . man muß daran denken, daß unsere russischen Genossen eine langjährige revolutionäre Lehrzeit hinter sich haben"[7]).

Die USPD. berief zur endgültigen Klärung der Anschlußfrage einen außerordentlichen Parteitag nach Halle (Oktober 1920)[8]). Für den Anschluß sprach der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, Sinowjew. In einem rhetorisch wirkungsvollen Referat, das sich über vier Stunden erstreckte, legte er noch einmal alle jene Argumente dar, die schon auf dem zweiten Kongreß eine hervorragende Rolle gespielt hatten. Unter dem Eindruck der Rede hatten sich viele Delegierte endgültig entschieden. 236 Delegierte erklärten sich für den Anschluß, 156 dagegen. Damit war die große Partei zertrümmert. Über zwei Jahre hindurch hatte sie versucht, die Arbeiter Deutschlands für eine weitgehende Revolution zu gewinnen. Im Gegensatz zum Bolschewismus wollte sie die Freiheit von Individuum und Gemeinschaft bewahren. Es zeigte sich aber, daß in Deutschland wie auch in andern Ländern die revolutionäre Bewegung in dieser verhältnismäßig gemäßigten Form nicht zu halten war. Die Massen der Arbeiterschaft entschieden sich entweder für die bürgerliche Sozialreform, d. h., sie kehrten zur Sozialdemokratie zurück, oder sie gingen über alle, auch für die Revolution geltenden Schranken der westeuropäischen abendländischen Kultur hinweg, um vom Bolschewismus die Befreiung und Erlösung zu erwarten.

---

[6]) Ernst Däumig: Für die dritte Internationale. Berlin 1920. S. 6.
[7]) Vgl. ebenda: Stöcker S. 56/57.
[8]) Vgl. Eugen Prager: Geschichte der USPD. 1921.

Kapitel 3.

Rußland im Winter 1920/21.

Seit der Oktoberrevolution bis zum Herbst 1920 befand sich der Bolschewismus in einem dauernden Kriegszustand mit den verschiedensten Gegnern. Im Jahre 1918 dachte Rußland sofort mit dem wirtschaftlichen Aufbau zu beginnen. Die Kommunisten wollten die gesamte Produktion sogleich vergesellschaften. Es wurden dementsprechende Dekrete erlassen. Dies alles in der Hoffnung auf baldige Hilfe durch die Revolution im Westen. Während dieser Kriegsjahre hatte man nicht viel Zeit, systematisch den Neuaufbau der Wirtschaft zu beginnen. Der Kommunismus wurde in seiner primitivsten Form durchgeführt, d. h., die riesigen Landflächen der Großgrundbesitzer wurden unter die Bauern aufgeteilt. Die städtische Arbeiterschaft übernahm die Fabriken und Produktionsmittel. Natürlich konnte die Industrie bei weitem nicht alle die Produkte herstellen, die auf dem Lande gebraucht wurden, um so weniger, als sie dauernd für den Krieg produzieren mußte. An erster Stelle stand die Aufgabe, die Rote Armee mit dem nötigen Material, mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Munition zu versorgen. Das Dorf lieferte die Lebensmittel und Rohstoffe, ohne hierfür ein nennenswertes Aequivalent zu erhalten; die Wirtschaftsführung erfolgte in dieser ganzen Zeit nicht nach einem durchdachten Plan, sondern „unter dem Druck der laufenden aktuellen Verpflichtungen mit sporadisch dringlichen Maßnahmen“[1]). Die landwirtschaftliche Produktion funktionierte nicht. Das Unglück einer Mißernte, von der Rußland im Sommer 1920[2]) heimgesucht wurde, hatte zwar seine natürlichen, aber auch seine von den ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen abhängigen Ursachen. Dazu gehörten vor allem die Verringerung der Saatfläche (43,8 Prozent der Vorkriegsfläche) wegen des Mangels an Menschenmaterial und an Saatkorn und wegen der Verschlechterung der Bodenbearbeitung[3]). Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Industrieprodukte betrug im Jahre 1920 einen Bruchteil der Vorkriegsproduktion. Sie war noch nach 1920 bei lebenswichtigen Wirtschaftsgruppen im Sinken begriffen. Hier seien einige Beispiele angeführt.

---

[1]) Russische Korrespondenz, Jahrgang II, Bd. II, Nr. 7/9, S. 1: Die Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands im Jahre 1920.

[2]) Nicht zu verwechseln mit der viel größeren Erntekatastrophe im Sommer 1921.

[3]) Vgl. Russische Korrespondenz, Jahrgang II, Bd. II, Nr. 7/8, S. 2.

Die Getreidebeschaffung betrug in den „erzeugenden Gebieten“[4]) in den Monaten Januar bis März:

im Jahre 1920: 37 289 000 Pud,
im Jahre 1921: 15 111 000 Pud,

in den „konsumierenden Gebieten“

im Jahre 1920: 3 188 000 Pud,
im Jahre 1921: 2 582 000 Pud.

1920 betrug die Zufuhr aus 20 Gouvernements 40 Millionen Pud, 1921 aus 43 Gouvernements nur etwa 17 Millionen Pud, und nur durch die sibirische Zufuhr an Getreide wurde der Verlust wieder wettgemacht[5]). Die Kartoffelbeschaffung betrug im Jahre 1920 in den drei Wintermonaten Januar bis März 10 392 000 Pud, im Jahre 1921 während der gleichen Zeitspanne nur 4 535 000 Pud[6]). Herrschte schon 1920 ein großer Mangel an Brennstoffen, so wurde durch die Transportkrise im Winter 1921 die Zufuhr an Brennstoffen fast völlig unterbunden. Wäre immerhin in dieser Situation der fortgeschrittene industrielle Westen Sowjetrußland zu Hilfe gekommen, so hätte ein den Verhältnissen entsprechender normaler Güteraustausch zwischen Stadt und Land anfangen können. Die Hilfe aus dem Westen blieb aber aus.

Der Realpolitiker Lenin sah auch in der nächsten Zukunft keine sichere Möglichkeit, Hilfe aus dem Westen zu erhalten. Die russisch-kommunistische Öffentlichkeit aber erwartete noch jeden Tag die Nachricht, daß in Deutschland oder in Italien die Revolution ausgebrochen sei. Sie vertraute auf den politischen und moralischen Wirkungsbereich ihrer Führer. Aber die Führer waren bald insgesamt überzeugt, daß Lenin recht hatte. Mit großer Erwartung beobachteten sie die Besetzung der Fabriken durch die italienische Arbeiterschaft. Es zeigte sich nach kurzer Zeit, daß an eine Machtübernahme gar nicht zu denken war. Sowjetrußland mußte sich weiterhin mit der wirtschaftlichen und politischen Isolierung abfinden.

Um die zerstörte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, bedurfte es aber der Hilfe des Auslands, der kapitalistischen Staaten. Woher aber sollte ein völlig verarmtes Land wie Rußland das Geld nehmen, um die nötigsten Maschinen für den Wiederaufbau seiner Industrie einzuführen? Das einzige Mittel für Rußland, um zu Kapital und Kredit zu gelangen, war die Verpachtung gewisser wertvoller Ländereien zur Ausnutzung an ausländische Gesellschaften, die „Konzessionen“. Für Rußland war die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Staaten, mit denen es eben noch im Kriegszustande lag, kein Symbol eines nunmehr friedlichen Zusammenarbeitens, sondern im Hinblick auf die ruinierte Wirtschaft eine Notwendigkeit.

---

[4]) Russische Korrespondenz, Jahrgang II, Bd. II, Nr. 12: Die Volkswirtschaft Sowjetrußlands im ersten Vierteljahr 1921, S. 15.

[5]) Russische Korrespondenz: ebenda.

[6]) Russische Korrespondenz, Jahrgang II, Bd. II, Nr. 12, S. 17.

Rußland war der völligen wirtschaftlichen Erschöpfung nahe und brauchte Hilfe, woher sie sich auch bot. Man mußte jedoch mit Vorsicht über den tatsächlichen Bestand der Verhältnisse sprechen, weil sonst bei dem Notzustand, in dem die Bevölkerung sich befand, leicht eine Panikstimmung hätte ausbrechen können. „Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzig sichere Weg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen gesichert haben, unter denen wir neben kapitalistischen Staaten bestehen können, die gezwungen sind, die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns aufzunehmen“[7]). Lenin erklärte hiermit, daß das Kapital wieder die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland aufnehmen wolle. Wem nütze das? Natürlich, es nützt auch den Kapitalisten; aber in einem viel größeren Ausmaße nützt es der russischen Wirtschaft. Das Günstigste wäre im Augenblick, den Konflikt Amerika—Japan auszunutzen. Lenin stellt im November 1920 den Krieg zwischen Japan und Amerika als unausbleiblich hin. Die Amerikaner haben ihr Augenmerk auf die Halbinsel Kamschatka gelenkt. Sie brauchen sie als strategische Basis gegen Japan. Kamschatka hat große Naphtha- und Erzvorräte. Für Rußland komme eine Ausnutzung wegen der Entfernung nicht in Frage. Wenn Japan die östlich gelegenen Gebiete sich eines Tages aneignen würde, könnte Sowjetrußland nichts dagegen unternehmen. Unter diesen Umständen sei eine Gewährung von Konzessionen in Kamschatka an Amerika die einzige Möglichkeit, um die militärische Sicherheit des Fernen Ostens zu bewahren und um außerdem für Sowjetrußland finanzielle Vorteile dabei zu erringen. Amerika habe auch schon einen Unterhändler nach Moskau geschickt, der das Nötige vorbereiten soll.

Lenin spricht in dieser Rede vor den Zellensekretären der Moskauer Organisation der KPR. eine merkwürdige Sprache. Die fabelhafte Geschichte mit jenem Amerikaner, Herrn Vanderlip, vor dem sich Könige und Minister verbeugen, würde man eher in Andersens Märchen als in einer Rede Lenins vor den Moskauer Vertrauensmännern vermuten. Der Sachverhalt scheint aber folgender zu sein: Als das Gerücht von den beabsichtigten Konzessionen durchdrang, ergriff ganz Rußland eine große Beunruhigung[8]). Die Anhängerschaft der Bolschewiki wurde mißtrauisch und vermutete hinter den täglich neu auftauchenden Gerüchten die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in Rußland[9]). Diese Beunruhigung wurde um so größer, weil auch

[7]) Lenin, Werke, Bd. 25. Rede in der Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR. am 20. November 1920.

[8]) Vgl. Lenin: Sämtl. Werke Bd. 25. Wien, Berlin 1930. S. 753, Anmerkung 223.

[9]) Lenin: Rede vor den Moskauer Zellensekretären. „Genossen, ich habe mit großer Genugtuung, wenn auch offen gesagt mit Erstaunen festgestellt, daß die Frage der Konzessionen gewaltiges Interesse hervor-

innerhalb der bolschewistischen Körperschaften in der kommunistischen Partei und in den Gewerkschaften eine merkwürdige Nervosität um sich gegriffen hatte. Die Kamschatka-Affäre wurde überall diskutiert. Man erzählt, daß ein Komitee gegründet werden sollte, um für die Konzessionen auf Kamschatka einzutreten, da es für die Regierung zu kompromittierend war, sich selbst mit der Kamschatka-Affäre zu belasten. Das Komitee sollte also eine Art künstlicher Opposition vorspielen, um auf die Öffentlichkeit beruhigend einzuwirken. Schließlich nahm jedoch die Regierung das Projekt selbst in die Hand. Man kann aber aus diesem unsicheren Hin und Her ersehen, wie erschüttert das Vertrauen zwischen den führenden Männern der Politik und der breiten Masse war[10]).

Der Streit um die Konzessionen war mit die Ursache zu der gefährlichsten inneren Krise (Februar—März 1921), die Sowjetrußland seit seinem Bestand durchzumachen hatte. Die Krise fand zunächst ihren Ausdruck in den endlosen, zum Teil von grimmiger Polemik erfüllten Debatten über die Aufgabe der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Die allgemeine Beunruhigung, die hatte vermieden werden sollen, setzte jetzt erst recht innerhalb der „disziplinierten Vorhut" ein. Man schrieb die Schuld an dem völligen Versagen des Wirtschaftsorganismus dem vorherrschenden Bürokratismus zu. In der „Ekonomitschaskaja Ssihn", einem offiziellen Wirtschaftsblatte der Regierung, finden sich darüber folgende bezeichnenden Auslässe[11]): Wir wissen nicht, wieviel Interressortkommissionen und Conseils während der drei Jahre sich angehäuft haben, wieviel permanente und zeitweilige Kommissionen bestehen, welchen Instanzengang eine gegebene Sache zu durchlaufen hat, usw., und waren deshalb bestrebt, jede Kleinigkeit in der Spitze des Apparates, dem Sowjet der Arbeit und Landesverteidigung und dem Sowjet der Volkskommissare, zu entscheiden. Das Ergebnis einer Prüfung hat ergeben, daß 49 permanente Interressortkommissionen und 30 zeitweilige Kommissionen vorhanden sind. . . . Und wieviel außerordentliche Kommissionen oder besonders bevollmächtigte Kommissionen gibt es noch?" Alle Kongresse und Versammlungen der Sowjetvertretungen, der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften klagten über dasselbe Übel. Wenn der Krieg jahrelang irgendwelche Notwendigkeiten erfordert hatte, so nahm man diese Opfer ohne weiteres hin, in der Bereitschaft, alles für den Bestand der Sowjetrepublik zu tun. Aber jetzt, nachdem die unmittelbare Bedrohung vorüber war und der Staatsapparat in Funktion treten

---

ruft. Überall werden Stimmen laut, hauptsächlich aber unter den Massen. Man fragt, wie es kommt, daß wir die fremden Ausbeuter herbeirufen, nachdem wir die eignen weggejagt haben."

[10]) Nach den Mitteilungen eines sehr gut orientierten Emigranten.

[11]) Abgedruckt in „Die Krise des Bolschewismus" von Ssergej Dnjeprow. Berlin 1921.

Rußland war der völligen wirtschaftlichen Erschöpfung nahe und brauchte Hilfe, woher sie sich auch bot. Man mußte jedoch mit Vorsicht über den tatsächlichen Bestand der Verhältnisse sprechen, weil sonst bei dem Notzustand, in dem die Bevölkerung sich befand, leicht eine Panikstimmung hätte ausbrechen können. „Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzig sichere Weg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen gesichert haben, unter denen wir neben kapitalistischen Staaten bestehen können, die gezwungen sind, die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns aufzunehmen"[7]). Lenin erklärte hiermit, daß das Kapital wieder die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland aufnehmen wolle. Wem nütze das? Natürlich, es nützt auch den Kapitalisten; aber in einem viel größeren Ausmaße nützt es der russischen Wirtschaft. Das Günstigste wäre im Augenblick, den Konflikt Amerika—Japan auszunutzen. Lenin stellt im November 1920 den Krieg zwischen Japan und Amerika als unausbleiblich hin. Die Amerikaner haben ihr Augenmerk auf die Halbinsel Kamschatka gelenkt. Sie brauchen sie als strategische Basis gegen Japan. Kamschatka hat große Naphtha- und Erzvorräte. Für Rußland komme eine Ausnutzung wegen der Entfernung nicht in Frage. Wenn Japan die östlich gelegenen Gebiete sich eines Tages aneignen würde, könnte Sowjetrußland nichts dagegen unternehmen. Unter diesen Umständen sei eine Gewährung von Konzessionen in Kamschatka an Amerika die einzige Möglichkeit, um die militärische Sicherheit des Fernen Ostens zu bewahren und um außerdem für Sowjetrußland finanzielle Vorteile dabei zu erringen. Amerika habe auch schon einen Unterhändler nach Moskau geschickt, der das Nötige vorbereiten soll.

Lenin spricht in dieser Rede vor den Zellensekretären der Moskauer Organisation der KPR. eine merkwürdige Sprache. Die fabelhafte Geschichte mit jenem Amerikaner, Herrn Vanderlip, vor dem sich Könige und Minister verbeugen, würde man eher in Andersens Märchen als in einer Rede Lenins vor den Moskauer Vertrauensmännern vermuten. Der Sachverhalt scheint aber folgender zu sein: Als das Gerücht von den beabsichtigten Konzessionen durchdrang, ergriff ganz Rußland eine große Beunruhigung[8]). Die Anhängerschaft der Bolschewiki wurde mißtrauisch und vermutete hinter den täglich neu auftauchenden Gerüchten die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in Rußland[9]). Diese Beunruhigung wurde um so größer, weil auch

[7]) Lenin, Werke, Bd. 25. Rede in der Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR. am 20. November 1920.

[8]) Vgl. Lenin: Sämtl. Werke Bd. 25. Wien, Berlin 1930. S. 753, Anmerkung 223.

[9]) Lenin: Rede vor den Moskauer Zellensekretären. „Genossen, ich habe mit großer Genugtuung, wenn auch offen gesagt mit Erstaunen festgestellt, daß die Frage der Konzessionen gewaltiges Interesse hervor-

innerhalb der bolschewistischen Körperschaften in der kommunistischen Partei und in den Gewerkschaften eine merkwürdige Nervosität um sich gegriffen hatte. Die Kamschatka-Affäre wurde überall diskutiert. Man erzählt, daß ein Komitee gegründet werden sollte, um für die Konzessionen auf Kamschatka einzutreten, da es für die Regierung zu kompromittierend war, sich selbst mit der Kamschatka-Affäre zu belasten. Das Komitee sollte also eine Art künstlicher Opposition vorspielen, um auf die Öffentlichkeit beruhigend einzuwirken. Schließlich nahm jedoch die Regierung das Projekt selbst in die Hand. Man kann aber aus diesem unsicheren Hin und Her ersehen, wie erschüttert das Vertrauen zwischen den führenden Männern der Politik und der breiten Masse war[10]).

Der Streit um die Konzessionen war mit die Ursache zu der gefährlichsten inneren Krise (Februar—März 1921), die Sowjetrußland seit seinem Bestand durchzumachen hatte. Die Krise fand zunächst ihren Ausdruck in den endlosen, zum Teil von grimmiger Polemik erfüllten Debatten über die Aufgabe der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Die allgemeine Beunruhigung, die hatte vermieden werden sollen, setzte jetzt erst recht innerhalb der „disziplinierten Vorhut" ein. Man schrieb die Schuld an dem völligen Versagen des Wirtschaftsorganismus dem vorherrschenden Bürokratismus zu. In der „Ekonomitschaskaja Ssihn", einem offiziellen Wirtschaftsblatte der Regierung, finden sich darüber folgende bezeichnenden Auslässe[11]): Wir wissen nicht, wieviel Interressortkommissionen und Conseils während der drei Jahre sich angehäuft haben, wieviel permanente und zeitweilige Kommissionen bestehen, welchen Instanzengang eine gegebene Sache zu durchlaufen hat, usw., und waren deshalb bestrebt, jede Kleinigkeit in der Spitze des Apparates, dem Sowjet der Arbeit und Landesverteidigung und dem Sowjet der Volkskommissare, zu entscheiden. Das Ergebnis einer Prüfung hat ergeben, daß 49 permanente Interressortkommissionen und 30 zeitweilige Kommissionen vorhanden sind. . . . Und wieviel außerordentliche Kommissionen oder besonders bevollmächtigte Kommissionen gibt es noch?" Alle Kongresse und Versammlungen der Sowjetvertretungen, der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften klagten über dasselbe Übel. Wenn der Krieg jahrelang irgendwelche Notwendigkeiten erfordert hatte, so nahm man diese Opfer ohne weiteres hin, in der Bereitschaft, alles für den Bestand der Sowjetrepublik zu tun. Aber jetzt, nachdem die unmittelbare Bedrohung vorüber war und der Staatsapparat in Funktion treten

---

ruft. Überall werden Stimmen laut, hauptsächlich aber unter den Massen. Man fragt, wie es kommt, daß wir die fremden Ausbeuter herbeirufen, nachdem wir die eignen weggejagt haben."

[10]) Nach den Mitteilungen eines sehr gut orientierten Emigranten.

[11]) Abgedruckt in „Die Krise des Bolschewismus" von Ssergej Dnjeprow. Berlin 1921.

die Bolschewiki. Die Erregung nahm bald heftigere Formen an, weil einige höhere beamtete Kommunisten (u. a. Latschewitsch, Mitglied des Verteidigungskomitees und des revolutionären Militärrats der Republik) die Streikbewegung scharf angriffen und die Arbeiter als Drückeberger und Gegenrevolutionäre bezeichneten. Er ließ eine größere Fabrik, in der gestreikt wurde, schließen und erklärte die Arbeiter für ausgesperrt. Die Arbeiter gingen damit ihrer Nahrungsmittelration verlustig. Am 28. Februar kam es zu Demonstrationen in den Straßen. An den Mauern klebten Plakate folgenden Inhalts: „Eine vollständige Änderung der Regierungspolitik ist notwendig. Zu allererst brauchen die Arbeiter und Bauern Freiheit. Sie wollen nicht nach den Dekreten der Bolschewiki leben. Sie wollen selbst über sich verfügen. Genossen, bewahrt revolutionäre Ordnung! Verlangt entschieden und auf organisierte Weise: Freilassung aller verhafteten Sozialisten und parteilosen Arbeiter; Abschaffung des Kriegsrechtes, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für alle Arbeitenden; freie Wahl von Werkstatt- und Fabrikkomitees und von Arbeitergesellschaften und von Sowjetvertretern."

Die Bewegung wurde darauf gewaltsam unterdrückt. Militär wurde herangezogen und Petersburg unter Kriegsrecht gestellt.

Das war das Signal zu einem Aufstand des Militärs und der Matrosen in der Seefestung Kronstadt. Auch das benachbarte Fort Oranienbaum, in dem ein größeres Luftgeschwader lag, schloß sich der Bewegung an. Von ihnen allen gilt dasselbe wie von den Petersburger Arbeitern: Sie waren in früheren Zeiten die zuverlässigste Sturmtruppe der Revolution.

Wären die Aufständischen sofort und entschlossen zum Angriff übergegangen, so hätten sie bei ihrer guten Ausrüstung die Stadt Petersburg nehmen können. Sie blieben aber ruhig und zurückhaltend und taten keinem Regierungskommissar etwas an. Eine Delegation der Kronstädter Matrosen, die nach Petersburg geschickt wurde, um dort mit der Regierung zu verhandeln, wurde hingegen sofort verhaftet. Trotzdem aber hielten sich die Matrosen zurück. Dieses merkwürdig anmutende Verhalten der Kronstädter Besatzung hat seine Gründe in der politischen Weltanschauung, von der diese Revolution getragen wurde. Die Führer der Matrosen waren Idealisten, die von der Freiheit der Sowjets und von einer „dritten Revolution" träumten und die jedes Blutvergießen für verabscheuungswürdig hielten. So kam es, daß Kronstadt ruhig blieb und lediglich seine Forderungen ankündigte, die mit denen der Petersburger Arbeiterschaft Ähnlichkeit haben.

In der programmatischen Resolution heißt es:

1. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtigen Sowjets den Willen der Arbeiter und Bauern nicht ausdrücken, wird beschlossen, sofort neue Wahlen mit geheimer Abstimmung abzuhalten, wobei die vorherige Wahlkampagne volle Agitationsfreiheit unter den Arbeitern und Bauern haben muß.

2. Rede- und Pressefreiheit ist einzuführen für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linksstehende sozialistische Parteien. Es wurde die Amnestie für alle Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen gefordert, soweit sie den sozialistischen Parteien angehören. Ferner die Abschaffung der Tscheka und anderer politischen Büros, „weil keine Partei spezielle Privilegien besitzen darf". Das Programm, das noch eine ganze Reihe von Forderungen enthielt, lief in der Hauptsache auf die Abschaffung des terroristischen bolschewistischen Parteiregimes hinaus, um an seine Stelle wieder jene alte Losung der Bolschewiki zu setzen: „Alle Macht den Räten!"

Die Regierung erkannte die Gefährlichkeit ihrer Lage. Was hier in Kronstadt sich ereignete, konnte sich täglich und stündlich an allen Enden Rußlands wiederholen. Vor allem mußte den Aufständischen der moralische Rückhalt genommen werden. Die Regierung diffamierte deshalb die Kronstädter Bewegung und stellte sie als eine gegenrevolutionäre Aktion hin, hinter der die Weißgardisten und Emigranten steckten. Durch eine sofort aufgenommene systematische Lügenpropaganda glaubte ganz Rußland der Darstellung der Regierung. Der lange Zeit angesammelte innerpolitische Konfliktsstoff konnte auf diese Weise glimpflich um seine Entladung gebracht werden. Gleichzeitig ging die Regierung mit den rigorosesten Mitteln gegen Kronstadt vor. Den Matrosen wurde ein kurzbefristetes Ultimatum gestellt, in dem die Übergabe der Festung und die Rückziehung der Forderungen verlangt wurden. Die Regierung beauftragte Trotzki mit der sofortigen Durchführung der militärischen Aktion gegen Kronstadt. Als die Matrosen zögerten, die vollständige Kapitulation sogleich anzutreten, ließ Trotzki durch die für diesen Fall schon bereitgehaltenen Elitetruppen der Roten Armee die Festung beschießen. Nach zäher Gegenwehr siegten die Truppen der Roten Armee über die Kronstadter Rebellen. Nach ihrer Ergebung traf sie die ganze Furchtbarkeit des bolschewistischen Terrors. Unter diesem Eindruck wagte in Rußland keine größere Gruppe einen weiteren Aufstand. Nichtsdestoweniger war die Herrschaft der Bolschewiki bis ins Mark erschüttert.

Kapitel 4.

a) Die Politik der Kommunistischen Partei nach ihrer Vereinigung mit der USPD.

Die organisatorische Verschmelzung der USPD. und der KPD. zur VKPD. (Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands) erfolgte im Dezember 1920. Die kommunistische Partei hatte jetzt die zur Revolution drängenden Arbeiter in ihren Reihen. Die Mitgliederzahl belief sich auf etwa 500 000. Der Bestand an organisierten Mitgliedern war in den früheren Jahren erheblich tiefer. Der Spartakusbund umfaßte nur einige tausend Mitglieder. Im Jahre 1919 wuchs zwar die Anzahl der Mitglieder beträchtlich. Aber die Einheitlichkeit der Ideologie fehlte fast vollständig. Die „Spaltung" des Heidelberger Parteitages dezimierte den Bestand der organisierten Anhänger derart, daß die Partei in manchen Industriegebieten gegenüber ihrer Linksopposition, der kommunistischen Arbeiterpartei, oder gar der USPD. gegenüber, ohne jeden Einfluß blieb. Das, was die Partei von jeher zu sein wünschte, eine straff organisierte Massenpartei, war mit dem Übertritt der USPD. Tatsache geworden. Die Vereinigung beider Parteien nach der Tagung in Halle stellte nach Ansicht der Führer nicht nur eine feste Verquickung beider Parteiorganisationen dar, sondern man sah gerade in der ideologischen und politischen Einheit einen moralischen Erfolg. Dieses Gefühl mußte in den Reihen der Mitgliederschaft eine große Begierde nach neuen Taten und Bewegungen erwecken. Es galt, die vergrößerte Stoßkraft in Anwendung zu bringen. Der Front der zersplitterten Reformer stand jetzt die geschlossene Front „der revolutionären Avantgarde" gegenüber.

Die neue Partei wußte aber auch, daß zu einer groß angelegten Aktion mehr Massen erfaßt werden mußten als nur die kommunistische Anhängerschaft[1]). In diesem Punkte setzte die Arbeit der Partei im Januar und Februar 1921 ein. Sie wollte möglichst umfassende Arbeitermassen, auch soweit sie nicht oder sogar im Gegensatz zum Kommunismus standen, mit den Forderungen und mit dem Wollen der Kommunisten bekannt machen. Die Partei war sich dessen bewußt, daß ihr Erfolg nicht allein von der bloßen Agitation und Demagogie abhängig sein könne, sondern von den realen kleinen Erfolgen, die im täglichen Leben erkämpft werden. Die Kommunisten blieben deshalb in den Gewerkschaften, weil sie in den Gewerkschaften das gegebene Feld für die Verbreitung

[1]) Vgl. R. Fuchs: Spaltung und Einigung in der Aktion, in „Die Schmiede", Jahrg. 1921, Nr. 1.

ihrer Ideen und Forderungen sahen. Um z. B. neue Steuern und Lohnkürzungen abzuwehren, bedurfte es des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Bei einem solchen Zusammengehen mußte man für den Augenblick die Endziele des kommunistischen Programms beiseite lassen, um nicht von vornherein die gemeinsame Kampfbasis zu zerstören. Aber sie wiesen trotzdem auch bei einer solchen Gelegenheit ständig darauf hin, daß einzig die kommunistische Partei die völlige Änderung der Verhältnisse zugunsten des Proletariats erstrebt. Die reale und sachliche Leistung sollte mit der propagandistischen Idee verbunden werden. So würde es gelingen, nach einer gewissen Zeit breite Massen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß ihre bisherigen Führer, die „Arbeiteraristokratie", nicht gewillt seien, die lebensnotwendigsten Erfordernisse für die Arbeiterschaft und für die werktätigen Massen zu erringen. Die politische Folge würde davon sein, daß diese Massen sich von ihrer Führung abwenden und zu Kämpfern für die kommunistischen Ziele werden würden.

Aus dieser Überlegung heraus entschloß sich die VKPD. zu einer besonderen propagandistischen Aktion, zum „Offenen Brief". Der „Offene Brief" wurde anfangs Januar veröffentlicht. Er wandte sich an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund (ADGB.), an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), an die Sozialdemokratische Partei und an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, ferner an die Kommunistische Arbeiterpartei und die ihr angeschlossene Allgemeine Arbeiterunion und schließlich an die Syndikalistische Freie Arbeiterunion. Es heißt im „Offenen Brief"[2]): „Die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Entwertung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden."

„Die VKPD. schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grundlage zu unmittelbar zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen zusammenzufinden."

Die Partei schlägt u. a. vor, die Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute gemeinsam zu führen, damit auf diese Weise die Wirkung des wirtschaftlichen Kampfes eine größere ist. Die Arbeitslosenfrage soll für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. Die Pensionen der Rentner, Kriegsopfer usw. sollen erhöht werden, entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltssätzen. — In einem zweiten Abschnitt werden Maßnahmen zur Verbilligung

[2]) „Rote Fahne" vom 8. Januar 1921.

der Lebenshaltung gefordert, d. h. die verbilligte Abgabe von Lebensmitteln an alle niederen Gehaltsempfänger. Das Reich soll hierfür die Mittel bereitstellen. Die Wohnungsnot soll behoben werden durch Beschlagnahme der großen Wohnungen, die von kleinen Familien bewohnt werden. Im letzten, dritten Abschnitt wird die Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, der Kohle, der Düngemittel, durch die Betriebsräte und die Wiederingangsetzung aller stillgelegten Betriebe verlangt. Eine Reihe von politischen Forderungen, wie die Entwaffnung der bürgerlichen Selbstschutzformation und die Aufhebung der bestehenden Streikverbote, beschließen die Forderungen des „Offenen Briefes".

Es wurde noch hervorgehoben, daß die VKPD. allein für diese Forderungen kämpfen würde, im Falle die obengenannten Organisationen sich ablehnend verhalten.

Der einzige Verband, der mit den Kommunisten im Sinne dieser Proklamation zusammengehen wollte, war die unbedeutende Gruppe der Syndikalisten. Die KAPD. nannte die Forderungen opportunistisch und sagte der Partei scharfen Kampf an[3]). Die mehrheitssozialistische und unabhängige Presse rückte von dem „Offenen Brief" ab und sah in dem Vorgehen der Kommunisten ein Manöver, das zu nichts anderem als demagogischen Zwecken veranstaltet würde. Es ist bemerkenswert, daß die Unabhängigen bei dieser Gelegenheit eine schärfere Sprache fanden als die Rechtssozialisten[4]). Sie sahen in den Kommunisten Demagogen, denen es um die Realisierung grundlegender Reformen nicht ernst war, sonst hätte jene große Masse der kommunistischen Parteimitgliedschaft bei der USPD. bleiben können.

Der Zeitpunkt, den die Kommunisten für eine solche Agitation gewählt hatten, schien ihnen recht geeignet. Fast die gesamte Eisenbahnarbeiter- und Angestelltenschaft lag in einem erbitterten Kampfe um die Vergünstigung der Arbeitsbedingungen und um die Wiederherstellung des Streikrechtes. Im Verlaufe dieser Bewegung, die sich noch einige Zeit hinzog, gelang es den Kommunisten, gewisse taktische und propagandistische Erfolge zu erzielen.

---

[3]) Die KAPD. übertraf an äußerem Aufwand und Geschrei bei weitem die VKPD. Es sei hier ein charakteristisches Beispiel angeführt, in welcher Weise der Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Parteien vor sich ging. Die kommunistische Partei rief anläßlich der Wiederkehr des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die kommunistischen Massen nach dem Berliner Lustgarten zusammen. Kurz vor Beginn der Kundgebung traten die Redner der KAPD. auf und bezichtigten im üblichen Ton die KPD. aufs heftigste. Die Redner der kommunistischen Partei kamen absolut nicht zu Worte. Die Kundgebung drohte in einem wüsten Durcheinander zu enden. Schließlich rettete der bei den Massen bekannte kommunistische Abgeordnete Adolf Hoffmann die Situation, indem er alles überschrie und ausrief: „Piek ist jetzt Trumpf!" Pieck war der Sprecher für die Kommunisten. Aber nicht immer nahmen die Fehden zwischen den beiden „befreundeten" Parteien diesen glimpflichen Verlauf. — Vgl. hierzu „Vorwärts" vom 16. Januar 1921.

[4]) Vgl. „Freiheit" und „Vorwärts" vom 8. Januar 1921.

Aber von einer kommunistischen Führung innerhalb des Eisenbahnerverbandes konnte auch weiterhin keine Rede sein. Am stärksten war der Widerhall der kommunistischen Agitation im mitteldeutschen Industrierevier. In Halle und im sächsischen Gebiet traten sogar die SPD. und die USPD. öffentlich für jene Forderungen des „Offenen Briefes" ein. Die Taktik des „Offenen Briefes" mag in diesen (ohnehin radikalen) Bezirken von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein, um später im Februar den großen Wahlerfolg der Kommunisten herbeizuführen.

Im Mansfeldischen fanden Ende Januar und anfangs Februar Streiks und Ausstände statt, die von kommunistischer Seite angezettelt und geführt wurden. Die Forderungen der Arbeiter (u. a. Bezahlung der Feierschichten) wurden erfüllt. Auch in den andern Industriegebieten mehrten sich die Stimmen, die für den „Offenen Brief" eintraten.

In Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg kam es in den nächsten Wochen und Monaten zu Lohnkämpfen der Landarbeiter. Es gelang der VKPD., auch in diesen Landbezirken Fuß zu fassen. So legte z. B. im Kreise Marienwerder, als die kommunistische Partei im März die Streikparole ausgab, die Arbeiterschaft fast geschlossen die Arbeit nieder.

Am 20. Februar fanden in Preußen, Hamburg und Bremen Parlamentswahlen statt. Die Kommunisten erhielten in Preußen 1,2 Millionen Stimmen, die Unabhängigen etwas über eine Million, die Sozialdemokraten über vier Millionen. Die Kommunisten hatten demgemäß die Unabhängigen überflügelt, wenn auch der Vorsprung bei weitem nicht so groß war, wie man es hätte erwarten können. An manchen Orten hielten sich die Unabhängigen recht gut. In Bremen erhielt die USPD. 38 000, die VKPD. nur 12 000 Stimmen. In Hamburg dagegen war es offenbar der VKPD. gelungen, die gesamte Anhängerschaft der USPD. zu sich herüberzuziehen. Die Kommunisten erhielten hier 59 000 Stimmen, die Unabhängigen nur 7 000. Aber auch hier überstieg die Stimmenzahl der SPD. diejenige der radikalen Parteien ganz beträchtlich. Sie erhielt 216 000 Stimmen.

Die Wahlergebnisse zeigten, daß zwar die VKPD. bedeutend mehr Parlamentswähler hinter sich hatte als vorher. Sie zeigten aber auch, daß die SPD. sich bereits wieder von ihrer Schlappe im vergangenen Sommer (1920), unmittelbar nach der Noske-Aera, zu erholen begann, daß der Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft, der auf der einen Seite durch den Übertritt von der USPD. zur VKPD. Fortschritte machte, zur andern Seite hin rückläufig verlief; denn wenn man auch die Stimmen der — nunmehr „rechten" — USPD. und VKPD. zusammenzählt, so ergeben sie doch nur die Hälfte der Stimmenzahl der SPD. Im Sommer 1920 hatten USPD. und KPD. fast ebensoviel Stimmen wie die SPD.[5])

[5]) Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920: SPD. 5,6 Millionen Stimmen, USPD. 4,9 Millionen Stimmen, KPD. 0,4 Millionen Stimmen. Nach Hans Wolf und Fr. Seidler: Die deutsche Politik seit 1918. Pforzheim 1928.

Rechnet man dazu noch die damals besonders zahlreiche Opposition der KPD., die ziffernmäßig schwer zu erfassen ist, weil sie sich an den Wahlen nicht beteiligte, so ergibt sich, daß im Sommer 1920 der revolutionär gesinnte Teil der Arbeiterschaft größer war als die Zahl der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Im Februar 1921 war dagegen kaum mehr als ein Drittel der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterschaft zur Revolution bereit. Ein großer Teil von den früher revolutionär Gesinnten war jetzt zur Sozialdemokratie zurückgekehrt.

b) Partei und Internationale.

Hatte es in der ersten Zeit nach dem Zusammenschluß der beiden Parteien den Anschein, daß auch die innere Einheitlichkeit des Ganzen als hervorragendstes Merkmal der neuen Partei gelten konnte, so zeigte sich bald, daß diese Annahme auf einer Selbsttäuschung beruhte. Im Februar trat, unvermutet für jeden Außenstehenden, ein völliger Wechsel innerhalb der obersten Parteiführung ein[6]). Paul Levi und sein Mitarbeiterstab Ernst Däumig, Klara Zetkin und Adolf Hoffmann traten zurück. An ihre Stelle wurde eine neue Parteileitung gewählt, an deren Spitze Brandler und Stöcker standen.

Ursache und Anlaß zu diesem Wechsel war die Haltung der alten Zentrale in einer Frage, die die deutschen Verhältnisse zwar nicht unmittelbar berührte, die aber für die Kommunistische Internationale von prinzipiell wichtiger Bedeutung war. Es handelte sich um schwerwiegende Differenzen zwischen dem Exekutivkomitee und der italienischen Sektion. Das Problem der italienischen Partei war seit längerer Zeit in der Internationale akut. Es gab innerhalb der Partei drei Richtungen: die rechtssozialistische (Turati) Gruppe, das „Zentrum" und die kommunistische Linke. Diese drei Strömungen wurden vom Parteiführer Serrati zusammengehalten, da er unter den italienischen Verhältnissen eine Zersplitterung für den Ruin der Bewegung hielt. Schon auf dem zweiten Weltkongreß der Internationale gab es Differenzen zwischen ihm und den Russen. Lenin erwiderte scharf auf die Polemik Serratis, der zum Ausdruck brachte, daß er mit dem Geist, wie er in den 21 Bedingungen herrschte, nicht einverstanden war. Als das hochpolitische Unternehmen der italienischen Arbeiterschaft, die Bezahlung der Fabriken, im September 1920 ein im revolutionären Sinne unerwartetes negatives Ende nahm, sah Moskau in dem lavierenden Verhandeln der Rechtssozialisten eine Haltung, die mit kommunistisch-revolutionären Grundsätzen nicht zu vereinbaren war. Es wurde von Moskau gefordert, die Rechte unbedingt aus der Partei auszuschließen. Vom Parteiführer Serrati erwartete man, daß er sich den Anweisungen des Exekutiv-

[6]) Vgl. Kommunistische Internationale Nr. 16, 2. Jahrgang.

komitees fügen würde[7]). Im Januar 1921 wurden alle diese schwebenden Fragen auf dem Parteitag in Livorno einer langwierigen Diskussion unterzogen. Von der Exekutive waren neben den beiden direkten Beauftragten Kabakschieff und Racoszi auch Paul Levi, in seiner Eigenschaft als deutscher Parteiführer, nach Livorno delegiert. Sie sollten dort den Standpunkt der Exekutive, die auf unbedingtem Ausschluß der Rechte beharrte, vertreten. Serrati weigerte sich auf das entschiedenste, den Weisungen von Moskau Folge zu leisten. Er schreibt an Lenin: „Und dann denke ich, sind wohl die Leute sehr selten, die mit Ihnen übereinstimmen bezüglich der Hilfe, die der italienischen Revolution nicht allein aus Mitteleuropa, sondern auch aus Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten kommen könnte, und in welchen Ländern die Revolution auf Ihren Befehl sich beschleunigen müßte"[8]). Eine solche Sprache war nicht die Absage an die Revolution überhaupt wohl aber an die Bestrebungen der Internationale, das Eigenleben der einzelnen Parteien zu untergraben. Levi schwankte. Bald war er für den Ausschluß, dann billigte er das Verhalten Serratis und fühlte sich mit ihm solidarisch. Er fand wohl nicht den Mut, öffentlich zu erklären, daß er die Einmischung der Exekutive in dieser Form ebenso scharf verurteilte wie Serrati. Serrati, der die Mehrheit der Partei hinter sich hatte (98 000), kam der Aufforderung, sich von dem rechten Flügel zu trennen, nicht nach. Dabei war die rechte Gruppe zahlenmäßig recht schwach (14 000). Serrati zog es also vor, sich lieber von dem kommunistischen Flügel, der 58 000 Mitglieder umfaßte, zu trennen.

Die italienische Angelegenheit wirbelte einen großen Sturm innerhalb der Internationale auf. Was sich hier ereignet hatte, war die Rebellion einer führenden Sektion gegen die Zentralbehörde. Noch mehr! Der Vorsitzende der deutschen, also der zahlenmäßig bedeutendsten Partei, und seine Mitarbeiter nahmen eine Stellung zu diesen Fragen ein[9]), die zwar noch nicht völlig offen die Übereinstimmung mit der Anschauung Serratis kundgab, aus der man jedoch schließen mußte, daß sie denselben Weg zu gehen im Begriffe waren wie die Italiener. Hinzu kamen die Differenzen in Deutschland zwischen den „Linientreuen", völlig auf die Befehle von Moskau eingestellten Parteigenossen und der „opportunistischen Rechten". Diese Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation (Februar/März 1921). Die Rechte sah im gegenwärtigen Stadium absolut keine Veranlassung, die begonnenen „Teilaktionen" so zu steigern, als ob Deutschland unmittelbar am Vorabend einer kommenden Revolution stände. Ganz im Gegenteil. Sie betrachteten die Lage sehr

---

[7]) Sinowjew: Offenes Schreiben an den Genossen Serrati. Kommunistische Internationale Nr. 14.

[8]) Kabakschieffs Bericht in: Die Internationale, Jahrgang 3, Heft 2.

[9]) Vgl. „Rote Fahne" vom 1. März 1921 und vom 30. März 1921: Levis Stellung zum Beschluß der Exekutive.

Rechnet man dazu noch die damals besonders zahlreiche Opposition der KPD., die ziffernmäßig schwer zu erfassen ist, weil sie sich an den Wahlen nicht beteiligte, so ergibt sich, daß im Sommer 1920 der revolutionär gesinnte Teil der Arbeiterschaft größer war als die Zahl der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Im Februar 1921 war dagegen kaum mehr als ein Drittel der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterschaft zur Revolution bereit. Ein großer Teil von den früher revolutionär Gesinnten war jetzt zur Sozialdemokratie zurückgekehrt.

b) Partei und Internationale.

Hatte es in der ersten Zeit nach dem Zusammenschluß der beiden Parteien den Anschein, daß auch die innere Einheitlichkeit des Ganzen als hervorragendstes Merkmal der neuen Partei gelten konnte, so zeigte sich bald, daß diese Annahme auf einer Selbsttäuschung beruhte. Im Februar trat, unvermutet für jeden Außenstehenden, ein völliger Wechsel innerhalb der obersten Parteiführung ein[6]). Paul Levi und sein Mitarbeiterstab Ernst Däumig, Klara Zetkin und Adolf Hoffmann traten zurück. An ihre Stelle wurde eine neue Parteileitung gewählt, an deren Spitze Brandler und Stöcker standen.

Ursache und Anlaß zu diesem Wechsel war die Haltung der alten Zentrale in einer Frage, die die deutschen Verhältnisse zwar nicht unmittelbar berührte, die aber für die Kommunistische Internationale von prinzipiell wichtiger Bedeutung war. Es handelte sich um schwerwiegende Differenzen zwischen dem Exekutivkomitee und der italienischen Sektion. Das Problem der italienischen Partei war seit längerer Zeit in der Internationale akut. Es gab innerhalb der Partei drei Richtungen: die rechtssozialistische (Turati) Gruppe, das „Zentrum" und die kommunistische Linke. Diese drei Strömungen wurden vom Parteiführer Serrati zusammengehalten, da er unter den italienischen Verhältnissen eine Zersplitterung für den Ruin der Bewegung hielt. Schon auf dem zweiten Weltkongreß der Internationale gab es Differenzen zwischen ihm und den Russen. Lenin erwiderte scharf auf die Polemik Serratis, der zum Ausdruck brachte, daß er mit dem Geist, wie er in den 21 Bedingungen herrschte, nicht einverstanden war. Als das hochpolitische Unternehmen der italienischen Arbeiterschaft, die Bezahlung der Fabriken, im September 1920 ein im revolutionären Sinne unerwartetes negatives Ende nahm, sah Moskau in dem lavierenden Verhandeln der Rechtssozialisten eine Haltung, die mit kommunistisch-revolutionären Grundsätzen nicht zu vereinbaren war. Es wurde von Moskau gefordert, die Rechte unbedingt aus der Partei auszuschließen. Vom Parteiführer Serrati erwartete man, daß er sich den Anweisungen des Exekutiv-

[6]) Vgl. Kommunistische Internationale Nr. 16, 2. Jahrgang.

komitees fügen würde[7]). Im Januar 1921 wurden alle diese schwebenden Fragen auf dem Parteitag in Livorno einer langwierigen Diskussion unterzogen. Von der Exekutive waren neben den beiden direkten Beauftragten Kabakschieff und Racoszi auch Paul Levi, in seiner Eigenschaft als deutscher Parteiführer, nach Livorno delegiert. Sie sollten dort den Standpunkt der Exekutive, die auf unbedingtem Ausschluß der Rechte beharrte, vertreten. Serrati weigerte sich auf das entschiedenste, den Weisungen von Moskau Folge zu leisten. Er schreibt an Lenin: „Und dann denke ich, sind wohl die Leute sehr selten, die mit Ihnen übereinstimmen bezüglich der Hilfe, die der italienischen Revolution nicht allein aus Mitteleuropa, sondern auch aus Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten kommen könnte, und in welchen Ländern die Revolution auf Ihren Befehl sich beschleunigen müßte"[8]). Eine solche Sprache war nicht die Absage an die Revolution überhaupt wohl aber an die Bestrebungen der Internationale, das Eigenleben der einzelnen Parteien zu untergraben. Levi schwankte. Bald war er für den Ausschluß, dann billigte er das Verhalten Serratis und fühlte sich mit ihm solidarisch. Er fand wohl nicht den Mut, öffentlich zu erklären, daß er die Einmischung der Exekutive in dieser Form ebenso scharf verurteilte wie Serrati. Serrati, der die Mehrheit der Partei hinter sich hatte (98 000), kam der Aufforderung, sich von dem rechten Flügel zu trennen, nicht nach. Dabei war die rechte Gruppe zahlenmäßig recht schwach (14 000). Serrati zog es also vor, sich lieber von dem kommunistischen Flügel, der 58 000 Mitglieder umfaßte, zu trennen.

Die italienische Angelegenheit wirbelte einen großen Sturm innerhalb der Internationale auf. Was sich hier ereignet hatte, war die Rebellion einer führenden Sektion gegen die Zentralbehörde. Noch mehr! Der Vorsitzende der deutschen, also der zahlenmäßig bedeutendsten Partei, und seine Mitarbeiter nahmen eine Stellung zu diesen Fragen ein[9]), die zwar noch nicht völlig offen die Übereinstimmung mit der Anschauung Serratis kundgab, aus der man jedoch schließen mußte, daß sie denselben Weg zu gehen im Begriffe waren wie die Italiener. Hinzu kamen die Differenzen in Deutschland zwischen den „Linientreuen", völlig auf die Befehle von Moskau eingestellten Parteigenossen und der „opportunistischen Rechten". Diese Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation (Februar/März 1921). Die Rechte sah im gegenwärtigen Stadium absolut keine Veranlassung, die begonnenen „Teilaktionen" so zu steigern, als ob Deutschland unmittelbar am Vorabend einer kommenden Revolution stände. Ganz im Gegenteil. Sie betrachteten die Lage sehr

[7]) Sinowjew: Offenes Schreiben an den Genossen Serrati. Kommunistische Internationale Nr. 14.
[8]) Kabakschieffs Bericht in: Die Internationale, Jahrgang 3, Heft 2.
[9]) Vgl. „Rote Fahne" vom 1. März 1921 und vom 30. März 1921: Levis Stellung zum Beschluß der Exekutive.

Anhängerschaft in Erregung zu setzen. Wenn freilich das Ziel der Aktion nur darin bestehe, dem engen Kreis der Parteigenossenschaft zum Munde zu reden, und wenn man von vornherein mit der Unmöglichkeit der aufgestellten Forderungen rechnete, dann waren jene Schlagworte „für den kommunistischen Aufbau" usw. berechtigt. Wenn die Partei es jedoch als ihre Aufgabe betrachtete, zu handeln, und zwar im Interesse einer über den engen Kreis der Parteigenossenschaft hinausgehenden proletarischen Masse, so mußte sie solche Forderungen stellen, die, wenn auch nur durch Kampf, so doch aber erreichbar waren. Statt der in unendlicher Ferne liegenden Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetrußland hätte die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland gefordert werden müssen. Levi schreibt am 5. März an die Zentrale: „In einem Augenblick, in dem wir durch konkrete Parolen die Führung der deutschen Massen gewinnen können, in Propaganda überzugehen, ist das Gegenteil der oft gepriesenen Aktivität. Es ist die Sabotage einer Aktion — die man nicht mit der VKPD., sondern mit den Massen macht — zugunsten der Flugblattliteratur. Es ist Reden, wo die Gelegenheit zum Handeln sich ergeben könnte. Ich weiß nicht und maße mir kein Urteil an, ob das ausgewählte Bouquet von Parolen den Vorzug absoluter Prinzipienreinheit hat: kommunistisch sind sie nicht, weil sie dem Handeln im Wege stehen."

In der Tat war die Ansicht der früheren Zentrale, was gegenwärtig zu tun sei, durch das Bestreben, sich eine gewisse Einsicht in die realen Verhältnisse zu verschaffen, eine der radikalen Mehrheit völlig entgegengesetzte. Wenn auch die kommunistische Reichstagsfraktion und die neue Leitung in einer gemeinschaftlichen Sitzung vom 8. März der Kritik Beachtung schenkten, so wichen sie doch nicht von dem neuen, nun einmal betretenen Weg ab. Die Gemäßigten warnten noch einmal: „Sturz der Regierung ist in diesem Augenblick keine Parole, deren Notwendigkeit die Massen begreifen. Sie steht also dem In-Bewegung-Setzen der Massen hindernd im Wege." Hier sei eine Parole bereits an den Anfang der Bewegung gesetzt, die überhaupt erst in einem späteren Stadium herausgegeben werden könnte, nämlich dann, wenn es sich zeigte, ob die Kraft einer kommenden Aktion für den Sturz der Regierung ausreiche. Zu Beginn der Aktion aber durch Herausgabe der Parole „Sturz der Regierung" bereits die andere Möglichkeit, die Regierung zum Abschluß eines Bündnisses zu zwingen, auszuschließen, das hielten die Kritiker für falsch. Sie sahen mit aller Gewißheit, daß allein durch die laute Ankündigung der Forderung des Sturzes der Regierung dieselbe niemals zu Fall gebracht werden konnte[16]).

Es liegt im Wesen der Organisation der Kommunistischen Internationale und mithin auch der Kommunistischen Partei, daß

[16]) Nach Levi: Unser Weg — Wider den Putschismus.

nur eine Meinung und Ansicht innerhalb der Partei herrschen darf. Die bisherige Parteiführung hätte noch soviel Argumente anführen können, daß der neue Kurs innerhalb der VKPD. ein für die revolutionäre Bewegung und für die Partei unheilvoller sei, sie hätte mit ihrer „Autorität" noch so manchen „harten Schlag" gegen die neue politische Orientierung anbringen können[17]) — es war doch vergebens. Sie wurden nicht angehört. Schließlich wandte sich die neue Opposition auch gar nicht so sehr gegen Einzelheiten und gegen die Fehler, die von der Partei begangen wurden. Ihr Kampf galt dem Geist, der von der Exekutive auf alle Sektionen und kommunistischen Organisationen heraufbeschworen wurde. Sie war nicht mehr gewillt, widerspruchslos den Winken und Weisungen der Exekutive zu folgen. Die Politik des EK. lief darauf hinaus, unter allen Umständen irgendeine politische und taktische Annäherung zum Zwecke der gemeinsamen Arbeit an die übrigen sozialistischen Arbeiterparteien zu unterbinden. Es hatte in Livorno „das Exempel statuiert"; die Führung der Internationale legte im Augenblick den größten Wert darauf, ihre Autorität unter Beweis zu stellen. Mochte es immerhin bei den Verhältnissen in Italien vom kommunistischen Standpunkt unverständlich bleiben, warum der Parteiführer Serrati die Zusammenarbeit mit einer kleiner gemäßigten Minderheit vorzog und auf diese Weise den ziemlich großen kommunistischen Flügel innerhalb der italienischen Partei in eine isolierte Stellung brachte, und mochte demgemäß die Unnachsichtigkeit der Exekutive gegenüber Serrati gerechtfertigt erscheinen — für ein solches autoritäres Verhalten der deutschen Sektion gegenüber lag absolut kein Grund vor. Es bleibt völlig unverständlich, weshalb die Exekutive plötzlich die politische Linie der deutschen Partei von einer gewissermaßen „sachlichen Politik" ins propagandistisch-agitatorische Fahrwasser abzuändern wünschte. Es bleibt nur die Vermutung, die wir später bestätigt finden, daß die Exekutive mit den Personen, die an der Spitze der Partei standen, nicht mehr einverstanden war, weil sie befürchten mußte, daß diese nicht mehr als willfähriges Ausführungsorgan der Moskauer Zentrale gehorchten. Diese Spannung wurde größer und größer. So konnte der Bruch nicht ausbleiben. Die bisherige Parteileitung trat zurück.

Da also dieser Stellungswechsel innerhalb der deutschen Partei nicht nur mit Billigung der Exekutive geschah, sondern geradezu als folgsames Bestreben der Partei, allen Wünschen der Exekutive gerecht zu werden, zu erklären ist, trägt die Exekutive die volle Verantwortung für alles das, was sich aus der folgenden Politik heraus entwickelt hat. Paul Levi charakterisiert das EK. wie folgt[18]): „Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sah und sieht eine gewisse Gefahr in unserer und anderer

[17]) Vgl. Denkschrift des Reichskommissars. Anlage 5 (s. o.).
[18]) Paul Levi: Unser Weg. S. 51.

Genossen ziemlich stark antiputschistischen Haltung. Es ist darob so sehr beunruhigt, daß es seine kundigsten Späher und Deuter ausgesandt hat, um festzustellen, ob nicht da und dorten bereits „Opportunismus" sei. Es geziemt, hierüber ganz offen zu reden und zu sagen: diese ganze Einstellung ist unrichtig. Was den Opportunismus, den Sozialreformismus, angeht, so ist zu bedenken, daß dieser sich in keinem Lande so klar, so eindeutig, so unverhüllt und so nicht mißverständlich kristallisiert hat wie in Deutschland." — „Die Art unserer Propaganda, unseres Auftretens im Parlament usw. wird nicht für revolutionär genug gehalten . . . Es (das EK.) möchte mehr, was man auf Englisch „noisy" heißt, mehr Lärm, mehr Krach. Ich bin aber offen genug, zu sagen, daß wir auch hier schon unsere Erfahrungen gesammelt haben, und die lauten anders. Auch wir haben zu Anfang der Revolution unsere Wanderredner und Propagandisten hinausgesandt, die ein kräftig Wörtlein redeten. Sie hatten in der ersten Versammlung großen Zulauf, und nach der zweiten schrieben uns unsere Organisatoren, wir möchten ihnen andere Redner schicken, die Arbeiter wollen das Geschimpfe nicht hören. Wir müssen auch offen sagen, ein groß Teil der Propagandaliteratur, Aufrufe usw., die wir aus Rußland erhalten, sind für uns entweder schädlich oder ob ihrer allzu robusten Form nicht so nützlich, wie sie es nach ihrem Inhalt sein könnten. Wir erinnern an einen Fall, wo nach dem einstimmigen Votum der deutschen Parteizentrale eine Schrift für ungeeignet erklärt wurde, die dann über unsere Köpfe hinweg doch veröffentlicht wurde."

Es ist natürlich nicht möglich, sich ein genaues Bild über den Verkehr und die Verhandlungen, die zwischen Moskau und den einzelnen Sektionen stattgefunden haben, zu machen. Wir haben aber noch ein Beispiel, das äußerst charakteristisch dafür zu sein scheint, in welcher Weise die Moskauer Leiter und ihre Emissäre Intrigen und Wünsche spielen lassen.

Rakoczi, der in Italien die Exekutive vertrat und die Spaltung der italienischen Partei betrieb, machte bei seiner Rückreise nach Moskau in Deutschland Station und nahm an den Sitzungen der Zentrale und des Zentralausschusses teil. Er erklärte auf einer Sitzung und auch später, daß man in Italien nur „ein Exempel statuiert" habe und daß auch die deutsche Partei wieder gespalten werden müsse. Er führte die Grundsätze an, die zu jenem Auseinanderfall der italienischen Partei führten. Aber die Zentrale (Levi) und 23 Mitglieder des Zentralausschusses mißbilligten diese Grundsätze. Im Verlaufe dieser Affäre schrieb dann Radek (ein prominentes Mitglied der Exekutive[19]): „Der Versuch der weiteren Spaltung existiert allein in der Phantasie Levis, der sich auf eine angebliche Äußerung des ungarischen Genossen Rakoczy beruft, der in Italien als Vertreter der Exekutive war und der nach der

[19]) Paul Levi: Unser Weg. S. 54.

Behauptung Levis gesagt haben soll, auch die VKPD. müsse gereinigt werden. Genosse Rakoczy, der an der Sitzung des Berliner Zentralausschusses als Privatperson teilnahm, leugnet, irgend etwas ähnliches gesagt zu haben. Aber selbst, wenn Genosse Rakoczy das gesagt hätte, war er dazu nicht bevollmächtigt." In Wahrheit hat Rakoczy diese Äußerung — und wie Levi behauptet — wiederholt getan. Das wird durch die Protokolle der Sitzungen bezeugt. Wenn er dann Moskau gegenüber leugnete, eine solche Äußerung getan zu haben, so ist das entweder völlige Vergeßlichkeit oder Unehrlichkeit. — Was Radek zur Anschauung der Exekutive anführt, daß sie offenbar eine jegliche Spaltung verurteilt, und daß Rakoczy plötzlich zur Abgabe der Moskauer Grundsätze nicht berechtigt war, zeigt die Glattheit und die Wendigkeit dieser Herren. Als die Exekutive nämlich merkte, daß nicht nur einzelne führende Personen, sondern ein sehr großer Teil der deutschen Parteileitung[20]) absolut nicht mit den Grundsätzen einverstanden war, stellte man Rakoczy als unverantwortliche Person hin, die keine Bevollmächtigung von der obersten Leitung hatte. Levi bemerkt dazu: „Die Methode, unverantwortliche Personen hinauszusenden, die man nachher je nach Bedarf approbieren oder desavouieren kann, ist gewiß sehr bequem, doch selbst wenn es durch lange Parteitradition geheiligt ist, ist sie doch für die dritte Internationale verhängnisvoll. Die offiziöse Äußerung des Genossen Radek enthüllt aber noch einen weiteren und schädlicheren Effekt des Delegiertensystems. Das ist der direkte und geheime Verkehr mit der Moskauer Zentrale. Wir glauben, daß in allen Ländern, in denen solche Sendboten wirken, die Unzufriedenheit darüber die gleiche ist. Das ist ein System wie geheime Feme. Sie arbeiten nie mit, immer hinter und häufig gegen die Zentrale des einzelnen Landes. Sie finden in Moskau Gehör, die andern nicht. Das ist ein System, das alles Vertrauen zu gegenseitiger Arbeit auf beiden Seiten, bei der Exekutive wie bei den angeschlossenen Parteien, untergraben muß. Zu einer politischen Leitung sind diese Genossen zumeist unverwendbar, auch zu wenig vertraut. So ergibt sich der trostlose Zustand: eine politische Leitung vom Zentrum fehlt. Das einzige, was die Exekutive nach dieser Richtung leistet, sind Aufrufe, die zu spät und Bannstrahlen, die zu früh kommen. . . . Die Exekutive wirkt nicht anders, als wie eine über die russischen Grenzen hinaus projizierte Tschreswytschaika; ein unmöglicher Zustand."

Die Charakteristik, die Levi hier gibt, ist eher noch zu milde als zu scharf. Levi spielt bisweilen nur auf gewisse Vorkommnisse an, ohne sie in aller Breite zu erzählen. Er kannte die Dinge bis ins kleinste, weil er ja über 1½ Jahre an der Spitze der Partei gestanden hatte. Seine Darstellung über die Beziehungen zwischen

[20]) 28 Mitglieder des Zentralausschusses sprachen sich für, 23 gegen diese Grundsätze aus. Vgl. Thalheimer: Der erste Versuch. Die Internationale. Jahrgang 3.

dem EK. und der Partei tragen natürlicherweise den Ton eines scharfen Kritikers, der sich schon mehr als außerhalb denn innerhalb des Parteirahmens stehend betrachtet. Das Tatsachenmaterial, das er anführt, stimmt und entspricht absolut den Vorkommnissen, die sich ereignet haben; denn Levi wurde gleich nach dem Erscheinen der Broschüre „Unser Weg wider den Putschismus" von seinen früheren Parteigenossen in heftigster Weise angegriffen. Man warf ihm Disziplinbruch, Ehrlosigkeit und konterrevolutionäre Gesinnung vor. Seine Gegner zerpflückten alle Argumente und alle Ansichten, die er vertrat, um sie als falsch hinzustellen und zu verdammen. Es unternahm aber kaum jemand den Versuch, die Darstellung über die Allmacht des EK. der Internationale und die Abhängigkeit der deutschen Partei von dieser Instanz abzustreiten, obwohl diese Dinge dem Ansehen der Partei sehr schadeten. Man unterließ es schließlich auch deshalb, weil zu befürchten war, daß Levi dann erst gründlich den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen erbracht hätte.

Kapitel 5.

a) Die außenpolitische Lage des Reiches.

Um ein richtiges Bild von den Märzereignissen zu erhalten, ist es notwendig, die außen- und innenpolitische Situation des Reiches in jenem Zeitabschnitt ein wenig näher zu betrachten[1]).

Als 1920 durch die Konferenz von Spaa die leise Hoffnung aufkam, daß die Entente ihre maßlosen Forderungen an Deutschland ein wenig eindämmen würde, wenn sie den Verständigungswillen Deutschlands sähe, zeigte es sich bald, daß diese Hoffnung ein verhängnisvoller Irrtum der deutschen Politik war. Trotz aller Kohlenlieferungen und Abgaben der verschiedensten Wertgegenstände war Frankreich nicht zufrieden zu stellen. Es beobachtete mit scheelen Augen den Aufschwung, den — trotz aller Finanznot der deutschen Wirtschaft — der deutsche Handel zu nehmen drohte. Immer lauter wurden die Stimmen in Frankreich, daß Frankreich endlich einmal eine „aktive Rheinlandspolitik" machen sollte. Das hieß mit andern Worten, daß das Ruhrgebiet besetzt werden sollte. Die französischen Militärs, wie General Degoutte, forderten diesen Schritt aus militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen. Ein Einmarsch ins Ruhrgebiet ergab nicht nur günstige Vorteile für Frankreich im direkten positiven Sinne, indem die französische Regierung sich der Kohlen- und Industrieschätze bemächtigen konnte, sondern vor allem — und das war das Endziel Frankreichs — die ungeheuerlichste Bedrohung und Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens; Hand in Hand damit würde dann das politische Gewicht des Reiches vollends zerstört werden.

Um die Jahreswende 1920/21 wurde von Paris her die Absicht immer deutlicher, sich nicht mit dem zufrieden zu geben, was Deutschland unter der größten Anstrengung lieferte. Am 31. Dezember 1920 legte die französische Regierung Einspruch ein gegen die Verletzung der Versailler Bestimmung über die deutsche Entwaffnung. Im Januar trat in Paris ein Kabinettswechsel ein. Die Kammer fand, daß das bisherige Kabinett Leygues nicht scharf genug gegen Deutschland vorging. Die neue Regierung Briand trat bald mit ihren neuen Forderungen hervor. Deutschland habe eine Schuld von 112 Milliarden Goldmark. 54 Milliarden für Pensionen, 58 Milliarden für Reparationen. Außer den Rücklieferungen nach Artikel 238 des Versailler Vertrags sollte Deutschland vom 1. Mai

[1]) Dieser Skizze über die Außenpolitik des Reiches liegt zugrunde das ausgezeichnete Buch von Paul Wentzke: Ruhrkampf Berlin 1930. (S. 40—65.) Dazu die Tageszeitungen von Januar bis April 1921.

1921 an für die nächsten zwei Jahre je 2 Milliarden Goldmark und später in stetem Anstieg der Summe bis zu je 6 Milliarden für die Zeit von 1932 bis 1962 zahlen. Als neue Belastung traten zu den Barzahlungen 42 Jahresraten von 12 v. H. des Wertes der deutschen Ausfuhr. Jede auswärtige Kreditverhandlung sollte der Zustimmung des Entschädigungsausschusses unterliegen, die Gesamtheit der deutschen Zölle als besonderes Pfand für die Durchführung dieser Vereinbarung gelten.

Die Forderungen verursachten in Deutschland eine ungeheure Erregung und Bestürzung. Dies um so mehr, als die Ententeregierung es bisher beharrlich unterlassen hatte, die deutsche Gesamtschuld festzusetzen. Frankreich wußte, daß es für Deutschland unmöglich sein würde, diesen Zumutungen sein Einverständnis zu geben. Und so kündigten die französischen Blätter bereits gleich nach der Verlautbarung der Forderungen an, daß, im Falle Deutschland sich gegen diese Forderungen wenden würde, Frankreich zu neuen „Sicherungen" greifen müßte. Eine Zollsperre zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wurde in Aussicht gestellt. Nichtsdestoweniger setzte in Deutschland ein einmütiger Widerstand gegen die französischen Ansprüche ein. Alle Parteien waren sich in der Ablehnung der Pariser Forderungen einig.

Aber auch im Ausland sprach man von dem „Pariser Wahnsinn". Im „Manchester Guardian" führte der Gegner von Versailles, Keynes, aus, daß eine Erfüllung der Bedingungen nicht möglich ist und kam zu dem Schluß, daß die Pariser Vorschläge gar nicht ernst gemeint sein können. Keynes glaubte, daß Lloyd George auf der kommenden Londoner Konferenz zeigen würde, was vernünftig und erreichbar sei. Deutlicher sprach sich das Organ der englischen Arbeiterpartei der „Daily Herald" gegen die neuesten Maßnahmen der Entente aus. In einem Artikel mit der Überschrift „Der Pariser Wahnsinn" schreibt das Blatt: „Es kann keinen Frieden in Europa, es kann keinen Wiederaufbau der Wirtschaft geben, solange nicht die Entschädigung bestimmt ist, und zwar eine solche Entschädigung, die Deutschland zahlen kann und will. .... Die französische Regierung will aber nicht den Frieden, sie will Vorwände für neue Abenteuer jenseits des Rheines. Nun gut! Aber der europäische Frieden ist wichtiger als der Ehrgeiz des Herrn Millerand, ein zweiter Richelieu zu werden. Der europäische Friede ist wichtiger als die ganze Entente. Er ist das größte aller Interessen Englands und Herrn Lloyd Georges Aufgabe besteht darin, auf die Interessen Englands zu achten, und nicht den Lakaien des französischen Präsidenten zu spielen."

Am 1. März erschienen die Vertreter Deutschlands, um von der Sitzung des Obersten Rates die endgültigen Beschlüsse zu hören. Der Reichsaußenminister Simons betonte, daß Deutschland eher ungerechte Diktate annehmen werde, als daß es Verpflichtungen unterzeichnen werde, von deren Erfüllungsmöglichkeit

seine Bevollmächtigten nicht überzeugt seien. Deutschland bot 50 Milliarden und eine internationale Anleihe an. Außer den Zinsen wollte das Reich bis 1926 jährlich eine Goldmilliarde in bar zahlen. Die Ausfuhrabgabe sollte fortfallen. Trotzdem Deutschland hiermit das Menschenmögliche schon überschritten hatte, nahm England und Frankreich keine Notiz von dem deutschen Angebot und lehnten es als undiskutabel ab. Hatte Deutschland bisher gehofft, daß England die französischen Forderungen etwas, den realen Verhältnissen angemessen, dämpfen würde, so ergab sich zur Bestürzung Deutschlands, daß die Engländer den Franzosen absolut sekundierten. Lloyd George trumpfte in London genau so auf wie die französischen Politiker. England wurde vollkommen ins Schlepptau Frankreichs genommen.

Wenn die betreffenden Bestimmungen über die deutsche Ausfuhr in Kraft gesetzt wurden, so war die Folge, daß der deutsche Handel von den Ententeländern abgedrängt, sich nach neuen Märkten umsehen mußte. Die Verzweiflung hätte einen neuen Druck auf das Preisniveau ausüben müssen, so daß die neutralen Länder, die bisher von den Entente-Großmächten gekauft hatten, nunmehr das billigere deutsche Angebot bevorzugten. Hierdurch wäre dem Export der Alliierten ein Schlag versetzt worden. Aber in ihrer Verblendung gingen sie darüber hinweg. Auch ein anderes mahnendes Zeichen, die Überflutung der Ententeindustrie mit deutscher Kohle, beachteten sie nicht. Die englische Kohle blieb unabgesetzt. Bernhard Shaw charakterisiert das Groteske an der Situation der Siegerstaaten mit folgenden Worten: „Entweder Deutschland zahlt; dann versinkt das mit Warentributen überschwemmte England in Arbeitslosigkeit und Proletariernot. Oder es zahlt nicht, und dann haben die oberen Schichten durch furchtbare Steuern für das unerquickliche Abenteuer aufzukommen“[2]). Viele einsichtige Stimmen wandten sich gegen das wahnwitzige Abenteuer der Entente. Vergebens! England verhöhnte das deutsche Angebot und beschuldigte Deutschland des Bruches der eingegangenen Verträge. Lloyd George sprach von der deutschen Alleinschuld am Kriege und stellte die Strafbestimmungen bei der Nichterfüllung dieser „Verträge“ in Aussicht. Die verbündeten Mächte gaben dann die neuen Strafmaßnahmen, die „Sanktionen“ zum Schutze „gegen die schon begangenen Verletzungen Deutschlands und gegen die Entschlossenheit Deutschlands, weiterhin dem Vertrag zu trotzen“ bekannt.

1. Die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer sind zu besetzen.

2. Die Staatsmänner wollen von ihren Parlamenten Vollmachten erlangen, von ihren Staatsangehörigen zu fordern, einen gewissen Anteil von allen Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzu-

[2]) Zitiert im „Getreuen Eckart“. 1921, Nr. 6.

führen. Dies bezieht sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem andern verbündeten Staat von Deutschland erworben werden.

3. Der Betrag der Abgaben, die von den deutschen Zollämtern an den äußeren Grenzen der besetzten Gebiete erhoben werden, ist an die Reparationskommission zu zahlen. Diese Zölle sollen weiter nach dem deutschen Zolltarif erhoben werden.

Am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe, die von den verbündeten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe von Zollstationen errichtet werden. Der auf dieser Linie für Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuwendende Tarif soll von der verbündeten Rheinlandkommission in Übereinstimmung mit der Weisung der verbündeten Regierungen festgesetzt werden."

Der Einmarsch der französischen Truppen ließ nicht lange auf sich warten. Am 8. März rückten belgische und französische Militärformationen in Düsseldorf und Duisburg ein. Der Führer des französischen Besatzungsheeres, General Degoutte, verhängte den Belagerungszustand über das neubesetzte Gebiet, stellte die Presse unter Vorzensur und befahl die Unterordnung der Polizei unter die Militärbehörde. Es wurden außer diesen Maßnahmen noch eine Menge anderer getroffen. Aber diese wirkten sich unmittelbar und am schwersten für die Bevölkerung aus.

Frankreich glaubte mit diesem Gewaltakt am Anfang seines Endzieles zu stehen. Die Losreißung des Rheinlandes aus dem deutschen Staatsverband schien ihm bereits sicher. General Mordacq bemerkte: „Die Utopie, das Rheinland von Deutschland zu trennen, sollte endgültig Gestalt gewinnen"[3]). Aber die Franzosen, die sich schon dieser Hoffnung hingaben, täuschten sich darin. Wohl niemals ist die nationale Einheitsfront in der Nachkriegszeit sinnfälliger und stärker zum Ausdruck gekommen, als durch ein politisches Ereignis, das zeitlich mit der Londoner Märzkonferenz zusammenfällt: die Abstimmung in Oberschlesien. Ganz Deutschland stand zu dieser politischen Aktion wie ein Mann. Von der Rechten bis tief in die Unabhängige Sozialistsche Partei hinein arbeiteten Organisationen und Einzelpersonen fieberhaft, um die unzähligen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, damit einem jeden gebürtigen Oberschlesier, der sich im Reiche aufhielt, die Reise nach seiner Heimat zum Zwecke der Abstimmung ermöglicht wurde. Es gab wohl kaum einen Deutschen, der nicht instinktiv spürte, daß hier wieder eine der Herzkammern des Deutschen Reiches aufs schärfste bedroht war. Wenn das Reich von beiden Seiten vom Westen und vom Osten weiterhin in derselben Weise wie bisher durch Gebietsabtrennung und durch Besetzung mit fremdem Militär erschüttert wurde, dann mußte der mit Mühe aufrecht erhaltene Bau unter der Wucht dieser Schläge zusammenfallen. Trotz aller Meldungen über die Ausschreitungen der pol-

[3]) Nach Wentzke, Ruhrkampf, zitiert.

nischen Wehrverbände, durch die die deutsche Bevölkerung einem ständigen Terror ausgesetzt war, erfüllte jeder aus Oberschlesien gebürtige Deutsche seine Pflicht und fuhr zur Abstimmung. Das Ergebnis war eine Mehrheit für Deutschland (749 : 553 T.).

b) Innenpolitischer Überblick.

Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 zeigten ein Anwachsen des rechten und linken Parlamentsflügels. Noch stärker kam dieser Radikalisierungsprozeß bei den Februarwahlen zum Preußischen Landtag zum Ausdruck.

Im großen ganzen kann man drei politische Gruppen in ihrem Verhältnis zum neuen Staat unterscheiden. Zunächst die radikale Rechte. Im Anfang schien sie nicht abgeneigt, sich am Aufbau der Republik zu beteiligen. Jedenfalls erklärte ihre eigentliche parlamentarische Vertreterin, die Deutschnationale Volkspartei, vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919, die Staatsform sei für sie kein Hindernis zur Mitarbeit am Staate, sofern nur Recht und Ordnung gewahrt blieben. Bald aber traten die konservativ-monarchistischen Tendenzen deutlicher hervor. Den Kapp-Putsch hielt die Partei für taktisch verfehlt, wenn ihr auch dasselbe Endziel vorschwebte, von dem die führenden Männer und Kreise des Putsches beseelt waren. — Sie sieht in den Novemberereignissen von 1918 einen Hochverrat. Der neue Staat steht unter zu großem Einfluß der marxistischen Parteien. Dies macht sich besonders verderbnisvoll in der Wirtschaft bemerkbar. Die einseitige Wirtschaftspolitik der Republik stärkt die Gemeinwirtschaft und vernachlässigt die Privatwirtschaft. Jede Art von wirtschaftlichem Sozialismus ist eine Utopie und führt immer zum Zusammenbruch und Defizit. Das neue System schwächt den Mittelstand und die Privatinitiative, da beide für die viel zu hoch bemessenen Wohlfahrtsausgaben des Staates aufkommen müssen. Die sozialen Reformen mit der in Aussicht gestellten Sozialisierung haben die Wirtschaft bisher nicht vorwärts gebracht. Sie sind vielmehr die innere Ursache (von der falschen, für die Wirtschaft geradezu todbringenden Außenpolitik abgesehen) an dem sozialen Elend, das weite Kreise des Volkes gerade außerhalb des „Proletariats" umfaßt. — Das ganze Wesen der Republik sei Schwäche und Internationalismus. Nur im engen Anschluß an die ruhmvolle Tradition wird Deutschland wieder kraftvoll und mit nationaler Würde Politik, besonders Außenpolitik treiben können. Die Zugeständnisse an die Feinde sind ein verhängnisvoller Fehler, da jegliche Art von Zugeständnissen nur ein Mehr von Forderungen zur Folge habe. Der Wehrgedanke müsse wieder im Volke, trotz aller Hemmungen von außen, Verbreitung finden. Der neuen, weltlichen, unreligiösen Einstellung weiter Kreise ist die kirchlich-christliche Religion entgegenzustellen. Nur auf dieser Grundlage werde die moralische und materielle Gesundung des deutschen Volkes erfolgen können.

Die größte Gruppe stellten die Parteien der „Mitte" mit der Sozialdemokratie dar. Sie erfaßten völlig verschiedene Volksschichten in weltanschaulich konfessioneller, wie in sozialer Hinsicht, sie stellten die „staatserhaltenden" Parteien dar. Ein starker Staatsgedanke fand sich bei ihnen nicht; dazu war diese „Koalition" ein allzu stark zusammengewürfeltes Parteiengemisch. Da aber jede dieser Parteien erkannt hatte, daß sie in der Verbindung mit den Nachbarparteien s e l b s t am besten fährt, so wurde diese Koalition, soviel Sprünge sie in Permanenz aufweist, immer wieder von neuem aufgefrischt. Da offenbar in einer demokratisch-parlamentarischen Republik nur auf diese Weise regiert werden kann, bekam diese „große Koalition" einen gewissen Heiligenschein. Es waren die „aufbauwilligen Kräfte", die sich zusammenfanden, „weil es zu sehr auf der Hand liegt, daß Deutschland nur in der großen Gewerksgemeinschaft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, in der Gemeinschaftsarbeit aller Parteien wieder hochkommen kann[4]). Wenn man auch nicht völlig bestreiten kann, daß tatsächlich zuweilen ein Fünklein von diesem gemeinschaftlichem Wollen vorhanden war, so muß doch festgestellt werden, daß diesem sekundären Moment ein primäres egoistisches voranging. Das liberale, kapitalistische Bürgertum war nicht durchaus republikanisch gesinnt. Wenn seine Vertreter im Reichstag und zuweilen auch in den übrigen Parlamenten mit den Sozialdemokraten zusammengingen, so taten sie es nur deshalb, weil sie befürchten mußten, daß die Sozialdemokratie, von ihrer staatserhaltenden Stellung abgedrängt, in der Opposition großen Schaden anrichten konnte. Demgegenüber galt es die eine oder andere Forderung der Sozialdemokratie zu tolerieren. — Das Bindeglied zwischen Rechts und Links, das Zentrum, trug den neuen Verhältnissen von 1918 Rechnung und stellte sich mit beiden Füßen auf den Boden der Tatsachen. Da es zu jeder Mehrheitsbildung notwendig war, konnte weder die Rechte, noch die Linke mit allzu scharfen Forderungen vorstellig werden. — Die entscheidende Partei war die Sozialdemokratie. Man sah in ihr d i e Vertreterin der werktätigen Bevölkerung. Sie nahm 1918 einen entschiedenen Wechsel ihres politischen Programms vor. Mit der parlamentarisch-demokratischen Republik war im Jahre 1918 das Ziel der sozialdemokratischen Führer erreicht. Die Möglichkeit, den Staat mit Hilfe des Parlaments und der Demokratie zu erobern, müsse von den Massen ausgenutzt werden. Seit dem Kriege habe die Arbeiterschaft durch ihre Organisationskraft bereits einen großen Anteil am politischen Leben des Staates gewonnen. Der große historische Fortschritt dieser modernen Demokratie gegenüber allen früheren politischen Formen sei darin zu erblicken, daß die Masse, die in ihren großen Organisationen zusammengefaßt ist, mit ihrer einheitlichen Willensbildung immer mehr das Schicksal

[4]) Friedrich Thimme im „Getreuen Eckart". 1921, Nr. 8, S. 349.

der kapitalistischen Welt mitbestimmt, sofern sie es nur versteht, die Macht ihres Willens in die politische Wagschale zu werfen. Von der Etappe der politischen zu der Etappe der ökonomischen Befreiung sei es nur noch ein Schritt. Um dieses letzte Ziel zu erreichen, sei es notwendig, mit den andern Parteien am Wiederaufbau des Staates und der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. Durch die Macht der Gewerkschaften würde der „Unternehmerwillkür" eine Schranke gesetzt. Die Arbeiterschaft habe allen Grund, diese Republik als die ihre zu betrachten. Die radikalen Forderungen, die von den sozialistisch-kommunistischen Parteien erhoben würden, seien sinnlos und würden niemals zu einer realen Politik des praktisch Erreichbaren führen. Der Kampf gegen Links müsse deshalb ebenso scharf, ja bisweilen schärfer geführt werden als gegen Rechts. Außenpolitische Erfolge würden nur errungen werden, wenn die Staatsmänner auf dem Boden der Verständigung und der Einsicht stehen. Der Krieg habe gezeigt, in welches Verderben ein in Waffen starrendes Europa hineingeführt wurde. Die Konsequenz, die man hieraus ziehen muß, heißt Verständigung und Friede. In diesem Punkt unterschied sich die Sozialdemokratie von der Rechten, aber auch von der radikalen Linken, die nicht pazifistisch dachte, sondern den Sieg des bewaffneten Proletariats gegen das nationale und internationale Kapital erringen wollte.

Die radikalen Sozialisten und Kommunisten bildeten die dritte Gruppe. Sie sehen in der Republik nichts anderes als den Ausdruck der ungerechten Besitz- oder Klassenverhältnisse. Die „Bourgeoisie" (womit hauptsächlich das Unternehmertum und das wohlhabende Bürgertum gemeint ist) verkaufe das Proletariat an die internationale Kapitalistenklasse, um auf diese Weise ihre sonst verlorene Existenz weiter zu behaupten. Sie sehen aber nicht eigentlich in der Bourgeoisie ihren Gegner, sondern in der Sozialdemokratie. Die Politik der Sozialdemokratie sei verbrecherisch, weil sie durch ihre Koalitionsbereitschaft mit der Bourgeoisie oder gar — wie es sich häufig ereignet habe — mit der offenen „Konterrevolution" niemals in der Lage sein würde, etwas zum Vorteil des Proletariats zu erreichen, geschweige den Sozialismus zu verwirklichen.

Seit dem Kapp-Putsch betrachtete jede dieser Gruppen die anderen mit Haß und Furcht; aber jede räumte sich zugleich die Chance des endgültigen Sieges ein. — War der Kapp-Putsch zunächst eine Kraftleistung der Rechten, so zeigte sich auf der andern Seite bald, daß die Kräfte der Linken nicht erschüttert, daß sie abwehrkräftig und kampfbereit waren. Dann aber, nach dem Mißlingen des Unternehmens, bewies die Rechte in ihren machtvollen Organisationen (Frontbünde, Einwohnerwehren), daß sie niemals mehr gewillt war, dem Bolschewismus in Deutschland Raum zu geben.

Gerade im Februar/März, als also das Reich von zwei Seiten her, im Westen durch den Einmarsch der Sanktionstruppen, im

Osten durch die gewaltsame polnische Bedrohung Oberschlesiens empfindlich getroffen wurde, entlud sich im Anschluß an diese Notlage eine innere Krise, die größere Ausmaße anzunehmen drohte: der Kampf zwischen Bayern und dem Reich wegen der Entwaffnungsfrage.

Nach der Niederwerfung der Räterepublik im Jahre 1919 folgte eine tiefe Reaktion innerhalb der bayerischen Bevölkerung. Es bildeten sich an fast allen Ortschaften Einwohnerwehren. Das waren Kampfverbände zur Abwehr jeglicher marxistischer Bestrebungen. „Politisch hat die bayerische Einwohnerwehr insofern einen Charakter, als sie sich nicht nur für Ruhe und Ordnung unter allen Umständen einsetzt, sondern auch bewußt und programmatisch gegen den Kommunismus und den Bolschewismus Front macht“[5]). Dies war auch der Grundgedanke für die Gründung eines großen Verbandes, dessen Anhängerschaft sich über ganz Deutschland verbreitete. Im Mai 1920 gründete der bayerische Forstrat Dr. Escherich seine nach ihm benannte „Organisation Escherich“, oder die „Orgesch“, wie man sie abgekürzt im Volksmund nannte. Die Orgesch verbreitete sich mit Windeseile über ganz Deutschland und wurde bald zur gefürchtetsten Gegnerin der kommunistischen und sozialistischen Kampfverbände.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwaffnung und Auflösung jeglicher Wehrformationen wurde von der Entente auch das Verbot der Einwohnerwehren, wozu auch die Orgesch zählte, gefordert. Zeitweise schien es, als ob die Engländer in dieser Frage nicht die gleiche Haltung wie die Franzosen einnahmen. So meldete das WTB. am 15. Januar 1921, daß Lloyd George in einer Privatunterhaltung mit Briand wesentlich von den Forderungen Frankreichs abwich. Lloyd George vertrat den Standpunkt, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Entwaffnung seine Verpflichtung annähernd erfüllt habe. Deutschland sei von nun an unfähig, einen ernsten Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die bolschewistische Gefahr sei sicher äußerst ernst und könne nicht vernachlässigt werden. Angesichts dieser Gefahr könne Deutschland nicht gänzlich verteidigungslos bleiben. Die öffentliche Meinung in Bayern verlange Schutz und Sicherheit. Lloyd George ging im Verlauf dieser Unterhaltung so weit, die Frage zu erheben, ob es nicht besser wäre, nach den Erfahrungen von Spaa die Deutschen zur Konferenz nach Paris zu berufen, weil man dann besser zwischen dem Möglichen und Unmöglichen unterscheiden könne. Briand lehnte jedoch diesen Standpunkt energisch ab. So wurde denn die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren mit in die Pariser Beschlüsse einbezogen. Bis spätestens zum 30. Juni sollte die Auflösung jeglicher Wehrformationen vollendet sein. Die deutsche Regierung hat bis spätestens zum 15. März die gesetzlichen Vorschriften zu erlassen, die die Auflösung aller dieser Or-

[5]) E. Rosen: Orgesch. Berlin 1921. S. 19.

ganisationen anordnen und deren Wiederaufrichtung unter Strafandrohung zu verbieten ist.

Die Auflösung gestaltete sich zu einem schwierigen Prozeß, vor allem in Bayern. Die bayerische Regierung Kahr stellte sich schützend vor die Einwohnerwehren, deren Auflösung unter keinem Rechtstitel verlangt werden könne. In seiner Rede vom 17. Februar betonte Kahr, daß die Vorbereitungen für einen bolschewistischen Umsturz sehr ernst zu nehmen seien. Dieser Gefahrenzustand werde sich noch verschärfen mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, durch die wachsende Arbeitslosigkeit und das Elend, das durch das Pariser Diktat noch verschlimmert werden würde. Angesichts dieser Lage sei die Einwohnerwehr nach wie vor eine staatliche Notwendigkeit. Als sich der Termin näherte, an dem die Reichsregierung den Gesetzentwurf über die Selbstschutzorganisationen verabschieden sollte, verschärfte sich die Spannung zwischen Bayern und dem Reich ganz erheblich. Die Entente drohte, Bayern mit Truppen zu besetzen, falls der Widerstand gegen die Bestimmungen nicht aufhöre. Anfangs März fand eine große Bayerndebatte im Reichstag statt. Sie brachte aber keine Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten. Im Gegenteil. Neben den Einwohnerwehren und neben der Orgesch tauchten neuerdings Verbände auf, die die Haltung der bayerischen Regierung als nicht standhaft genug empfanden. Die Rechte setzte sich für den Bestand der Verbände weiterhin ein, indem sie auf die bolschewistische Gefahr hinwies. Die Linke beschuldigte die Rechte, sie wolle die Aufrechterhaltung der Verbände nur deshalb, um nach dem Vorbild des Kapp-Unternehmens eines Tages die Republik stürzen zu können. Die Gefahr des Bolschewismus sei nur ein Vorwand. Der Bolschewismus würde, wenn er aggressiv den Staat bedrohen wollte, von den staatlichen Machtmitteln in Schach gehalten werden. — Am 14. März, ein Tag bevor die gestellte Frist der Entente ablief, wurde im Reichstag über den Entwaffnungsentwurf des Reichsinnenministers Koch verhandelt. Die Rechte verweigerte ihre Zustimmung. Die Regierung wies auf die Schwierigkeiten hin, die für Deutschland entstehen könnten, wenn es sich weigere, den Bestimmungen nachzukommen. Die Sanktionen würden erweitert und verschärft werden. Die Rechte erwiderte, die Sanktionen, die bisher vorgenommen wurden, seien eine Verletzung derselben Verträge, in denen die Entwaffnung Deutschlands festgesetzt wird.

Bayern lenkte später von selbst ein, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen.

Die republikanische Öffentlichkeit sah in der bayerischen Angelegenheit einen Angriff des Partikularismus gegen den Reichsgedanken. Die bürgerlich-republikanischen Parteien sagten, daß die Reichsregierung eine größere Autorität darstelle als die bayerische Landesregierung, und daß Bayern sich den Anordnungen des Reiches zu fügen habe. Der Gedanke der Reichseinheit dürfe

nicht durch Bayern zerstört werden. Die Linke ging in der Beurteilung und Kritik des „Falles Bayern“ weiter. Sie sah in der Haltung der bayerischen Regierung nicht nur einen betont partikularistischen Zug, sondern eine bewußte Aktion gegen den republikanischen Staat, die um so bekämpfenswerter sei, weil sie in einer so kritischen außenpolitischen Situation verhängnisvolle Folgen haben könne. Die Unabhängigen und Kommunisten riefen das Proletariat zum Alarm auf. Die bayerische Regierung stelle das Haupt der Gegenrevolution dar. Die Arbeiter sollen jede Regung der Orgesch scharf in Augenschein nehmen und zum Gegenangriff übergehen.

Kapitel 6.

a) Die Polizeiaktion in Mitteldeutschland.

In diesem Chaos schien es überhaupt keine Staatsautorität mehr zu geben. Die extremen Parteien betrachteten mit Recht die Lage als sehr labil; der Staat erwies sich als unfähig, in seiner Verteidigungsstellung gegen die Angriffe von rechts und links irgendwelche moralischen Widerstandskräfte zu entwickeln. Seine innere Kraft war völlig unterhöhlt. Ihm fehlte der unbedingte Drang zum Leben, der auch dem Gegner imponiert. Jedesmal, wenn ein Angriffsplan revolutionärer Kräfte von rechts oder links enthüllt wurde, konnte zwar die Polizei die betreffenden Urheber solcher Pläne inhaftieren, die Staatsautorität war jedoch offenbar nicht in der Lage, diese Kräfte auf die Dauer zur Ruhe zu bringen. Es war kein Staatswesen, das, angefüllt von seinem Lebensdrang, gewillt war, seine Existenz allem gegenüber zu behaupten. Obwohl die Republik noch jung war, wies sie nichts auf, was für einen im Feuer so großer, welterschütternder Ereignisse entstandenen Staat hätte charakteristisch sein müssen: den Willen zum Unbedingten. Das ist auch weiter nicht verwunderlich. Die Republik wurde ja nicht von jungen, krafterfüllten und vorwärtsstürmenden Persönlichkeiten geschaffen, sondern von abgeklärten, im Dienste für Partei- und Gewerkschaftsarbeit ergrauten Funktionären.

Was dem Staat an ideellen Kräften mangelte, versuchte er durch den Neuaufbau und die Durchorganisierung seiner polizeilichen Machtmitteln zu ersetzen. Früher bestand die Aufgabe der Polizei darin, die Störung der Ruhe und Ordnung durch einzelne zu verhindern. Jetzt mußte sie mit größeren Widerstandszentren rechnen, auf die Bekämpfung ganzer bewaffneter Banden oder politischer Formationen eingerichtet sein. Dieser Aufgabe war nur eine straff disziplinierte, technisch gut ausgebildete Polizeitruppe gewachsen[1]). So entstand kurz nach dem Kriege die „Sicherheitspolizei" (Sipo). In ihrer Struktur war sie ein straff zentralisiertes Gebilde. Ihre militärartig organisierten Einheiten unterstanden besonderen Kommandostäben in Berlin, Münster, Kassel, Magdeburg, Breslau und Königsberg. Auf diese Weise wurden ganze Provinzen und noch größere Bezirke nach taktischen Grundsätzen der Sicherung zusammengefaßt. Die Stäbe arbeiteten in engster Fühlung miteinander. An der Spitze standen ausgeschiedene Generale der alten Armee. Die Bewaffnung ähnelte der des früheren

[1]) Vgl. für den ganzen Abschnitt: Die Märzunruhen 1921 und die preußische Schutzpolizei. Amtliche Denkschrift des Ministeriums des Innern. Mit einem Beiheft: Von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei.

Heeres. Die Sipo verfügte über Minenwerfer und Feldgeschütze.

Diese Verbände mußten aber auf Grund eines Verbotes seitens der Entente aufgelöst werden. Der Aufbau der Polizei mußte in Einklang gebracht werden mit den Bestimmungen der Note der Botschafterkonferenz und der alliierten Militärkontrollkommission vom 22. Juli 1920. Die zentrale Kommandoführung mußte abgeschafft werden. Ebenso alle rein militärischen Einrichtungen. Die Polizei wurde eingefügt in die örtlichen Polizeiverwaltungen, so daß an Stelle der früheren Zentralisation nunmehr die völlige Dezentralisation trat. Die schwere Bewaffnung wurde abgeschafft. Die neue Bewaffnung sah vor: Für jeden Beamten blanke Waffe, Pistole, Handgranate, für je 3 Beamte ein Gewehr oder Karabiner, für je 20 Beamte eine Maschinenpistole, für je 1000 Beamte einen Panzerwagen mit zwei schweren Maschinengewehren.

Die Polizeiführer klagten über unzureichende Bewaffnung. Aber man wußte doch, daß die Polizei durch ihre Disziplinierthеit und durch die Auslese der Mannschaft eine Truppe darstellte, die auch im Kampfe mit bewaffneten politischen Formationen sich überlegen zeigen würde.

Aber nicht nur dieses Exekutivorgan für den Schutz der Ruhe und Ordnung, die Schutzpolizei, wurde einer systematischen Neuorganisierung unterzogen. In enger Verbindung mit dem preußischen Innenministerium arbeitete das neugegründete Reichs- und Staatskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Diesen Behörden oblag als spezielle Aufgabe, alle Bewegungen der politisch-radikalen Verbände zu beobachten. Die Behörden richteten ihr besonderes Augenmerk auf die legale und illegale Arbeit der beiden kommunistischen Parteien. Im Herbst 1920 gelang der Polizei die Aufdeckung einer „KO." in Weißensee. Es handelte sich dabei um eine im Entstehen begriffene „Kampforganisation" der Kommunistischen Arbeiterpartei, die über ganz Berlin ausgedehnt werden sollte. Die „Kampforganisation" wurde sofort verboten. Auch kommunistische Sportvereine, die zur Tarnung für militärische Betätigung dienen sollten, wurden verboten. Es ist wahrscheinlich auf dieses Einschreiten der Behörden zurückzuführen, daß es in Berlin im März zu keinen größeren Zusammenstößen kam, da die Kommunisten hier keine Wehrorganisation aufbauen konnten. Auch in der Provinz Sachsen, in Stendal und Magdeburg wurden die Führer der dort bestehenden Kampforganisationen verhaftet. Im Ruhrgebiet und vor allem in Frankfurt/Main kam es zu größeren Aushebungen geheimer illegaler Waffenvorräte und sonstiger Organisationsmaterialien.

Als im Januar und Februar über ganz Deutschland Lohnbewegungen ausbrachen, nahmen sie im mitteldeutschen Industriegebiet (Merseburg, Mansfeld) einen besonders scharfen Kampfcharakter an. Das lag zum großen Teil an der Eigenart der Arbeiterbevölkerung. Dieser Teil der mitteldeutschen Arbeiterschaft war vor dem Krieg wirtschaftsfriedlich gesinnt. Die Gewerkschaften der

Sozialdemokratie konnten hier nie recht Boden fassen. Während des Krieges wuchs die Industrie ins Ungeheure (Leunawerke). Die Lebensbedingungen in einem Bezirk, in dem sich während so kurzer Zeit ein großer Bevölkerungszuwachs vollzieht, sind von unerfreulichen Umständen begleitet. Die Wohnungs- und Ernährungsfrage werden zu einem schwierigen Problem. Die neuhinzugezogene Bevölkerung fühlt sich weder mit der Landschaft noch mit dem Beruf verwachsen. Wird dabei die Arbeit noch dürftig bezahlt, so daß der Lohn nicht einmal zu dem Nötigsten reicht, so sind hier alle Voraussetzungen erfüllt, um in der Bevölkerung eine revolutionäre und rebellische politische Gesinnung wachzurufen. War die mitteldeutsche Arbeiterschaft vor dem Kriege aller Art von Agitation und staatsfeindlicher Betätigung abgeneigt, so gehörte sie in der Revolutionszeit zu denen, die die Revolution am weitesten vorwärtstreiben wollten. 1919 und 1920 stand Mitteldeutschland mit an vorderster Stelle im Kampfe gegen die Weimarer Regierung bzw. gegen die Reichswehrtruppen. Während es in den übrigen Teilen des Reiches der Sozialdemokratie nach der Spaltung der USPD. gelang, wieder große Massen zu sich hinüberzuziehen, wurde sie hier im „Roten Herzen" Deutschlands bei den Preußenwahlen im Februar 1921 zur kleinsten unter den drei Arbeiterparteien. Der Wahlbezirk Halle weist folgendes Wahlergebnis auf: SPD. 71 T., USPD. 76 T., VKPD. 204 T. Stimmen.

Die SPD. hatte hier demgemäß ihren Einfluß fast völlig eingebüßt. Die Kommunisten hatten vollkommen das Übergewicht. An gewissen Stellen hatte übrigens nicht einmal die KPD., sondern die radikalere KAPD. den größeren Einfluß, z. B. bei der Leuna-Belegschaft (22 000 Mann). Hier war die Arbeitsdisziplin sehr stark untergraben. Die Arbeiter schleppten Metallteile und andere Wertgegenstände aus den Fabriken. In Eisleben setzte die Werkverwaltung eine Werkpolizei ein. Detektive überwachten die Arbeiter während der Arbeitszeit und bei ihrem Verlassen der Arbeitsstätten. Auf diese Weise glaubte die Leitung den Widerwillen brechen und die Disziplin der Belegschaft wieder herstellen zu können. Sie erreichte aber nur das Gegenteil. Es wurde dauernd mit Streiks und Sabotage gedroht. Teilweise wurden die Drohungen verwirklicht. Die Gewerkschaften, die sonst in Deutschland einen so großen Einfluß auf die Arbeiterschaft hatten, waren ohnmächtig. Ihre Aufrufe, sich willig den Verhältnissen zu fügen und eigenmächtige, die Wirtschaft störende Handlungen zu unterlassen, blieben ungehört. Die Feindseligkeiten zwischen den Arbeitern und den Werkleitungen nahmen von Tag zu Tag zu. Die Direktion der Leunawerke setzte sich schließlich mit dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, in Verbindung. Dieser berichtete später, daß er von sich aus schon längst auf polizeilichem Wege

die Ordnung wiederherstellen wollte[2]). Aber die Direktion scheute sich zunächst, einen solchen Schritt zu unternehmen, weil sonst die Spannung, die dann entstehen würde, noch ganz andere Dimensionen des Widerstands zur Folge haben könnte.

Anfang März wurde von den Provinzialbehörden in Übereinstimmung mit dem Preußischen Innenministerium die Besetzung des Unruhegebietes mit Polizeimannschaften geplant. Am 16. März erließ der Oberpräsident Hörsing einen Aufruf, in dem es hieß: „Wilde Streiks, Raub und Plünderung werden von Banden- und Einzeldiebstählen, Terror- und Sachbeschädigungen, Erpressungen und Körperverletzungen in letzter Zeit abgelöst. . . . In der Industrie finden ungeheure Diebstähle an Holz, Kohlen, wertvollen Materialien, Silber, Kupfer, Erzen, die in die Millionen gehen, Tag für Tag statt. Die Pförtner und sonstigen Beamten, die diese Diebstähle unterbinden wollen, werden auf das schwerste mißhandelt. Kleine Anlässe werden benutzt, um gegen den Willen der Gewerkschaften mehrere Tage die Arbeit einzustellen. . . . In allen Orten des Industriereviers haben nicht nur rechtsstehende Leute, sondern ganz linksstehende Arbeiter erklärt, dieses Treiben sei ein Werk der kommunistischen Partei. Ich habe diese Auffassung stets bestritten. Es ist nicht die Kommunistische Partei als solche, sondern es sind internationale Verbrecher, vielleicht sogar Spitzel und Provokateure, die sich als Kommunisten hinstellen. Im Interesse des größten Teiles der Arbeiter selbst, aber auch im Interesse der Landwirtschaft, Industrie, des Handels und des Gewerbes muß den jetzigen Zuständen ein Ende gemacht werden. Daher habe ich befohlen, daß in den nächsten Tagen starke Polizeiaufgebote nach vielen Orten des Industriereviers gelegt werden, die die obigen Aufgaben zu erfüllen haben. Die Polizei wird sich weder in politische noch in gewerkschaftliche Dinge mischen; sie wird der Bevölkerung gegenüber mit größter Nachsicht auftreten, aber sie wird mit der größten Schärfe und Festigkeit wie gegen die Verbrecher selbst, auch denen gegenübertreten, die sie in Ausübung ihrer Pflicht hindern, oder ihr offen entgegentreten, oder durch Aufhetzung der Bevölkerung in Wort oder Schrift, ihr die Aufgabe unmöglich machen“[3]).

Mit dem Einmarsch der Polizeitruppen war in Anbetracht der Stimmung, die im Industrierevier herrschte, der Funke erzeugt, der die Explosion zur Entladung bringen sollte. Die amtliche Denk-

---

[2]) Für die Vorgeschichte, Entstehung und Verlauf des Mitteldeutschen Aufstandes wichtig: Die Niederschriften über die vom Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Ursachen, des Umfangs und der Wirkungen des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland im März 1921 in mündlicher Verhandlung erhobenen Beweise“, Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages. Anlagen zu den Sitzungsberichten, Drucksache Nr. 4140. (1. Wahlperiode, 1. Tagung: begonnen am 10. März 1921, Band 8. Berlin 1923.) Vgl. die Aussage Hörsings.

[3]) Denkschrift des Reichskommissars: Anlage 9.

schrift beurteilt die Lage im Industriegebiet folgendermaßen[4]): „Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden, aus sich heraus losbrechenden Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland, trotz aller Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März dieses Jahres anzunehmen war. Erst durch die Entsendung der Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immermehr sich häufenden Übergriffen und Gesetzwidrigkeiten wie dem anwachsenden Verbrechertum unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam der Stein ins Rollen."

b) Die Märzaktion der Kommunisten.

Paul Levi berichtet in seiner zweiten Broschüre[5]), daß Anfang März „in Deutschland ein Genosse erschien, der bisher noch nicht in Deutschland gearbeitet hatte. Er hat, ich glaube am 10. März, mit der Genossin Klara Zetkin eine Unterredung gehabt, die auf die Genossin Klara Zetkin einen so niederschmetternden Eindruck gemacht hat, daß sie in einer gewissen Bestürzung zu mir kam und mir von dem Inhalt der Unterredung Mitteilung machte, und indem sie zugleich sagte, daß sie es künftig ablehnen werde, mit diesem Genossen zu konferieren."

Dieser Genosse wird von Levi nicht namentlich genannt. Sein Name fiel auch später in der riesigen Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei niemals. Aber es ist gar kein Zweifel, daß „dieser Genosse" im Auftrage des Exekutivkomitees zu einem bestimmten Zweck nach Deutschland geschickt wurde.

Wir haben in einem der vorigen Kapitel zu zeigen versucht, in welchem innenpolitischen und wirtschaftlichen Druck sich die Sowjetregierung Ende Februar/Anfang März befand. Der Streik in Petersburg und der Beginn des Kronstädter Aufstandes waren Warnungssignale, die nicht nur die russische Regierung, sondern ebenso die Internationale mit Besorgnis erfüllten. Wenn der Umsturz in Rußland größere Formen annahm, dann gab es trotz Tscheka und Roter Armee keine materielle Gewalt, die ihm hätte Widerstand leisten können. Das moralische Ansehen der bolschewistischen Sowjetregierung ward um so mehr untergraben, als die Gegenkräfte ja keine konterrevolutionären Armeen, sondern ausgesprochen revolutionär (sozialrevolutionär, syndikalistisch-anarchistisch) gesinnt waren. Von innen her war keine Hilfe zu erwarten. Also wollten die Bolschewiki sich wenigstens eine moralische Stütze schaffen, indem sie auf die Kämpfe des Proletariats außerhalb Rußlands hinweisen konnten, das für ein kommunistisch-bolschewistisches Sowjetrußland stehe. Das russische Proletariat solle fühlen, daß es in seinem Kampfe gegen „die Konterrevolution aller Schattierungen" nicht allein stehe.

---

[4]) Amtliche Denkschrift des Ministeriums des Innern, Seite 7.

[5]) Paul Levi: Was ist das Verbrechen, die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD. am 4. Mai 1921. Berlin 1921.

In dieser bedrängten Lage bedurfte die kommunistische Exekutive eines Mannes, der energisch eine politische Mission auszuführen verstand, wie sie die Situation erforderte. Hierzu wurde jener „Genosse" für geeignet erachtet. Er sollte nach Deutschland gehen, um hier schnellstens eine revolutionäre Aktion in die Wege zu leiten. Deutschland hatte eine, im Vergleich zu den übrigen Ländern, starke kommunistische Partei, die in Moskau für recht aktionsfähig gehalten wurde. War doch die Parteiführung unter dem Einfluß des Exekutivkomitees seit einiger Zeit „besonders aktivistisch und offensiv" gesonnen.

Der russische Bevollmächtigte kam zu einem Zeitpunkt nach Deutschland, in dem, unabhängig von allem Einfluß, den er auszuüben beauftragt war, gerade eine Bewegung in verstärktem Maße aufgenommen werden sollte. Wenn die kommunistische Partei die außen- und innenpolitischen Ereignisse überprüfte, so fand sie eine Perspektive von Verwicklungen und Gefahren für das Reich, also eine Situation, die von der Kommunistischen Partei gewissermaßen als „günstig" betrachtet wurde. Die Wehrmacht mußte für den Fall eines polnischen Angriffs auf Oberschlesien an der Ostgrenze konzentriert werden. Die Schärfe des deutsch-polnischen Gegensatzes konnte jeden Tag den offenen Krieg von seiten Polens herbeiführen. Die kommunistischen Führer hielten diese Krisis für den gegebenen Zeitpunkt, um die Regierung durch eine großangelegte Aktion zu Fall zu bringen. „Diese Situation erkennen hieß für eine revolutionäre Partei zugleich, sich ihrer Aufgabe in kritischen Zeiten bewußt zu werden. In die Bilanz einer weltpolitischen Krise, die ihre Brennpunkte in Deutschland hatte, mußte der eine wesentliche und entscheidende Faktor eingesetzt werden, die Kraft des deutschen Proletariats. Den Versuchen einer kapitalistischen Lösung der Probleme auf Kosten der Arbeiterklasse mußte die proletarische Lösung auf Kosten des Kapitalismus entgegengestellt werden. . . . Ein Gefahr bestand, es war möglich, daß die Kapitalisten unter dem Eindruck des gewaltigen Risikos die Zuspitzung der einzelnen Konflikte zu einer umfassenden Krise hintertreiben, die Konflikte einzeln zur Entladung bringen und die Arbeiter örtlich und gruppenweise niederwerfen könnten. Dem mußte begegnet werden. Die Arbeiterklasse mußte die allgemeinen Gefahren erkennen. Ihr mußte klar werden, daß sie in jedem Fall gemeinsam zu schlagen habe. Die Kommunistische Partei mußte für den kommenden Kampf mobilisiert werden"[6]). In kommunistischen Führerkreisen hielt man den Zeitpunkt für gekommen, um durch einen „kühnen Offensivvorstoß" eine revolutionäre Entscheidung herbeizuführen.

Als die Kunde von dem Aufruf Hörsings am 17. März (Donnerstag früh) in Berlin eintraf, versammelte sich der Zentralaus-

[6]) Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion. Herausgegeben von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Leipzig/Berlin 1921. S. 26.

schuß der Partei und die Funktionäre, die auf verantwortlichem Posten standen. Sie wollten zur neugeschaffenen Lage Stellung nehmen.

Es lagen hier also, militärisch gesehen, zwei Offensiven vor, die sich unabhängig von einander begegneten. Die preußische Staatsregierung ließ die Polizeiformationen ins mitteldeutsche Revier einmarschieren, ohne daß sie etwas von einer allgemeinen, aus den gesamtpolitischen Verhältnissen herausgeborenen — übrigens nicht unbedingt bewaffneten Aktion — der kommunistischen Partei wußte. Die Kommunisten wurden durch den für sie unvermuteten Einmarsch nicht wenig überrascht; der Zeitpunkt für einen solchen Kampf, wie er sich jetzt in Mitteldeutschland entspinnen würde, war wegen des nahenden Osterfestes recht ungelegen, denn eine viertägige Schließung der Betriebe (von Karfreitag bis Ostermontag) mußte sich auf jede größere, noch so energisch geführte „Abwehraktion" lähmend auswirken. Aber der Oberpräsident Hörsing hatte dieses Moment gerade in seine Rechnung gestellt.

In der Sitzung des Zentralausschusses vom 17. März wies ein Redner auf die außenpolitischen Gewitterwolken hin[7]):

„... innerpolitische Schwierigkeiten liegen im Bereich der Möglichkeiten, dadurch, daß am 20. März die Sanktionen verschärft werden, ferner daß am gleichen Tage die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, die mit großer Wahrscheinlichkeit militärische Konflikte zwischen den deutschen und polnischen Imperialisten heraufbeschwören wird. Soweit wir informiert sind, ist jetzt die alte französische Besatzungsformation abgelöst worden durch englische Truppen; während die französischen Truppen eine polenfreundliche Haltung eingenommen haben, sollen nach Informationen die jetzigen englischen Truppen eine ziemlich starke deutschfreundliche Stellung einnehmen.

Unser Einfluß wird über unsere Organisationen von 400 000 bis 500 000 Mitgliedern hinausgehen. Ich behaupte, daß wir heute zwei bis drei Millionen nichtkommunisitsche Arbeiter im Reiche haben, die wir durch unsere kommunistischen Organisationen beeinflussen können, die in Aktionen, auch in Angriffsaktionen von uns, unter unserer Fahne kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, daß wir den innen- und außenpolitischen Spannungen gegenüber uns nicht länger passiv verhalten dürfen, sondern dann verpflichtet uns die jetzige Situation, mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinn zu ändern."

Ein anderes verantwortliches Mitglied führte aus:

„Das, was die Zentrale jetzt vorschlägt, ist ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit. Bisher hatten wir die Taktik, daß wir die Dinge an uns herankommen ließen, und sobald eine Kampfsituation gegeben war, in dieser Situation unsere Entschlüsse faßten. Jetzt sagen wir: wir sind so stark, und die Situation ist so verhängnisschwanger, daß wir daran gehen müssen, das Geschick der Partei und die Revolution selbst zu zwingen. Wir haben jetzt von Parteiwegen die Offensive zu übernehmen, zu sagen, wir warten nicht, bis man an uns herankommt, bis wir vor Tatsachen stehen; wir wollen, soweit

[7]) Über die Reden auf dieser Sitzung siehe Paul Levi: Unser Weg wider den Putschismus. Ferner Levi: Was ist das Verbrechen?

das an uns ist, diese Tatsachen schaffen . . . Wir können die Verwicklungen außerordentlich verschärfen dadurch, daß wir im Rheinland die Massen zum Streik führen, die die Differenzen zwischen der Entente und der deutschen Regierung außerordentlich verschärfen müssen. . . .

. . . in Bayern liegen die Dinge so, wie sie gelegen haben lange Zeit in Deutschland, daß wir warten mußten, bis der Angriff von der andern Seite kam. Was ist unsere Aufgabe in dieser Situation? Wir haben durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, daß dieser Ausbruch kommt, wenn es sein muß durch Provokation der Einwohnerwehren. . . ."

Levi sagt in seiner zweiten Broschüre[8]), warum er gerade diese Abschnitte veröffentlicht habe. Die Ausführungen der Redner stellen nämlich — wörtlich, wie Levi behauptet — genau dasselbe dar, was jener Emissär der Exekutive einige Tage vorher Klara Zetkin und dann ihm, Levi, mitgeteilt habe. Levi betont ausdrücklich, daß auch die Einzelheiten, wie z. B. jene Ausführungen über die 2—3 Millionen, die in einer Angriffsaktion an der Seite der Kommunisten kämpfen würden, bereits in jener Unterhaltung „mit dem Genossen, der noch nie in Deutschland gearbeitet hatte" erwähnt wurden. Levi kommt dann zu dem Schluß: „Der erste Anstoß zu der Aktion in der Form wie sie erfolgte, kam nicht von deutscher Seite."

Welches war die Absicht des Exekutivkomitees der Internationale, als sie ihren Deligierten nach Deutschland schickte. Daß die deutsche Partei nicht imstande sein würde, über Nacht in Deutschland die Revolution herbeizuführen, wußten die Leiter in Moskau. Also bleibt nur die Vermutung bestehen, daß eine Aktion in Deutschland gewünscht wurde, um durch den entstehenden moralischen Effekt das brodelnde Rußland zur Ruhe zu bringen. —

Trotzdem wäre es falsch zu behaupten, die Märzaktion in Deutschland sei einfach von Rußland bestellt oder gemacht worden. Eine solche Behauptung ist deshalb verfehlt, weil ja der entscheidende Anlaß, der mitteldeutsche Aufstand in keinem ursächlichen Zusammenhang mit jenen kritischen Ereignissen in Rußland steht.

Wir sagen ferner: Der Gedanke einer größeren politischen Aktion stand bereits fest, ehe jener Beauftragte von Moskau nach Berlin kam. Es ist aber auf seinen Einfluß zurückzuführen, daß diese geplante Aktion einen umfassenderen Rahmen erhalten sollte („Angriffsaktion"). Als vollends die Polizei in Mitteldeutschland einrückte, gewann diese Unternehmung den Ausgangspunkt, der moralisch notwendig erschien, um sie zu rechtfertigen. Wir müssen es dahingestellt sein lassen, was die KPD. getan hätte, wenn jener direkte Einfluß des Beauftragten der Exekutive nicht erfolgt wäre. Es ist aber klar, daß die Partei sich erst zu jener Extrem-Lösung entschied, nachdem sie in dem Moskauer Bevollmächtigten einen Rückhalt hatte.

---

[8]) Paul Levi: Was ist das Verbrechen usw. S. 8.

Die Partei stellte ihre letzten Ziele als nächste, erreichbare Etappe hin. Das bedeutete eine völlige Änderung der bisher befolgten Taktik, so wie sie etwa im „Offenen Brief" zum Ausdruck kam. Die Taktik des „Offenen Briefs" erwuchs aus der Erwägung, daß zu einer Machtergreifung größere Massen nötig sind als diejenigen, die bereits mit der Partei sympatisierten.

Am 17. März wurde kein eindeutiger Beschluß gefaßt. Als Ergebnis der Sitzung wurde in einem offiziellen Kommuniqué angesagt, daß die Partei „geistig und organisatorisch in intensivster Weise rüsten muß zum Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie. . . . Die Schwierigkeiten, in die die Regierung durch die Abstimmung in Oberschlesien und durch die Sanktionen gerät, verpflichten das Proletariat zu größter Aktivität. Die frechen Provokationen Hörsings darf das mitteldeutsche Proletariat nicht ruhig hinnehmen. Der Kampf muß vom Proletariat aufgenommen werden"[9]).

Hörsing hatte die Besetzung des Industriegebiets erst für die nächsten Tage angekündigt. Die KPD befand sich in einer heiklen Situation, in die sie sich selbst hineinmanövriert hatte. Sie wußte, daß eine „Offensivaktion" ein großes Wagnis sein würde, und daß sie den schärfsten Widerstand der Staatsgewalt finden würde. Es war klar, daß ein bewaffneter Kampf der Arbeiterschaft mit einer technisch viel besser ausgerüsteten und überlegenen Polizeitruppe schon vor dem Beginn die Niederlage bedeutete.

Die Kommune rief dennoch zum Widerstand mit der Waffe auf. Unter dem Einfluß des Moskauer Sendlings ließ sich die Partei auf ein Unternehmen ein, bei dem das Leben und die Gesundheit von Tausenden von deutschen Arbeitern aufs Spiel gesetzt wurden.

Am Freitag, den 18. März, erschien die „Rote Fahne" in einem besonderen Gewande. Es war die Gedenknummer zur 30jährigen Wiederkehr des Tages der Pariser Kommune. In einem Artikel mit der Überschrift: „Kein Zaudern mehr!" wird an die Tat der Pariser erinnert. Die jetzigen Ereignisse werden mit jenen verglichen: „Das deutsche Proletariat befindet sich in einer ähnlichen Lage. Für die deutsche Bourgeoisie ist der Konflikt mit der Entente nur ein Grund, um gegen die Arbeiterschaft loszugehen . . . Hörsing organisiert seine Pinkerton-Garde in einem Augenblick, wo die Unternehmer die Sanktionen dazu benutzen, um einen Aussperrungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft zu eröffnen." In fetter und großer Überschrift heißt es in einem Aufruf: „Kahr pfeift auf die Gesetze. Er pfeift laut auf sie, bevor noch die Gesetze in Kraft sind. Er erklärt schon jetzt: wenn aus dem Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Orgesch ein Gesetz wird, wird er noch lauter pfeifen." Es heißt dann weiter, daß die politischen Söldner der Gegenrevolution — die Mehrheitssozialisten — bewußt

[9]) „Rote Fahne" vom 18. März 1921.

den Streik mit dem Raub, die Arbeitseinstellung mit der Plünderung verwechseln, um die gesetzliche bewaffnete Macht gegen die Arbeiterschaft marschieren zu lassen[10]).

„Jetzt gilt das Gesetz nicht mehr. Es gilt auch Versailles nichts, die Waffe bringt die Entscheidung. — Der Pfiff des Herrn Kahr muß beantwortet werden. Man kann darauf antworten, wie Hörsing es tut: die Mittel der gesetzlichen Gegenrevolution gegen die Arbeiterschaft in Bewegung setzen. Es ist aber auch eine andere Antwort möglich. Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet."

Der Aufruf stellt ein sinnloses Geschrei dar. Die Aufforderung, sich zu bewaffnen, wird zwar in großangelegter Weise aufgestellt, aber irgendwelche Maßnahmen, wie die Bewaffnung durchgeführt werden soll, werden und können nicht gegeben werden. Jeder kommunistische Leser der „Roten Fahne" mußte das Gefühl haben, daß er es hier wieder einmal mit einem jener Ausbrüche politischer Hysterie zu tun hatte, wie sie öfter vorkamen, und die er deshalb nicht mehr ernst nahm.

Die Weisung, die die Zentrale dem mitteldeutschen Bezirk übergab, ging dahin, „die Aktion unverzüglich einzuleiten"[11]). Es wurde aber noch ausdrücklich hinzugefügt, daß es jederzeit möglich sein müsse, die begonnene Aktion wieder „abzublasen".

Am Sonntag, dem 20. März, stellte die Mansfelder Arbeiterschaft ein Ultimatum an die Polizei, in dem die Zurückziehung der Polizeitruppen unverzüglich gefordert wurde, andernfalls die Arbeiterschaft mit dem Generalstreik antworten würde. Die Polizei zog nicht ab. Es wurde deshalb zunächst auf der Mansfelder Gewerkschaft und in den Riebeckschen Montanwerken gestreikt. Das Leunawerk trat vorläufig noch nicht in den Generalstreik. Es wurde dort ein Aktionsausschuß gebildet, in dem die Kommunistische Arbeiterpartei (KAPD.) das Übergewicht hatte. In einer Versammlung, an der sich der größte Teil der Belegschaft (über 12 000 Arbeiter) beteiligte, wurde die Zurückziehung der Schupo etc. gefordert. Die Erregung war im Industriegebiet dauernd im Zunehmen und setzte immer größere Massen in Bewegung. In Eisleben und Hettstedt kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen die bewaffneten Aufständischen siegreich blieben. Die Schupo mußte sich teilweise zurückziehen. Die militärische Leitung des Aufstandes lag in den Händen des Bandenführers Hölz. Hölzens Taktik ging darauf hinaus, die Schupo und die Bevölkerung durch Terrortaten einzuschüchtern. Irgendein durchdachter, strategischer Plan wurde nicht entworfen. Einzelne Abteilungen lagen bald hier, bald dort im Gefecht. Die Kämpfe wurden von seiten der Arbeiter mit ungeheurer Erbitterung geführt. Von den

[10]) Gemeint ist der Aufruf des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing.

[11]) Enthüllungen zu den Märzkämpfen. Herausgegeben von der Zentrale der KPD., Halle 1922, S. 7.

Halden her überschütteten die Aufständischen, die mit Maschinengewehren versehen waren, die Chausseen mit Sperrfeuer, so daß die Schupo, die eine weitere Besetzung der Ortschaften vornehmen wollte, zum Kampf gezwungen wurde. Dabei kam das Gelände den Aufständischen zugute. Die Verluste der Schupo waren bei derartigen Gefechten nicht unbedeutend.

Der Aufstand hatte in Eisleben und in Leuna seine Kampfzentralen[12]). Das Leunawerk ist als Basis für eine militärische Operation ganz besonders gut geeignet. Im Leunawerk befinden sich riesige Speisesäle, eine große Küche und eine Dampfbäckerei, die alle auf den Massenkonsum zugeschnitten sind. Reichliche Lebensmittelvorräte waren vorhanden. Außerdem hatten die Arbeiter den ganzen wichtigen Apparat der Büro- und Nachrichteneinrichtungen in ihren Händen. Die Leuna-Arbeiter erhielten noch Verstärkung aus der Umgebung, aus Halle, Leipzig, Bitterfeld und den industriellen Dörfern des Geiseltales. Am 24. März hatte der Aufstand seinen Höhepunkt erreicht. An diesem Tage war es noch ungewiß, welche Partei militärisch die Oberhand gewinnen würde. Der gesamte Mansfelder See- und Gebirgskreis sowie die Gegenden um Halle, Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Nebra, brannten im offenen Aufruhr. Die Macht der örtlichen Behörden war vielfach in die Hände der Kommunisten übergegangen. Der Bahnverkehr konnte nur an der Peripherie des Aufruhrgebietes aufrecht erhalten werden. Dazu kamen die Sprengungen von Eisenbahnbrücken und Besetzungen von Bahndämmen. Ferner die Requisitionen und Plünderungen, so daß die Bevölkerung, soweit sie Widerstand hätte leisten wollen, völlig eingeschüchtert wurde. Die Hundertschaften der Schupo, die in Mansfeld und Hettstedt lagen, waren in einer bedrängten Lage und konnten sich aus eigener Kraft nicht behaupten.

In dieser kritischen Lage verhängte der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand über die Provinz Sachsen. Der Regierungspräsident in Merseburg wurde — unbeschadet der Oberleitung des Oberpräsidenten der Provinz — mit der einheitlichen Niederwerfung des Aufstandes beauftragt. Ihm standen jetzt 37 Hundertschaften Schupo zur Verfügung, die sich folgendermaßen verteilten: In Halle lagen 7, Merseburg 7, Weißenfels 4, Naumburg 3, Eisleben, Mansfeld, Hettstedt zusammen 12, Sandersleben 4 Hundertschaften. Außerdem stand noch eine Reichswehrbatterie zur Verfügung[13]).

Das strategische Hauptziel der Schupo war die völlige Eroberung von Eisleben und der Leunawerke. Gelang es dann, die Verbindungslinie zwischen diesen beiden Punkten herzustellen, dann war der Aufstand zum Scheitern verurteilt.

---

[12]) Drobnig: Der mitteldeutsche Aufstand 1921. Lübeck 1929.

[13]) Denkschrift über die Märzunruhen. Herausgeg. vom Reichskommissar. Berlin 1921.

In Berlin versuchte die Kommunistische Partei die Stimmung der Arbeiter für ihre Aktion zu beeinflussen. Am Dienstag, den 22. März, rief sie zu Kundgebungen auf, in denen zur Solidarität mit den kämpfenden mitteldeutschen Arbeitern aufgefordert wurde. In Berlin blieb aber, von einzelnen Zwischenfällen abgesehen, alles ruhig. Die Kommunisten bildeten in den Betrieben keineswegs die Mehrheit, ja nicht einmal eine größere Minderheit. Ihren Parolen wurde zum großen Teil von den eigenen Anhängern nicht Folge geleistet. Es kam vor, daß die Erwerbslosen sich vor die Betriebe stellten, um die Arbeiter an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Die Folge war dann, daß die arbeitswilligen Arbeiter schließlich ihre erwerbslosen Kollegen als Unruhestifter mit Gewalt aus den Betrieben hinausbeförderten. Die sozialdemokratischen und unabhängigen Zeitungen rückten von der kommunistischen Aktion ab und verurteilten sie in scharfen Worten.

Etwas anders lagen die Dinge in Hamburg. Zwar war auch hier die Zahl der Kommunisten im Verhältnis zur SPD. gering, aber ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft war doch erheblicher als in Berlin. Am Mittwoch, den 23., besetzte die Belegschaft der Werft Blohm & Voss das Werk und legte den Betrieb still. Obwohl die Kommunistische Partei in letzter Minute sich gegen weitere Schritte der Arbeiter wandte, konnte sie die Bewegung nicht mehr aufhalten, die sie selber entfacht hatte. Als die Arbeiter das Werk verließen und sich anschickten, einen Demonstrationszug nach dem Stadtinnern zu formieren, stießen sie mit der Schupo zusammen. Der Zug wurde völlig auseinandergesprengt, wobei es Tote und Verwundete gab. Damit war die Kraft der Bewegung in Hamburg gebrochen.

In Mitteldeutschland verlief der Kampf nach dem 24. für die Aufständischen ungünstig. Die Reichswehr zwar nahm an dem Kampf nicht aktiv teil; sie zog aber einen starken Kordon um das Aufstandsgebiet, um es von Thüringen und Norddeutschland abzusperren. Das war ein großer Schlag für die Bewegung; denn die Kampfleitung der Aufständischen hatte gerade von Thüringen her noch auf Verstärkungen gerechnet.

Dennoch hielt es die Polizei für zu gefährlich, sofort zur Einnahme des Leunawerkes zu schreiten. Über die Bewaffnung der Arbeiter im Leunawerk werden die verschiedensten Angaben gemacht. Man erbeutete später 800 Gewehre, 3 Maschinengewehre, einen behelfsmäßigen Panzerzug und 4 Lastkraftwagen[14]).

Vor der Einnahme des Werkes schätzte die Polizei den Vorrat an Munition viel höher ein. Ehe sie deshalb zu Werke schritt, glaubte sie deshalb umfassende Vorbereitungsmaßnahmen treffen zu müssen.

---

[14]) Lt. Denkschrift des Reichskommissars.

Andererseits traute sich die Führung der Leuna-Besatzung — sofern überhaupt von einer Führung der Arbeiterschaft gesprochen werden kann — nicht, die in der Nähe befindliche Stadt Merseburg anzugreifen. Merseburg war das militärische und politische Zentrum der Staatsautorität. Wenn die Leuna-Besatzung es tatsächlich fertig bekommen hätte, Merseburg zu nehmen, — was bei der Überlegenheit an Zahl der Aufständischen nicht allzuschwer gewesen wäre — hätte die Aufstandsbewegung ein anderes Gesicht bekommen. Die Gründe für die Passivität des größten Kraftzentrums im Aufstandsgebiet beruhen auf der völligen Unfähigkeit und vielleicht auch Feigheit der kommunistischen Agitatoren, die wohl große Reden halten, nicht aber militärisch handeln konnten. Die im Aktionsausschuß sitzenden Vertreter der KAPD. und der VKPD. bekämpften sich während der ganzen Zeit aufs heftigste. Nachdem zuerst die VKPD. die Leitung der Aktion unter sich hatte, gelang es nach kurzer Zeit der KAPD., die Führung an sich zu reißen. Eine Verbindung mit den außerhalb des Leunawerkes politisch und militärisch Kämpfenden wurde nicht aufgenommen. So blieb die Leuna-Besatzung passiv und untätig, und wurde schließlich auch von den übrigen Teilen des Kampfgebietes isoliert. — Während also der Hauptkern der „Roten Truppen" in Ruhe verblieb, gelang es der Polizei, die Banden, die auch keineswegs nach einem einheitlichen Prinzip handelten, voneinander getrennt zu halten, und sie nach und nach unschädlich zu machen. Hand in Hand damit wurden alle Vorbereitungen getroffen, um das gefährlichste Bollwerk des Aufstandes, das Leunawerk, einzunehmen. Der Sturm auf das Leunawerk wurde erst am Dienstag, den 29. März, vorgenommen. Von drei Seiten her erfolgte der Angriff, unter Verwendung von Artillerie. Schon nach ungefähr einer halben Stunde war der Widerstand der Verteidiger erschüttert. Die Polizei entwaffnete die „Rote Armee" und setzte sie gefangen. Mit der Einnahme des Leunawerkes war der mitteldeutsche Aufstand zusammengebrochen, wenn auch noch tagelang oft recht erbittert gekämpft werden mußte, um die Ruhe wieder völlig herzustellen.

Am Donnerstag, den 24., brachte die VKPD. die Generalstreikparole für das ganze Reich heraus[15]). Selbst wenn große Teile der Werktätigen ihm gefolgt wären, wäre ein Generalstreik in seiner Wirkung nicht in Erscheinung getreten, weil am Karfreitag und den beiden Osterfeiertagen ohnehin nicht gearbeitet wurde.

Im Rheinland hatte der Linksradikalismus unter der Kohlenarbeiterschaft von jeher einen großen Anhang. Nachdem es an verschiedenen Stellen schon zu Anfang der Woche, die Ostern voranging, zu Streiks und Kundgebungen gekommen war, erhielt während der Feiertage die Bewegung ein ernstes Gesicht. Die

[15]) Denkschrift des Reichskommissars, Anlage 42, Rundschreiben Nr. 20 der VKPD.

KPD. forderte ihre Anhängerschaft zu Demonstrationen und Versammlungen auf[16]). Der Ostermontag sollte zur intensivierten Propaganda für die Beteiligung am Generalstreik, besonders unter den Arbeitern, die den nicht kommunistischen Parteien angehörten, benutzt werden. Es wurden „Spaziergänge" durch Straßenzüge und Arbeiterviertel anempfohlen. Wenn dann tausend bis zweitausend Arbeiter zusammenkommen würden, sollte diese Gelegenheit zur verschärften Agitation benutzt werden. Am 28. März (Ostermontag) kam es in Essen zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei[17]). In Mettmann verloren die Kommunisten bei Straßenkämpfen 33 Tote und Verwundete. Obwohl im gesamten Rhein- und Ruhrgebiet die Bewegung einen relativ größeren Umfang angenommen hatte als z. B. in Berlin und anderen Bezirken, wurde die Generalstreikparole nur von einer Minderheit von Bergarbeitern befolgt. Es kam allerdings fast an jedem größeren Ort zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den nur zum kleinsten Teil bewaffneten Aufständischen.

Auf der linksrheinischen Seite wurde der Kampf nach den Feiertagen aufgenommen. Im Kreise Mörs wurden die Zechen Diergardt, Rheinpreußen und Friedrich Heinrich von kommunistischen Stoßtrupps besetzt. Die Lage war hier insofern kompliziert, als das Gebiet zur belgischen Besatzungszone gehörte. In den „Richtlinien für die kommunistischen Funktionäre und Vertrauensleute im Generalstreik" wurden die Arbeiter ermahnt, „unter allen Umständen den Konflikt mit den Besatzungstruppen zu verhindern"[18]). Die Kommunisten hofften, daß die belgischen Truppen eine wohlwollende Neutralität den Aufständischen gegenüber beobachten würden[19]). Sie stellten dabei die gespannten Beziehungen zwischen Entente und Reichsregierung in Rechnung. Gerade im Hinblick auf den neu entstandenen Konflikt hatte ja die kommunistische Partei die Aktion begonnen. Die belgischen Truppen aber verhielten sich nicht neutral. Als sie sahen, daß die Kommunisten zu Streiks aufforderten und mit Gewalt versuchten, die Arbeitswilligen von den Plätzen zu entfernen, griffen sie streng durch. Auf Lastautos und zu Fuß kamen größere Formationen, mit Maschinengewehren und Panzerwagen ausgerüstet, und machten allen kommunistischen Unruhen ein Ende. Dasselbe wiederholte sich auf allen Schachtanlagen, wo die Kommunisten sich anschickten, im Sinne der „Märzaktion" zu arbeiten.

In Süddeutschland kam es in einigen Städten zu Zusammenstößen zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten, die

---

[16]) Ebenda, Anl. Nr. 59.

[17]) H. Spethmann: 12 Jahre Ruhrbergbau, Bd. 2, S. Kap. Der versuchte Osterputsch 1921. (Berl. 1928.)

[18]) Denkschrift des Reichskommissars, Anl. 52.

[19]) Im Jahre 1920 im Anschluß an den Kapp-Putsch flüchteten Überreste der „Roten Front" vor der Reichswehr ins besetzte Gebiet und fanden dort Straffreiheit.

z. T. recht blutig — wie zum Beispiel in Mannheim — verliefen. Im großen und ganzen jedoch fanden die Kommunisten auch hier keinen Anhang, der ihnen Folge geleistet hätte. Zuweilen wurden die Kommunisten selbst nicht einmal von der Bewegung ergriffen.

Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich im Anschluß an die Ereignisse in Berlin. Der kommunistische Vertrauensmann bei den Berliner Elektrizitätsarbeitern, Sült, wurde am 30. März von der Polizei verhaftet. Behörden und Öffentlichkeit kannten ihn schon, weil er in dem einige Zeit vorher stattgefundenen Elektrikerstreik an führender Stelle hervorgetreten war. Er wurde kurze Zeit nach seiner Verhaftung von einem Beamten beim Fluchtversuch erschossen. Der Tod Sülts konnte zwar nicht die in Berlin immer mehr abflauende Bewegung von neuem entfachen, er hatte aber zur Folge, daß die breite Öffentlichkeit sich längere Zeit mit dem Fall beschäftigte und für bzw. gegen die Polizei Partei nahm.

Obwohl die Aktion von Anfang an eine schwere Niederlage für die Kommunisten bedeutete, war die Leitung der VKPD. nicht dahin zu bringen, das einzusehen. Anfangs gab sie zwar den mitteldeutschen Arbeitern den Rat, den Kampf immer auf einer solchen Linie zu führen, daß ein „Abblasen" jederzeit möglich sein könnte. Tatsächlich hatte die Partei auch immer die Möglichkeit, den Kampf abzubrechen. Sie tat es aber nicht, obwohl sich Niederlage auf Niederlage häufte. Als in Mitteldeutschland längst die Entscheidung gefallen war, gefiel sich die Partei darin, den Kampf erst recht mit aller Heftigkeit zu führen und zu steigern. Levi schreibt darüber: „Und die Zentrale? Sie saß in Berlin und steigerte die Aktion. Seit Tagen bereits vor Abbruch der Aktion stand in einer Sitzung der Zentrale das Stimmenverhältnis der anwesenden Mitglieder auf 5 : 3 für Abbruch der Aktion. . . . Gegenüber der Minorität von 3 Stimmen, die für „Durchhalten" war, wagten die Fünf nicht, ihre Meinung durchzudrücken, um nicht in den Geruch mangelnden revolutionären Willens zu kommen. Drei vage „Berichte" aus drei Landbezirken, daß wahrscheinlich „etwas losgehe", daß die Landarbeiter in Ostpreußen sich „rühren" würden, genügten. Und so gingen von neuem die Boten hinaus, um die Aktion zu steigern"[20]).

Die politische und militärische Niederlage war ungeheuer, so daß man mit Gewißheit auf den völligen Zerfall der Partei rechnete. Die Leistung der Schupo und der preußischen Regierung fand die Anerkennung in allen Kreisen des Volkes und bei der Sozialdemokratie. Dennoch erhob die Rechte schwere Vorwürfe gegen die preußische Regierung. Es hatte sich herausgestellt, daß manche Behörden der Kommunalverwaltung mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht hatten. Die Regierung gab zur Verteidigung an, daß der mitteldeutsche Industriebezirk eine links-

[20]) Paul Levi: Wider den Putschismus.

radikal gesinnte Bevölkerung hatte, so daß es natürlich sei, daß die Gemeindevertretungen in manchen Orten ebenfalls ein sehr radikales Aussehen haben. Am meisten jedoch wurde es dem Innenminister Severing verubelt, nicht mit der genügenden Umsicht und Strenge durchgegriffen zu haben. Ein so großer Aufstand könne nicht durch Polizei allein niedergeschlagen werden, dazu bedurfe es des Militars, das besser ausgerüstet sei als die Polizei. Es lagen aber nach der Ansicht der preußischen und der Reichsbehorden gewichtige Gründe gegen den Einsatz der Reichswehr vor. Zunächst war es überhaupt nicht möglich, die Reichswehr sogleich, wie es an manchen Orten erforderlich war, herbeizurufen und schlagfertig zu machen. „Das hat der Reichswehrminister und auch der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, in der gemeinschaftlichen Besprechung hervorgehoben"[21]). Dann war die Regierung nicht einheitlicher Meinung, ob die Reichswehr überhaupt die Fähigkeit habe, eine Bevölkerung, die sich im Zustande des Aufruhrs befindet, zur Ruhe zu bringen. Die Polizei habe auf diesem Gebiete bessere Erfahrung. Die Reichswehr hätte im Jahre 1920 über anderthalb Monate gebraucht, um im Ruhrgebiet wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Der Hauptgrund für die Nichtverwendung von Reichswehr scheint jedoch ein anderer gewesen zu sein. Wenn die Reichswehr in Mitteldeutschland eingesetzt worden wäre, dann hätten nicht allein die Arbeiter der USPD., die der Bewegung fern standen, sich derselben angeschlossen, sondern auch die Mehrheitssozialisten wären dadurch sehr verbittert worden. Die Reichswehr war in Linkskreisen nicht beliebt. Schließlich schien es von außenpolitischen Gesichtspunkten her nicht ratsam, die Reichswehr in Bewegung zu setzen[22]). Immerhin hatten bei 150 000 Mann Schupo mehr Truppen ins Aufstandsgebiet gelegt werden können, so daß es wahrscheinlich gar nicht erst zu Aufstanden gekommen wäre. Hören wir, was der Innenminister Severing dagegen anführt: „Man hat diese Verteilung . . . als unzweckmäßig bezeichnet, da sie gerade die Banden zum Widerstand herausgefordert habe. Ich erblicke darin keinen Nachteil. Wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute als größte Weisheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwüle aber geblieben. Sicher hätte die Polizei einige Waffen gefunden, Dynamit den rechtmäßigen Besitzern wieder zugeführt und Rowdies zur Anzeige gebracht. Aber zu jener völligen Beruhigung hätte dieser Erfolg nicht geführt. Der Aufstand wäre latent geblieben"[23]). — Von deutschnationaler Seite aus wurde der Minister wegen dieser seiner „Entladungstheorie" angegriffen. Man könne zu der Folgerung kommen, daß in ganz Deutschland immer erst Putschbrände

[21]) S. hierzu und für das Folgende die Aussage Severings vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages.

[22]) S. Friedrich Thimme im Getreuen Eckardt, Nr. 7.

[23]) Getr. Eckardt, Nr. 7, Severing: Märzputsch 1921.

ausbrechen müssen, damit der „Oberbrandmeister Severing" das Feuer löschen könne. Die Regierung habe sich dem Aufstand absolut nicht gewachsen gezeigt und sei unwürdig, an der Spitze des Preußischen Staates zu stehen[24]). — Die radikale Linke erhob die Beschuldigung, das preußische Staatsministerium wollte die schon sowieso erregte Arbeiterschaft des mitteldeutschen Gebietes bis zum Äußersten reizen, um sie auf diese Weise zum Losschlagen zu bringen. Die Sozialdemokratie und ihre Regierungsmänner hätten es auf eine regelrechte Provokation angelegt, um das Proletariat völlig niederschlagen zu können. — Es wurden aber auch Stimmen laut von Männern, die politisch der Rechten angehörten, die aber voll Anerkennung waren für das Verhalten der sozialdemokratischen Partei[25]). Die Sozialdemokratie habe zu gleicher Zeit anläßlich zweier Ereignisse ihr vaterländisches Verhalten bezeugt. Sie trat mit aller Entschiedenheit und mit nationalem Eifer für die Abstimmung in Oberschlesien ein. Sie hat sich in der Bekämpfung des kommunistischen Putsches als so staatserhaltend und reif erwiesen, daß die Rechte, oder wenigstens die gemäßigte Rechte alles Interesse daran haben sollte, in Preußen und auch im Reich mit den Sozialdemokraten wieder ein gemeinsames Kabinett zu bilden. Auf der Rechten könne es die Deutsche Volkspartei nicht verantworten, wenn die Sozialdemokratie, die eben erst ihren Willen zu positiver Arbeit gezeigt habe, wieder in die Opposition gedrängt würde, wodurch jedes großzügige Wiederaufbau- und Reformwerk unmöglich gemacht werde. Die Sozialdemokratie auf der anderen Seite solle sich in ihrer Halsstarrigkeit vorsehen, die Volkspartei zu einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen zu bestimmen.

Im Ausland erweckte der Kommunistenaufstand die merkwürdigsten Verdächtigungen gegen die Regierung. Der Haß und das Mißtrauen Frankreichs gegen Deutschland waren so groß, daß auch die maßgebenden politischen Kreise in Frankreich weder Verständnis noch sinnvolle Kritik bei ihrer Beurteilung der jüngsten innerpolitischen Vorgänge aufbrachten. Der Aufstand sei von der Regierung selbst angestiftet worden, um in der Entwaffnungsfrage einen moralischen Druck auf Frankreich ausüben zu können. Deutschland wolle damit beweisen, daß es den Bestimmungen der Entente nicht nachkommen könne, weil es sonst keine Machtmittel mehr besitze, um kommunistischen Gewalttaten entgegenzutreten. Schließlich mündeten die Behauptungen der Franzosen in den Nonsens, die ganze Aktion gegen die Kommunisten sei ein willkommener Vorwand gewesen, um wieder die aktivistischen Elemente der Rechten an die Regierung heranzulassen[26]).

---

[24]) S. Rede des Abg. Graef, Deutschnat. Parlamentsreden Nr. 17, Berlin 1921.

[25]) Vgl. Fr. Thimme, Getreuer Eckardt Nr. 7, April 1921.

[26]) S. Aufs.: Die Märzunruhen und ihre Folgen, Verf. anonym, Getr. Eckardt Nr. 7, April 1921.

Am nachhaltigsten waren die Folgen der Märzaktion für die Kommunistische Partei, für die Kommunistische Internationale und damit für die sowjetrussische Politik.

Es war vorauszusehen, daß es innerhalb der kommunistischen Partei gleich nach der Beendigung der Märzaktion zu schweren Erschütterungen kommen würde. Wir haben gezeigt, wie sich die Führung der Partei schon vor der Märzaktion in zwei Lager spaltete. Maßgebend dafür war die Einstellung zur Internationale. Die „Rechten" wollten von einer stärkeren Kontrolle seitens der Exekutive nichts wissen. Sie wurden deshalb aus allen maßgebenden Parteiämtern entfernt. Als die Märzaktion beschlossen wurde, traten sie völlig in den Hintergrund. Levi, Hoffmann, Däumig und Klara Zetkin waren entweder in Berlin gar nicht anwesend oder standen in jener Zeit in keiner Verbindung mit der Partei. Sie zogen sich zurück und ließen die neue Parteileitung mit ihrem vorgefaßten Plan allein. Als erster fand Paul Levi die Sprache wieder. Sein Verhältnis zu Partei und Internationale war in der letzten Zeit derart gespannt geworden, daß er sich in der Kritik keinerlei Zurückhaltung mehr aufzuerlegen für nötig hielt. In den ersten Apriltagen, als also noch gekämpft wurde, schrieb er seine Broschüre: „Unser Weg wider den Putschismus", in der er die Märzaktion einer vernichtenden Anklage unterzog. Die Broschüre erregte begreiflicherweise das größte Aufsehen in der ganzen Öffentlichkeit, da in ihr schonungslos über die Mißstände innerhalb der kommunistischen Partei gesprochen wurde. Wegen der Wiedergabe der Protokolle von der Sitzung des Zentralausschusses am 17. März und wegen der Andeutungen über die Beziehungen zwischen der kommunistischen Internationale zur kommunistischen Partei ist sie zusammen mit der einen Monat später als Broschüre veröffentlichten „Rede vor dem Zentralausschuß der KPD." zu einer wichtigen Quelle für unsere Untersuchung geworden[27]).

Die Mehrheit der VKPD. billigte die Märzaktion. Sie sah in den Ereignissen einen „offensiven Vorstoß", der endlich unternommen werden mußte, wenn die Existenzberechtigung der Partei „nicht auf revolutionärem Gerede, sondern auf revolutionärem Handeln" beruhen sollte. Sie spitzten die Frage der revolutionären Taktik in dieser Weise zu: Soll die kommunistische Partei mit ihren Aktionen die selbständige Bewegung der gesamten Arbeiterklasse abwarten, oder soll die Partei selbst die Initiative ergreifen. Soll der Partei ausschließlich die Aufgabe zufallen,

[27]) Paul Levi wurde aus der kommunistischen Partei „wegen Disziplinbruch" ausgeschlossen. Mit ihm erklärten sich alle diejenigen solidarisch, die schon vorher zu ihm gehalten hatten. Später schlossen sich noch andere seinem Austritt an und bildeten die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, die sich dann der USPD. anschloß. Als dann die USPD. im Jahre 1922 sich wieder mit der SPD. vereinigte, traten auch sie der SPD. bei. Einzelne von ihnen fanden den Weg zur Partei bald wieder zurück. Hier ist vor allem Klara Zetkin zu erwähnen.

danach zu trachten, sich an die Spitze der aus dem Proletariat spontan hervorbrechenden Aktion zu stellen, oder aber ist es auch die Aufgabe der Partei, selbst Aktionen einzuleiten[28]). Diejenigen, die die Frage so stellten, standen wohl schon von jeher auf der linken zur Kommunistischen Arbeiterpartei tendierenden Seite. Es ist überhaupt charakteristisch für die Partei, daß sie während ihrer Existenz von 1918 bis Anfang 1933 immer scharf entgegengesetzte Richtungen in sich barg. Die Änderung der politischen Linie war jedoch niemals Sache der eigenen Partei, sondern sie wurde i m m e r von Moskau vorgeschrieben[29]). Solange die Partei unter dem Kurs, für den der Name Levi bezeichnend ist, in gewisser Selbständigkeit die „linken" Tendenzen, wie Syndikalismus, Nationalbolschewismus und Putschismus zum Schweigen brachte oder sie zum Ausscheiden aus der Partei zwang, mußte auch jene Richtung, die mit diesen Tendenzen sympatisierte, sich im Hintergrund halten. War aber erst einmal von oben her ein Kurswechsel vollzogen, so gewannen gerade diese Elemente wieder die Oberhand, während die bisher führende Schicht völlig verschwinden mußte oder von der Partei wegen „konterrevolutionärer Gesinnung" ausgeschlossen wurde. Jetzt also, nach der Märzaktion, kritisierte die Linke, die von der Exekutive kurz vorher sanktioniert worden war, das Verhalten der Führung in den letzten Jahren. Die Führung wurde verantwortlich gemacht, daß die Revolution bisher noch nicht fortgeschritten sei. Die Chancen, die sich der Partei in der vergangenen Zeit boten, habe die Partei nicht ausgenutzt. Die Linke warf der bisherigen rechten Führung Opportunismus und Feigheit vor. „Und wie es scheint, hinkt die Rechte unserer Partei stets ungefähr um ein Jahr hinter den Ereignissen her. Jetzt im März 1921 hält sie beim März 1920, ebenso, wie sie im März 1920 beim März 1919 gehalten hat. Sie sieht augenblicklich fasziniert auf den März 1920, wie sie im März 1920 fortwährend wiederholte, indem sie an den März 1919 dachte: „Nur keinen Putsch", so wiederholt sie jetzt unaufhörlich: „Der neue Kapp-Putsch muß abgewartet werden." Sie spricht in einemfort davon, daß die kommunistische Partei gegenwärtig keine selbständige Aktion unternehmen dürfe, da sie sonst isoliert werde, sondern sie müsse abwarten, bis die Reaktion ihren Kapp-Putsch wiederholt und das gesamte deutsche Proletariat wieder in einer e i n h e i t l i c h e n Front im Kampfe steht. Wenn dies geschehe, werde die kommunistische Partei nicht noch einmal versäumen, sondern sie werde die mächtige Massenaktion vertiefen, erweitern und vorwärtstreiben. Mit einem Worte hält sie beim März 1920 und bemerkt nicht, daß wir nun den März 1921 haben"[30]). An die Stelle der

---

[28]) Wunderglaube oder Aktion von J. Heyder in: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive, usw.

[29]) Vgl. Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Berlin 1932. Die letzten Kapitel.

[30]) Heyder: s. o.

früheren Zurückhaltung" oder „konterrevolutionären Einstellung" trat nun die neue Theorie, die eigens zur Rechtfertigung der Märzaktion aufgestellt wurde. Sie wurde in den „Leitsätzen über die Märzaktion"[31]) formuliert. Es wird wiederum festgestellt, daß die Partei sich in einer solchen Situation, wie sie im März vorlag, nicht auf revolutionäre Propaganda beschränken dürfte, sondern unbedingt zum revolutionären Vorstoß, zur Offensive übergehen mußte. Die revolutionäre Offensive hatte nur äußerlich mit einer Niederlage der VKPD. geendet. In Wirklichkeit sei diese Niederlage der Auftakt zu neuen, breiteren, revolutionären Aktionen. Die revolutionäre Propaganda werde am besten durch revolutionäre Taten gestärkt. Im Endergebnis werde die Arbeiterschaft erst recht Zutrauen zur revolutionären Avantgarde fassen. Während bisher die Revolution in Deutschland sich immer in der Defensive bewegt habe, kämpft heute die Vorhut im Angriff. Der Entscheidungskampf um die Macht könne nur in einer mächtigen Offensive geführt werden. „Diese zusammenfassende Offensive kann sich aber nur entfalten ,wenn die Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung lernt, ihre Teil- und Etappenkämpfe offensiv zu führen." Im zehnten Leitsatz heißt es: „Die VKPD. muß die organisatorischen und taktischen Mängel dieses ersten Versuches abstellen. Sie muß, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, festhalten an der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt, und sie muß entschlossen und sicher auf diesem Wege fortschreiten." Die KPD. billigte alle Vorkommnisse in der Überzeugung, daß die Märzaktion etwa der „Generalprobe" von 1905 entspreche[32]).

In Rußland wartete man gespannt auf den Ausgang der Ereignisse. In jenem Brief, den wir vorher schon mal erwähnt haben[33]), wird gesagt, daß die Aktion vielleicht etwas zu früh unternommen wurde. Man hätte solange warten sollen, bis der bewaffnete Konflikt zwischen Deutschland und Polen ausgebrochen wäre.

Im Mai nahm die Exekutive zu den Märzkämpfen ausführlich Stellung[34]). Die KPD. habe während der Märzbewegung viele Fehler begangen. Es sei nicht richtig, die Märzaktion als einen Offensivkampf darzustellen. Anstatt den defensiven Charakter dieses Kampfes zu betonen, spreche die Partei dauernd von einer Offensive. Dadurch gab und gebe sie den Gegnern der Kommunisten einen willkommenen Vorwand, über die falsche Taktik der Partei herzufallen ,indem nämlich jene es so darstellen, als ob die Partei künstlich die Kämpfe entfacht habe. „Und wenn jetzt eine Reihe von leitenden deutschen Genossen eine Theorie darüber auf-

[31]) Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Berlin 1921.

[32]) So nennt Lenin die russische Aufstandsbewegung von 1905.

[33]) Vgl. S. 44.

[34]) Karl Radek: Die Krisis in der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Die Internationale. Jahrg. 3. Heft 7.

gestellt hat, daß die Partei den Weg zur Offensive einschlagen muß, dann bedeutet diese Theorie eine Abweichung, die nicht genügend mit den tatsächlichen Umständen rechnet." Die Partei habe die konkrete Lage außer acht gelassen, man könne aber nur in eine Offensive eintreten, wenn die Möglichkeiten der Situation aufs genaueste studiert werden. Das war ein recht deutlicher Tadel von Moskau.

Auf dem dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juni 1921 stand die Märzaktion im Vordergrund der Debatten[35]). Jetzt wurde ganz offen gesagt, daß die Märzaktion und die daraus gezogenen Schlüsse für die politische Taktik der Kommunisten ganz und gar nicht im Sinne der Exekutive waren. Was aber das Merkwürdige an der Beurteilung der Exekutive über die Ereignisse und ihre Folgen war, ist ihre genaue Übereinstimmung mit der Kritik, die die deutsche „Rechte" an der Märzaktion geübt hatte. In der Rede Radeks wird betont, wie unmöglich es ist, daß eine Partei plötzlich den bewaffneten Aufstand proklamiert, ohne auch nur im geringsten dafür gerüstet zu sein. Die Partei habe den Übergang von der Propaganda zur revolutionären Aktivität zu unvermittelt und unvorbereitet vollzogen. Wenn nicht einmal alle Kommunisten von der Bewegung erfaßt worden seien, so liege das am organisatorischen Versagen des Parteiapparates. Der Parteiapparat habe nicht funktioniert, weil die notwendige Kleinarbeit zur Vorbereitung einer solchen Aktion entweder gar nicht oder ungenügend vollbracht war. Die Partei hätte die Pflicht gehabt, den Mansfelder Arbeitern zu sagen: „Ihr seid eine Minderheit; wenn ihr euch gegen die Hundertschaften und gegen die Maschinengewehre einlaßt, werdet ihr niedergeschlagen." Die Partei habe das Augenmaß verloren, unter welchen Losungen der Kampf zu führen ist. Schließlich verurteilte der Kongreß die Theorie der revolutionären Offensive und stellte sie als völlig verfehlt hin.

Was war eigentlich der Grund der Exekutive, derart von der Märzaktion abzurücken? Man hatte innerhalb der Internationale jetzt ganz öffentlich und nicht mehr im geheimen zur Kenntnis genommen, daß die Perspektiven der Weltrevolution, so wie man sie noch auf dem zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gesehen hatte, immer blasser wurden, und daß es Zeit war, das Trügerische dieser Erwartungen der gesamten Internationale, vor allem dem immer noch auf die Weltrevolution hoffendem Rußland mitzuteilen. Schon nach dem mißglückten italienischen Experiment der Fabrikbesetzung begann Lenin damit, die Partei langsam darauf vorzubereiten, daß Rußland mit einer Hilfe aus dem Westen nicht würde rechnen können. Die notwendige Folge davon müsse eine Umstellung in der Wirtschaftsverfassung sein, d. h. die vorläufige Abkehr vom reinen Kommunismus. Die inneren Unruhen im vergangenen Winter waren neue Warnungs-

[35]) S. Protokolle des 3. Weltkongresses der K. I. Hamburg 1921. Referat von Radek und Diskussion.

zeichen. Wenn der russische Staatsaufbau mit den Sowjets als Exekutivorgane der kommunistischen Partei nicht erschüttert werden sollte, mußten die russischen Kommunisten unbedingt eine Änderung des Wirtschaftssystems vornehmen. Die Regierung sah ein, daß das Requisitionssystem, zu dem sie während der ganzen Zeit ihre Zuflucht genommen hatte, um überhaupt Getreide zu beschaffen, nicht länger zu halten war. Der Bauer hatte es sich zwar im Bürgerkrieg gefallen lassen, daß sein Getreide vom Staate konfisziert wurde. Jetzt aber bestand gar kein Zweifel, daß er dem Staate den stärksten passiven und schließlich aktiven Widerstand entgegensetzen würde, wenn ihm das Getreide weiterhin ohne Gegenwert fortgenommen würde. Der Kronstädter Aufstand war nicht nur ein Solidaritätsakt mit der Petersburger Arbeiterschaft; er war auch zugleich der Ausdruck dafür, daß die Bauernsöhne im Heere nicht länger gewillt waren, sich für das bolschewistische System einzusetzen, das die Bauernschaft zu versklaven drohte. Lenin erkannte diese ungeheure Gefahr. Das ist der eigentliche Grund, weshalb er s. Z. gegen die Trotzkischen Gewerkschaftsthesen der Arbeiterdemokratie auftrat. Der Kommunismus mußte seine Pläne und Endziele bis auf weiteres zurückstellen. Schon die „Konzessionen" waren ein Schritt rückwärts zur Wiederherstellung der kapitalistischen Privatwirtschaft, wenn auch nur das ausländische Kapital diese Vorteile genießen durfte. Die neuen Verordnungen, die Lenin jetzt im Frühsommer 1921 ankündigte, bedeuteten eine Abkehr vom unbedingten und reinen Kommunismus. Der Bauer durfte wieder über seine Ernte verfügen, wie es ihm beliebte. Er war verpflichtet, eine Steuer, die sogen. Naturalsteuer, an den Staat abzuliefern. Alles übrige konnte er verkaufen oder für sich selbst verbrauchen. Der freie Markt wurde wieder hergestellt. Kleinhandel und Kleingewerbe wurden wieder erlaubt. Der Staat behielt jedoch die Industrie, die Banken und den Außenhandel in seinen Händen.

Damit war mit einem Schlage ein Ventil geschaffen, das die seit langem unterirdisch gärende Bewegung innerhalb der Bauernbevölkerung wieder zur Ruhe brachte. Der Umschwung vollzog sich unter Preisgabe des kommunistischen Prinzips zugunsten eines Staatskapitalismus. Aber die bolschewistische Parteiherrschaft war damit gerettet. Es bedurfte nicht mehr so dringend der Entlastung und Hilfe durch den Ausbruch der Revolution in einem andern Lande. Durch die „Neue Etappe", der „Nep", half sich Rußland selbst. Diese neue Etappe ist nicht nur zurückzuführen auf das Versagen der kommunistischen Wirtschaftsmethoden in Rußland, sondern ebenso auf das Ausbleiben der Revolution in Italien und Deutschland[36]). Die deutsche Märzaktion stellt den Schlußakt der „Epoche der Weltrevolution" dar.

[36]) Siehe Trotzki: Die neue Etappe. Hamburg 1921.

Zusammenfassung und Würdigung.

Für die Geschichte der deutschen Nachkriegszeit bedeutet der März 1921 keinen großen und entscheidenden Einschnitt. Die Ereignisse um die Jahreswende 1918/19, der Kapp-Putsch und schließlich die Ruhrbesetzung mit ihren unerhörten politischen und wirtschaftlichen Folgen waren größere Marksteine in der Nachkriegsgeschichte. Dennoch weist der März 1921 einige Züge auf, die charakteristisch sind für jene Ära, die 1924 mit der scheinbaren Festigung der Weimarer Republik ihren Abschluß fand. Sie zeigt vor allem die furchtbare innere Zerrissenheit des deutschen Volkes. Sie zeigt ferner, von welch mannigfacher Wirkung die außenpolitischen Katastrophen auf den politischen Geist des damaligen Deutschlands waren. — Nachdem im Winter und Frühjahr 1919 die revolutionäre Bewegung eine vollständige Niederlage erlitten hatte, nachdem im darauffolgenden Jahr die „Rote Front" nochmals zurückgeschlagen wurde, entzündete sich der Funke wiederum im März 1921, wenn auch mit viel schwächerer Kraft. Es ist eine merkwürdige Dialektik der Geschichte, daß zweieinhalb Jahre später, als die Stimmung für einen revolutionären Umsturz in Deutschland — im Herbst 1923 — viel stärker war als 1921, nichts geschah und im großen ganzen alles ruhig blieb. Freilich waren 1923 mit dem Anwachsen der Kommunisten und der völligen Ohnmacht der Staatsautorität gleichzeitig die nationalen Offensivkräfte im Volke viel stärker verankert, die ihren Ausdruck fanden im Münchener Aufstand Adolf Hitlers. Dies ist ein klassischer Beweis für die Unrichtigkeit der einseitigen ökonomischen Geschichtsauffassung. — Recht bezeichnend für die gesamte europäische Nachkriegspolitik ist das Verhalten der Entente-Vertreter. Ihnen gegenüber stehen die deutschen Politiker, die um Sein oder Nichtsein der Nation kämpfen. Das verzweifelte Ringen Deutschlands um seine Existenz, das in der standhaften, wenn auch erfolglosen Erklärung der deutschen Staatsmänner in London und vor allem in der oberschlesischen Abstimmung seinen würdigsten Ausdruck findet, mag als recht charakteristisch für den Geist des deutschen Volkes hingestellt werden. Es kann zwar längere Zeit in äußerer Knechtschaft verharren, seinen Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung kann durch keine Macht der Welt unterdrückt werden.

Quellen- und Literaturübersicht.

Zum Kap. 1. Die Epoche der Weltrevolution. Ein kurzer Überblick über politische Ideen und politische Ereignisse.

Lenin: Staat und Revolution. Die Kommunistische Internationale Nr. 1—2 (1919).
„Orient und Occident", Juliheft 1932.
Winnig, August: Das Reich als Republik, 1918—1928. Stuttgart/Berlin 1928.
Lenz, Friedrich: Staat und Marxismus. Stuttgart/Berlin 1922.
„Was will der Spartakusbund", Berlin 1918.
Protokolle der kommunistischen Parteitage, s. Kap. 3.
Noske: Von Kiel bis Kapp. 1920.
Volkmann: Revolution über Deutschland. Oldenburg 1930.
Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Berlin 1921.

Zum Kap. .2 Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Rosenberg, Arthur: Geschichte des Bolschewismus. Berlin 1932.
Thesen und Resolutionen des zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921.
Protokolle des zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921.
Sinowjew: Die Weltrevolution und die III. Internationale. Verlag der Kommunistischen Internationale. 1921.
Für die Dritte Internationale! Die USPD. am Scheideweg. Berlin 1920.

Zum Kap. 3. Rußland im Winter 1920/21.

Lenins Werke, Bd. 25. Das Jahr 1920. Wien/Berlin 1930. (Besonders: Die Reden im Oktober und November.)
Russische Korrespondenz, Jahrgang 1920/21.
Ssergey Dnjeprow: Der Bolschewimus in der Krise. Berlin 1921.
Miliukow, Paul: Rußlands Zusammenbruch. Bd. II. 1926.
Alexander Berkmann: Die Rebellion in Kronstadt. Berlin 1923.
Hans v. Rimscha: Rußland jenseits der Grenzen. Jena 1927.
Trotzki: Wie bewaffnete sich die russische Revolution. (Längere Ausführungen über Kronstadt und andere gleichzeitig stattfindende Unruhen im Innern Rußlands.) Moskau 1924.

Zum Kap. 4. a) Die Politik der Kommunistischen Partei; b) Partei und Internationale.

Protokolle der Parteitage der KPD. in den Jahren 1919 und 1920. (Zum Teil damals illegal. Verlag und Erscheinungsort werden nicht genannt.)
„Die Internationale", Jahrgänge 1919—1921.
„Sowjet", Zeitschrift für kommunistische Politik, 1920/21.
„Die Kommunistische Internationale", September 1920 bis März 1921.
„Proletarier", Zeitschrift der Kommunistischen Arbeiterpartei. 1920/21.
„Die Rote Fahne", Zentralorgan der VKPD. Januar—März 1921.
„Freiheit", Zentralorgan der USPD. Januar—März 1921.
„Vorwärts", Zentralorgan der SPD. Januar—März 1921.
„Die Schmiede", Januar 1921.
Levi, Paul: Unser Weg. Wider den Putschismus. Berlin 1921. 2. Auflage.

Zum Kap. 5. Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches.

Tagespresse von Januar—März 1921.
„Getreuer Eckart", Februar—April 1921. (Außen- und innenpolitische Umschau.)
Wentzke, Paul: Ruhrkampf, Berlin 1930. (Insbesondere S. 40—65.)
Bergsträsser: Die politischen Parteien. Mannheim 1928.

Neumann, Siegmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932.
Salomon, Felix: Die deutschen Parteiprogramme. Heft 3. Das Deutsche Reich als Republik. Leipzig/Berlin 1931.
„Deutschnationale Parlamentsreden", Berlin 1919—1921. Vgl. u. a. Hugenberg: Zur Sozialisierung.
Horkenbach, Kuno: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1930.
Rosen: Orgesch, Berlin 1921.

Zum Kap. 6. a) Die Polizeiaktion in Mitteldeutschland; b) Die Märzaktion, Verlauf und Folge.

Die Märzunruhen 1921 und die preußische Schutzpolizei. Amtliche Denkschrift des Ministeriums des Innern. Mit einem Beiheft: Von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Berlin 1921.
Denkschrift über die Märzunruhen im Jahre 1921. Herausgegeben vom Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Berlin 1921. (Sehr viel Quellenmaterial!)
„Die Niederschriften über die vom Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Ursachen, des Umfanges und der Wirkungen des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland im März 1921 in mündlicher Verhandlung erhobenen Beweise „Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages". Anlagen zu den Sitzungsberichten. Drucksache Nr. 4140. (1. Wahlperiode, 1. Tagung: Begonnen am 10. März 1921.) Bd. 8. Berlin 1923.
Drobnig: Der mitteldeutsche Aufstand. Lübeck 1929. Vom polizeitechnischen Standpunkt. Höchst belehrend in den Einzelheiten.
Altgeld: Braunkohlenbergbau des Geiseltals. Halle 1921. Dissertation.
Levi, Paul: Was ist das Verbrechen, die Märzaktion oder die Kritik daran? Berlin 1921.
Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Berlin 1921.
Enthüllungen zu den Märzkämpfen; herausgegeben von der Zentrale der KPD. Kalle 1922.
Spethmann: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Berlin 1928.
Protokolle des dritten Weltkongreß der Dritten Internationale. Hamburg 1921.
Trotzki: Die neue Etappe. Hamburg 1921.

Abkürzungen.

E. K. = Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
K. I. = Kommunistische Internationale.
VKPD. = Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.
KPD. = Kommunistische Partei Deutschlands.
KAPD. = Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.
SPD. = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
USPD. = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

LEBENSLAUF.

Ich wurde am 3. Oktober 1909 in Crone a. d. Brahe (Kreis Bromberg) als Sohn des Kaufmanns Paul Meyer und seiner Ehefrau Emma, geb. Gappe, geboren. Mit dem Gebietsverlust an Polen zogen meine Eltern nach Berlin. Ostern 1929 bestand ich die Reifeprüfung am Dorotheenstädtischen Realgymnasium.

Ich studierte in Berlin Neue Sprachen und Geschichte. Meine Lehrer an der Universität waren die Professoren Spranger, Vierhandt, Wechsler, Gamillscheg, Meinecke, Brackmann, Schünemann, Elze, Holtzmann, Caspar, Hoetzsch und Oncken.

Ihnen allen, insbesondere aber den Herren Prof. Holtzmann und Oncken, sei an dieser Stelle gedankt.